Einzelpreis 10 Pfennig.

Volksstimme

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Plannbach & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 6266, für die Redaktion Nr. 6267, für den Verlag und die Druckerei Nr. 6265. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Vom 16. bis 31. Januar 1.00 Mark. Abholer 0.80 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gespaltene, 27 Millimeter breite Nonpareillezeile örtlich 20 Pfennig auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellengesuche 12½ Pfennig, Vereinskalender 30 Pfennig, die dreigespaltene 90 Millimeter breite Reklamezeile örtlich 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Platzvorschriften keine Gewähr. — Postscheckkonto Nr. 123 Magdeburg.

Nr. 24. Magdeburg, Donnerstag den 29. Januar 1925. 36. Jahrgang.

Hunderte Millionen werden verschenkt!

Die Ruhrindustrie errafft Märchengewinne

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat am 27. Januar folgenden Brief an den Reichskanzler Luther gerichtet:

Die Vertagung des Reichstags hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gehindert, in öffentlicher Reichstagssitzung die Frage der Entschädigung der rheinisch-westfälischen Großindustriellen aus Anlaß des Ruhrkampfes zur Sprache zu bringen. Wir gestatten uns deshalb, Ihnen, Herr Reichskanzler, auf diesem Wege folgendes zu unterbreiten:

Nach Pressemeldungen ist vor einigen Tagen zwischen den zuständigen Reichsstellen und dem Ruhrbergbau ein Abkommen über den Ersatz der Schäden geschlossen worden, die dem Bergbau während des Ruhrkampfes entstanden sind. Das Reich erkennt darin seine Entschädigungspflicht an und habe sich zur Zahlung einer entsprechenden Entschädigungssumme bereit erklärt. Die Verteilung der Entschädigungszahlungen des Reiches, auf die bereits größere Abschlagszahlungen erfolgt seien, geschehe durch die Ruhrkohle-A.-G. Die endgültige Verrechnung sei noch nicht vorgenommen worden. Auch der Zeitpunkt dafür stehe noch nicht fest. Die Entschädigungsansprüche der Eisen- und Stahlindustrie sollen ähnlich geregelt werden.

Ferner ist durch die Bekanntmachung über Ruhrschäden vom 10. Dezember 1924, die anscheinend die formelle Grundlage für das vorerwähnte Abkommen darstellt, eine außerordentlich weitreichende Ausdehnung der Entschädigungspflicht des Reiches vorgenommen worden. Die Entschädigungspflicht, die bisher nur bis zum 31. Oktober 1923 bestand, ist auf alle Schäden ausgedehnt worden, die bis zum 15. November 1924 entstanden sind. Des weiteren werden künftig 5000 Mark voll entschädigt (bisher 2500 Mark), höhere Beträge mit 75 Prozent (statt bisher 25 Prozent). Außerdem ist die bisherige Höchstgrenze von 50 000 Mark aufgehoben worden.

Diese Mitteilungen haben in der Oeffentlichkeit eine große Beunruhigung hervorgerufen. Sie ist entstanden aus der Erwägung,

1. daß es sich bei dieser Maßnahme um den gewaltigen Betrag von mehreren hundert Millionen Goldmark handelt. Die Presse beziffert den Anspruch der rheinisch-westfälischen Großindustriellen allein auf 600 Millionen Goldmark;

2. daß Entschädigungen gezahlt werden nicht nur für den tatsächlich erlittenen Schaden, sondern auch für entgangene Gewinne;

3. daß den Entschädigungsansprüchen Preise zugrunde liegen, die mit Rücksicht auf die Tragung der Micumlasten durch die Industrie weit über den Produktionskosten festgesetzt waren;

4. daß die Zahlung erfolgt ohne gründliche und einwandfreie Nachprüfung der Schäden, so daß ein neuer Typus von „Ruhrgewinnlern“ geschaffen wird;

5. daß bei der Bemessung der Entschädigungen weder die gewaltigen Gewinne durch Papiermarkkredite der Reichsbank, des Reiches sowie durch die Ausgabe von Notgeld und die bisher bereits gezahlten Entschädigungen, die sogenannte Lohnsicherung, berücksichtigt werden;

6. daß die Anerkennung der Ansprüche erfolgt auf dem Verwaltungswege, und daß die gesetzgebenden Körperschaften bei dieser gewaltigen Ausgabe überhaupt nicht befragt worden sind;

7. daß die durch das Abkommen zur Auszahlung gelangenden Beträge in dieser Höhe weder im Haushaltplan für 1924 noch in dem für 1925 angefordert werden;

8. daß damit die Millionen Liquidationsgeschädigter, Vertriebener, Auslandsdeutscher und Inflationsgeschädigter, die mit Pfennigentschädigungen abgespeist worden sind, weit schlechter behandelt werden als die kapitalkräftigen Ruhrgeschädigten;

9. daß damit die Reichskasse so stark belastet wird, daß der Abbau der Massenbelastung gefährdet wird und gewaltige Ansprüche andrer Geschädigter hervorgerufen werden.

Hinzu kommt, daß den nach der Rückgabe der Micum-Zechen an ihre früheren Besitzer von diesen fristlos entlassenen Angestellten und Arbeitern bisher von den Bergwerksgerichten weder das Recht auf Beschäftigung noch auf Entschädigung zugesprochen worden ist. Der Gedanke, daß aus den Begleiterscheinungen des passiven Widerstandes die kapitalkräftigen Zechenbesitzer unverdiente Bereicherung, dagegen die eigentlichen Träger des Ruhrkampfes nach den schon gebrachten ungeheuern Opfern jeder Art auch noch den Verlust der Existenz und die Ablehnung jeder Entschädigung erfahren sollen, ist unerträglich.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sieht sich deshalb veranlaßt, an die Reichsregierung das Ersuchen zu richten,

1. die Ausführung der mit der Ruhrkohle-A.-G. geschlossenen Vereinbarungen sofort einzustellen;

2. die Ausführung der Bekanntmachung über Ruhrschäden vom 10. Dezember 1924 vorläufig einzustellen; und

3. dem Reichstag sofort eine Denkschrift über die Vergütung der Ruhrschäden vorzulegen, die sowohl eine vollständige Uebersicht über die der Ruhrindustrie seit dem 11. Januar 1923 von allen öffentlichen Stellen gewährten Kredite und Entschädigungen enthält, als auch die Materialien, die zur Begründung einer unsers Erachtens unbedingt erforderlichen gesetzlichen Reglung der Entschädigungsansprüche notwendig sind.

Wir halten diese Forderungen für um so berechtigter, als eine gesetzliche Grundlage für eine so weitgehende Ausdehnung dieser Entschädigungsansprüche uns nicht gegeben erscheint. Wenn aus der Reichskasse durch selbständige Entscheidung der Verwaltung so gewaltige Summen zur Auszahlung angewiesen werden könnten, würde damit jedes geordnete Budgetrecht des Reichstags illusorisch werden. Deswegen sehen wir in dem Vorgehen der Regierung eine Verletzung des Budgetrechts des Reichstags.

Angesichts der gespannten Finanzlage des Reiches, die zur erheblichen Einschränkung der sozialen Fürsorge geführt hat, und der Ansprüche, die die Aufwertung der öffentlichen Anleihen und der Entschädigungen der Liquidationsgläubiger an die Reichskasse stellen, warnen wir auf das ernsteste vor einer Anerkennung von unberechtigten Ansprüchen der Ruhrindustrie, die das Reich mit Hunderten von Millionen Goldmark belastet. Bereits jetzt hat die Ankündigung der erheblichen Entschädigungszahlungen zu einer Hausse in Montanpapieren an der Börse geführt, die den Aktionären unberechtigte hohe Gewinne verschafft.

Die beschränkten Mittel des Reiches dürfen nicht zur Bereicherung des Großkapitals führen, sondern müssen ausschließlich zur sozialen Fürsorge der Millionen Notleidender, insbesondere der bedürftigen Opfer der Inflation und des Ruhrkampfes dienen.

Soweit der Brief der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Er gibt einen Einblick in das Bombengeschäft, das die „nationale“ Regierung Luther für die Schwerindustrie bedeutet. Die Wahlgelder für die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen tragen reichlich Zinsen. Begreiflich, daß die Deutsche Volkspartei mit den schäbigsten Mitteln die alte Koalition sprengte und mit allen Mitteln gegen eine Beteiligung der Sozialdemokraten an der Regierung im Reich und in Preußen arbeitet. Nur eine Regierung ohne Sozialdemokraten kann auf dem Verwaltungswege, das heißt im dunkeln, Millionen an die Großindustrie verschenken. Und dieses Dunkel haben die Kommunisten durch ihr Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen erst ermöglicht! —

Kutisker.

Aus dem „Fall Kutisker“ ist ein Fall altpreußischer deutschnationaler Beamter geworden, die in vollendeter kaufmännischer Unfähigkeit und bureaukratischer Schwerfälligkeit die Preußische Staatsbank (Seehandlung) schwer geschädigt haben. Den Deutschnationalen und Völkischen Verleumdern sind daher alle Kutisker-Felle weggeschwommen, wie der nebenstehende Artikel über die altpreußischen Beamten am Pranger enthüllt. —

Altpreußische Beamte am Pranger.

Der vom Preußischen Landtag eingesetzte Untersuchungsausschuß hat in zweitägiger Verhandlung den Fall Kutisker zur Klärung und zu einem gewissen Abschluß gebracht. Die noch unerledigte Beweiserhebung wird das Gesamtbild des Falles kaum verändern, das sich auf seiten der Seehandlung als ein Riesenkoloß von kaufmännischer Unfähigkeit, Unvorsichtigkeit und Unordnung darstellt. Die Vertreter des Instituts, die freilich zum größten Teil fremde Sünden verantworten mußten, konnten schließlich nur noch auf Mitleid Anspruch erheben.

Die Preußische Seehandlung hat sich mit Kutisker in Geschäfte größten Formats eingelassen, ohne über seine Person andres Informationsmaterial zu besitzen als die formularmäßige Antwort eines Auskunftsbureaus, wie man sie für den Preis von 3 bis 5 Mark erhält. Sie hat diesem Manne nach einem kurzen geregelten Lombardverkehr

auf Wechsel Riesenkredite gegeben

und diese Kreditgebung fortgesetzt, als bereits eine Anzahl Wechsel am Fälligkeitstage nicht eingelöst und in Protest gegangen waren. Sie hat sich von Kutisker das berühmte Hanauer Lager als Deckung anhängen lassen, ohne über die Bestände und den Wert dieses Lagers die geringsten Erkundigungen einzuziehen. Sie hat sich am Verkauf dieses Lagers eine Gewinnbeteiligung ausbedungen, ohne sich im mindesten gegen Uebervorteilung durch den Gewinnpartner zu sichern. Und in diesem Stile noch vieles andre mehr.

Mag sein, daß die Hauptschuldigen an dieser ungeheuerlichen Geschäftsgebarung, die Finanzräte Rühe und Hellwig, nicht allein aus blindem Vertrauen und leichtgläubiger Dummheit so gehandelt haben. Der Verdacht, daß sie auch materiellen Lockungen erlegen sind, liegt nahe angesichts der Tatsache, daß die beiden für ihre Mitwirkung an einem Schiedsspruch das Riesenhonorar von insgesamt 52 000 Mark erhielten. Aber dann steht die Tatsache fest, daß die beiden Leiter einer Abteilung — der Lombardabteilung —

das ganze Vermögen der Seehandlung

an eine einzige Person verleihen konnten, ohne daß die Leitung des Instituts von diesen Dingen erfuhr. Die Seehandlung ist nicht kollegial, sondern rein bureaukratisch aufgebaut. Die Verantwortung trägt der Präsident. Aber Herr von Dombois, bis zum April 1924 Präsident der Seehandlung, hat bis zuletzt von dem Treiben der Rühe und Hellwig nichts gewußt. Die ihm zur Seite stehende sechsköpfige Generaldirektion hat sich um die Sache erst ernsthaft gekümmert, als das Kind bereits im Brunnen lag, die Kredite an Kutisker auf 14 Millionen angeschwollen waren.

Aus diesen Dingen, die nur die gröbsten Konturen des Gesamtbildes aufzeigen, ergibt sich ein vernichtendes Urteil über die geschäftliche Gebarung der Seehandlung. Es zeigt sich klar, daß dies schwerfällige bureaukratische Institut sich auf ein Geschäftsgebiet begeben hatte, auf dem es infolge Mangels jedes kaufmännischen Sinnes und Verstandes völlig hilflos dastand und schließlich auf Betrügereien hereinfiel, die selbst ein mäßiger Laienverstand auf den ersten Blick durchschauen konnte.

Indessen ist dies kaum das Resultat, das sich

die deutschnationalen Treiber

von dem Falle Kutisker versprochen hatten. Es läßt sich nicht nach der Richtung hin ausnutzen, in der seit Wochen die nationale Skandalpresse arbeitet. Alle in Frage kommenden Beamten, vom Präsidenten Dombois angefangen, bis herunter zu den Finanzräten Rühe und Hellwig, sind Beamte des altpreußischen Systems, die auf dem normalen Entwicklungsgang, nicht durch irgendwelche Revolutionswellen, zu ihren Aemtern gelangt sind.

Aber Kutisker, der östliche Eindringling, wie steht es mit ihm? Man konnte doch so oft in der „nationalen" und kommunistischen Skandalpresse seinen Namen

im Zusammenhang mit der Sozialdemokratie

lesen. Ach, auch hier ist die Sache ganz anders gelaufen als die Antragsteller das vorausgesehen hatten. Kutisker ist mit größter Wahrscheinlichkeit ein gerissener Betrüger. Aber dafür, daß er mit der Sozialdemokratie oder Sozialdemokraten überhaupt in Verbindung gestanden hätte, hat sich nicht der Schatten eines Verdachts ergeben, geschweige denn, daß seine Geschäfte von sozialdemokratischer Seite irgendwelche Förderung erfahren hätten.

Nein, alle Wegweiser zeigen nach der entgegengesetzten Richtung. Kutisker kam zur Seehandlung mit einer Empfehlung der Darlehnskasse Ost und militärischer Stellen. Welche militärischen Stellen in Frage kommen, konnte bisher nicht festgestellt werden, da in diesem Punkt ein auffälliges Nichtswissen sämtlicher Regierungsstellen zu verzeichnen war. Aber man kann seine Vermutungen darüber haben, wenn man weiß, daß Kutisker der

Hauptarmeelieferant der Baltikumer

und der Awaloff-Bermondt-Armee war, daß die ihn empfehlende Darlehnskasse Ost die Ausgabe des Kriegsgeldes für Litauen unter sich hatte, daß Kutisker mit der durch ihre Waffenlieferungen bekannten Wostok-Gesellschaft in engster Verbindung stand. Er kam nach Deutschland in Begleitung hoher russischer, zaristischer Offiziere. Die erwähnte Auskunft bemerkt über die Verbindungen Kutiskers, daß er namentlich zu klerikalen Kreisen und zu der Landwirtschaft in Beziehung stehe. Es waren also

sehr feudale und politisch rechtsgerichtete

Kreise, die keineswegs vor intimer geschäftlicher Verbindung mit dem verachteten „Ostjuden" zurückscheuten, solange er als potenter Mann galt.

Einen Augenblick glaubten die Deutschnationalen im Ausschuß, ihr Fressen gefunden zu haben als sich herausstellte, daß Kutisker ohne Paß- und Sichtvermerk nach Deutschland gekommen war, daß aber eine bereits verfügte Ausweisung wieder zurückgenommen worden sei. Doch die nationale Entrüstung ebbte stark ab, als der Verantwortliche für diese Maßnahme festgestellt wurde in der Person des Wilmersdorfer Polizeiamtleiters Geheimrat von Möller.

So kann schon heute mit absoluter Sicherheit gesagt werden, daß der Faß Kutisker auch nicht zum Bruchteil eines Prozents ein Fall der Republik oder der Sozialdemokratie sei, sondern — soweit überhaupt der Staat in Frage kommt — daß er lediglich ein Fall altpreußischer bureaukratischer Unfähigkeit, wenn nicht noch schlimmerer Dinge ist.

Die Deutschnationalen, die Völkischen und ihre edlen Bundesbrüder, die Kommunisten, sind um eine fürchterliche Blamage reicher. Die tragen sie gebückt in der Hoffnung, daß der Fall Barmat sie entschädigen wird. Auch in diesem Falle wird's noch einmal sehr lange Gesichter der Verleumder-Kumpanei geben. —

Zu Kreuze gekrochen!

Die Antwort der Reichsregierung auf die Kollektivnote der Entente in der Räumungsfrage ist den alliierten Vertretern übergeben worden. Sie lautet:

In der dem Herrn Reichskanzler am 26. Januar überreichten Note erklären die alliierten Regierungen, daß sie einstweilen nicht die Absicht haben, die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone mit der deutschen Regierung zu erörtern oder auf die Darlegungen der deutschen Note vom 6. Januar einzugehen. Sie verschieben die bereits in ihrer ersten Note angekündigte Mitteilung derjenigen Punkte, von deren Erledigung sie die Räumung jener Zone abhängig machen wollen, erneut auf eine spätere Zeit, wobei sie, ebenso wie früher, möglichste Beschleunigung dieser Mitteilung in Aussicht stellen. Im übrigen beschränken sie sich darauf, der deutschen Regierung eine Verkennung der Tragweite der Artikel 428 und 429 des Versailler Vertrages entgegenzuhalten und die Behauptung zu wiederholen, daß Deutschland die in diesen Artikeln vorgesehene Voraussetzung für die fristgemäße Räumung der nördlichen Rheinlandzone nicht erfüllt habe.

Die deutsche Regierung muß zu ihrem Bedauern feststellen, daß die Ausführungen der deutschen Note vom 6. Januar den alliierten Regierungen lediglich zu einer formalen Erwiderung Anlaß gegeben haben, die diese für Deutschland und für die europäische Verständigung so bedeutungsvolle Angelegenheit in keiner Weise fördert. Die alliierten Regierungen halten die deutsche Regierung wie auch die Oeffentlichkeit noch immer in Unkenntnis des Tatsachenmaterials, mit dem sie den von ihnen bereits vor mehreren Wochen gefaßten Beschluß begründen wollen. Das deutsche Volk wird wiederum der Nichterfüllung des Vertrags beschuldigt, ohne daß ihm die Möglichkeit gegeben würde, sich gegen diese Beschuldigung zu verteidigen. Die alliierten Regierungen ziehen aus einer einseitigen Beurteilung des Sachverhalts die schwerwiegendsten Folgerungen und lehnen es in ihrer neuen Note sogar bis auf weiteres ausdrücklich ab, mit der deutschen Regierung in eine Erörterung der Angelegenheit einzutreten.

Die deutsche Regierung vermag nicht zu verstehen, inwiefern ihr eine Verkennung der Tragweite der Artikel 428 und 429 vorgeworfen werden könnte. Sie hat nicht bestritten und bestreitet nicht, daß diese Artikel die Räumung der nördlichen Rheinlandzone am 10. Januar 1925 von gewissen Voraussetzungen abhängig machen. Ihre Behauptung geht vielmehr dahin, daß diese Voraussetzungen erfüllt sind. Die Tatsache der völligen Entwaffnung Deutschlands ist zu offenkundig, als daß die alliierten Regierungen die Nichteinhaltung des vertragsmäßigen Räumungstermins mit dem gegenwärtigen Stande der deutschen Abrüstung begründen könnten. Die alliierten Regierungen scheinen in ihrer Note einen Unterschied zwischen der Tragweite des Artikels 428 und des Artikels 429 in dem Sinne machen zu wollen, daß die im Artikel 429 vorgesehene etappenweise Räumung eine von ihrer Entscheidung abhängige Vergünstigung für Deutschland darstelle. Dies würde dem klaren Wortlaut des Vertrags widersprechen, der keinen Zweifel darüber läßt, daß die Bestimmungen des Artikels 429 nicht weniger bindendes Vertragsrecht sind als diejenigen des Artikels 428.

Das gemeinsame Interesse an einer fruchtbaren politischen Zusammenarbeit gestattet es nicht, den gegenwärtigen Zustand, der das Schicksal eines großen deutschen Gebiets und seiner Bevölkerung im ungewissen läßt, auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Die deutsche Regierung erwartet deshalb, daß die alliierten Regierungen die Mitteilung des angekündigten Materials nunmehr alsbald folgen lassen und so die Voraussetzung für eine Verständigung über die Beilegung des entstandenen Konflikts schaffen.

Als wenige Wochen vor dem 10. Januar 1925 die Räumung der Kölner Zone zur öffentlichen Debatte stand, forderten die Deutschnationalen schärfste Repressalien für den Fall, daß die Räumung nicht erfolgen würde. Inzwischen sind ihre Vertreter auf dem Wege des Kuhhandels zu Mitgliedern der Reichsregierung geworden, und jeder Mensch, der auf deutschnationale Erklärungen noch etwas gegeben hat, dürfte erwartet haben, daß nunmehr die große Aenderung in dem bisherigen außenpolitischen Kurse erfolgen würde.

Was aber erleben wir? Die Maulhelden gegen die letzte alliierte Note; sie winden und drehen sich, verzichten sogar, ein berechtigtes Verlangen aufzustellen und begnügen sich mit dem Ausdruck einer „Erwartung".

Welches Geschrei, wenn eine Regierung der Linken so zu „Kreuze gekrochen" wäre wie die deutschnationale Regierung! —

Stiefelputzer Stresemann.

Ach wie gern, ach wie gern
Dien' ich solchem großen Herrn!
Allen Dreck, allen Dreck
Putz' ich ihm vom Stiefel weg.

Zwar dieweil so munter putz' ich,
Werd' ich selbst ein bißchen schmutzig.
Doch ich sage mir: i wo —
Schmutzig ist man sowieso!

O. K.

Der deutschnationale Aufwertungsschwindel.

Im Aufwertungsausschuß des Reichstags wurde am Dienstag die Beratung über den deutschnationalen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 4. Dezember fortgesetzt. Dabei ergab sich mit aller Deutlichkeit, daß es den Deutschnationalen gar nicht um die Aufhebung zu tun war, sondern nur darum, sich bei den Gläubigern und Sparern in empfehlende Erinnerung zu bringen. Im Namen der Reichsregierung erklärte zunächst Justizminister Frenken, mit der Verordnung sollten die schweren Gefahren abgewendet werden, die sich aus der Erschütterung der Rechtsgrundlagen der dritten Steuernotverordnung für die Oeffentlichkeit ergeben. Es handle sich nur um eine einstweilige Reglung, die endgültige werde vorbereitet.

Der deutschnationale Abg. Dr. Best widersprach dieser Erklärung und betonte, die Notverordnung sei mit den Grundlagen des Rechtsstaates nicht vereinbar. Die Bevölkerung müsse sehen, daß der Reichstag damit nicht einverstanden sei. Es kam aber ganz anders. Staatssekretär Joel versprach darauf eine Beschleunigung der Vorbereitung des Entwurfs für die endgültige Lösung. Aber es seien noch die Schwierigkeiten im Reichsrat zu überwinden, die sich aus der Meinungsverschiedenheit der Länderregierungen und innerhalb derselben ergeben.

Abg. Keil (Soz.) stimmte dem Abgeordneten Best bei und berief sich auf den Schöpfer der Weimarer Verfassung Dr. Preuß, der die Verordnung vom 4. Dezember als eine juristische Ungeheuerlichkeit bezeichnet habe. Schon der drohenden Konsequenzen wegen stimme die Sozialdemokratie dem deutschnationalen Aufhebungsantrag zu. Halte die Regierung eine Zwischenreglung bis zur endgültigen Lösung für notwendig, so möge sie auf dem ordentlichen Gesetzgebungsweg ein neues Gesetz zustande bringen.

Im weitern Verlauf der Debatte erwogen die deutschnationalen Redner Steiniger und Hergt die Aussetzung der Entscheidung über ihren Antrag. Staatssekretär Joel und Finanzminister v. Schlieben unterstützten sie darin mit dem Versprechen, daß der Gesetzentwurf über die endgültige Lösung so rasch wie möglich dem Reichstag vorgelegt werden solle. Schlieben teilte noch mit, daß bei der Aufwertung der öffentlichen Anleihen in erster Linie diejenigen Personen berücksichtigt werden sollen, die in der Zeit der Not dem Vaterlande Opfer gebracht haben und unter ihnen wieder zuerst die Bedürftigen.

Gegenüber der Bemerkung des Volksparteilers Dr. Wunderlich, daß Schlieben im Gegensatz zum Finanzminister Dr. Luther nun erfreulicherweise auch ethische und moralische Gesichtspunkte anerkenne, betonte Keil, daß Schlieben noch im September die Aufwertung der Kriegsanleihe sowohl im allgemeinen als für bevorzugte Klassen als eine absolute Unmöglichkeit bezeichnet habe, da keinerlei Mittel dafür vorhanden seien. Die Sozialdemokratie fordere, daß die Deckungsmittel von den Volkskreisen erhoben werden, die trotz der allgemeinen Ver-

Kleines Feuilleton.

Requiem von Verdi.

Man streitet sich heftig darum, ob Tradition eine Wohltat oder ein Uebel sei. Im allgemeinen neigt die Gegenwart dazu, sie als ein Uebel zu betrachten, eine Last, unter der wir Nachgebornen seufzen: „Weh dir, daß du ein Enkel bist!" Man weist auf die Verderblichkeit des Epigonentums, der Nachtreter klassischer Meister, hin und segnet die Revolutionen im Gebiet der Kunst, etwa die Ueberwindung der italienischen Oper durch das moderne Musikdrama. Aber wie wenig ist doch in der Kunst mit Schlagwörtern und Prinzipien auszurichten! Die ägyptische Kunst hat fast vier Jahrtausende von ihrer Tradition gezehrt, ohne zu verdorren. Und die katholische Kirche erweist noch heutigen Tages die Lebensfähigkeit ihrer anderthalbtausendjährigen Ueberlieferung. Was hat es einem Anton Bruckner geschadet, daß er sich ins Joch dieser Tradition gebeugt hat?

Allerdings ist eine Gefahr dabei: wer nicht stark und seiner selbst ganz sicher ist, wird von der Last der Jahrtausende leicht erdrückt. Es gehört etwas wie ein Atlas dazu, um sie tragen zu können. Vielleicht ist es sogar bequemer, die Ueberlieferung zu zerbrechen, als sie auf sich zu nehmen. Jedenfalls hat Giuseppe Verdi, als er sein „Requiem" schrieb zum Gedächtnis Alessandro Manzonis, die Belastungsprobe durchaus bestanden. Was er als moderner Mensch dazugab, um seine Persönlichkeit zu retten, war vor allem die Gegenüberstellung großer Solopartien gegen die Chöre, die sozusagen den Untergrund bilden, die Ueberlieferung am stärksten vertreten. Aber schon die Art, wie er die Chöre auftürmt, ist neu und unerhört. Es gibt in den lyrischen Partien, im Wechselgesang mit den einzelnen Solostimmen oder dem Solosextett, ganz diesseitige, dem Stil der Oper angenäherte Chorsätze, etwa im „Dies irae" die Stelle: „Quid sum miser tunc dicturus?" („Was soll Elender ich sagen"). Daneben stehen Chorsätze wie die gewaltige achtstimmige Doppelfuge im „Sanctus", die den Meister auf der Höhe des kontrapunktischen Stils zeigt, der höchsten Verfeinerung der Vokalmusik überhaupt. Und schließlich wird der Chor, aber auch die Solostimmen, psalmodierend verwendet, ganz so, wie Priester und Gemeinde während des Gottesdienstes sich im Wechselgesang ergänzen. Dabei werden alle Worte nach Möglichkeit auf einen Ton gebracht, höchstens am Schluß erfolgt eine kleine Hebung der Stimme. So gleich zu Anfang die Worte des Chors: „Requiem aeternam" („Gib ihnen die ewige Ruhe") und im zweiten Teile des „Libera me, domine" („Befreie mich, o Herr"). Man sieht, auch der Sprechgesang ist nichts Neues, sondern seit über tausend Jahren schon im katholischen Gottesdienst üblich als Steigerung des gesprochenen Gebets, als rituelles Kunstmittel. Ganz am Ende, wenn noch einmal alle Sätze der Totenmesse am Hörer vorübergezogen sind — auch dies eine Neuerung innerhalb des kirchlichen Stils, aus der Sinfonie herübergenommen —, ersterben die Singstimmen im dumpfen Gemurmel des Gebets um Erlösung von den Schrecken des Gerichts: „Libera me, domine." Verdi hat hier „senza tempo" und „pppp" vorgeschrieben: er will ein Chorsprechen, das völlig im Nichts verhallt.

Jedem Epigonen wäre diese Mischung der Stile schlecht bekommen. Aber Verdi hatte so viel Eignes dazuzugeben, daß die von Hause aus so verschiedenen Elemente mühelos, wie selbstverständlich, sich zusammenfügen. Sein besonderer Vorzug ist es, daß er jedes Instrument sozusagen materialgerecht behandelt. Was er für Singstimmen schreibt, ist durchaus gesanglich und nicht, wie bei den allermeisten neuern Musikern, namentlich bei den deutschen, instrumental gedacht. Sein Chorsatz ist anbetungswürdig: die Chöre in der Matthäuspassion, wenigstens die fugierten, sprechen nicht so leicht und quellend an. Die Instrumentation ist nicht weniger vollendet. Immerhin: instrumentieren können manche Komponisten, auch wenn sie keine Ahnung haben, wie man für Singstimmen schreibt. Giuseppe Verdi hat beides gekonnt. Sein größtes Geheimnis ist aber wohl das, daß er, was seine Zeitgenossen, mit der einzigen Ausnahme Bruckners vielleicht, sich längst abgewöhnt hatten, mit unerbittlicher Strenge übte: den Dienst am Werke, vor das sich niemals die persönliche Eitelkeit, das komödiantische Buhlen um Erfolg, die verstandesmäßige Berechnung auf den Effekt, drängen durfte. Deswegen haben sie beide, Verdi sowohl wie Bruckner, so schlecht in ihre Zeit gepaßt. Deswegen hat man sie in den siebziger, achtziger Jahren verhöhnt und mißachtet. Aber gerade deswegen werden sie die Götzen überleben, vor denen die Gesellschaft der Gründerjahre und deren Nachkommenschaft auf dem Bauche gelegen sind.

Wo es ihm gut schien, konnte Verdi von den modernsten Mitteln Gebrauch machen: etwa an der Stelle „Oro supplex" („Demütig bete ich") des zweiten Satzes saftige Quintenparallelen schreiben oder beim zweiten Eintritt des Hauptmotivs des Jüngsten Gerichts — „Dies irae" — von der H-Dur-Tonika anstatt nach E fortzuschreiten in das entfernte G-Moll springen: über die Menschenseele, die um Gnade wimmert, prasseln jäh und unvermittelt alle Schauer des Jüngsten Tages herein. Wenn die nahen und entfernten Trompeten einander antworten, meint man weit über den Erdball hin die Posaune zu vernehmen, die die Toten aus ihren Gräbern weckt und vor des Weltenrichters Thron ruft. Und doch kommt Verdi ohne den gigantischen Apparat an Blech und Pauken aus, den Berlioz für seinen „Dies irae" aufbieten läßt. Er wird nie lärmend — er ist es ja selbst in seinen Opern nie geworden.

Die Aufführung des Werkes erfordert allerdings einen gewaltigen Chor: so etwas wie der „Dies irae" oder gar die achtstimmige Doppelfuge des „Sanctus" ist mit zweihundert Menschenn noch kaum zu bewältigen. Walter Beck hatte mehr als das Doppelte aufgebracht: Reblingscher Gesangverein und Lehrergesangverein hatten sich zusammengetan zu einem Chorkörper, wie man ihn hier noch selten gehört haben wird. Dieser Chor war gut eingeübt und hielt sich sicher, auch in der Fuge, die ungewöhnliche Ansprüche stellt. Beck wußte ihn mit dem klugerweise hinter den Sängern aufgestellten Orchester ausgezeichnet zusammenzuhalten. Die Zeitmaße waren durchaus auf die dramatische Wirkung zugeschnitten, die großen Höhepunkte kamen denn auch, eindringlich vorbereitet, mit voller Wucht zur Geltung. In der Gliederung, im Abbrechen, im Gegensatz der lyrischen zu den dramatischen Partien leistete unser Generalmusikdirektor Außerordentliches. Er wurde vom städtischen Orchester verständnisvoll unterstützt: die Bläser hatten den Löwenanteil am Erfolg. Leider spielte Konzertmeister Kade sein Cellosolo zu Beginn des Offertoriums so unsauber, daß es den Solisten schwer wurde, einzusetzen. Auch mit den Gesangssolisten erlebte man keine reine Freude. Für den in Aussicht genommenen Gunnar Graarud mußte in letzter Stunde Ersatz beschafft werden, der ungenügend ausfiel: der Sänger machte einen unsichern Eindruck und detonierte empfindlich. Auch die Sopranistin konnte mit ihrer flachen Tongebung wenig erwärmen. Besser sprach der Baritonist, Dr. Moro aus Salzburg, an, wenn auch seine Stimme nicht in allen Lagen ausgeglichen ist: in der Höhe klingt sie gequält, in der Tiefe entbehrt sie der Sattheit. Freilich ist zu berücksichtigen, daß Verdi mit italienischen Sängern rechnete und deswegen einen für unsre Begriffe ungewöhnlichen Umfang verlangen durfte. Einen reinen und vollen Genuß gewährte nur die prachtvolle Altstimme der Helga Weeke.

Zum Schlusse hätte ich noch drei Fragen zu stellen und einen Vorschlag zu machen, nämlich:

Weshalb wird ein so hervorragendes Chorwerk so mangelhaft besucht und gerade von dem sogenannten „besseren Publikum" gemieden?

Warum läßt man sich von Leipzig eine Sopranistin kommen, wenn man in Magdeburg an Frau Zurek eine bedeutend bessere Kraft hat?

Wie kommt ein Weithaus wie Ricordi in Mailand dazu, dem deutschen Publikum für teures Geld eine so lächerlich schlechte Uebersetzung eines wundervollen Textes aufzuhängen, in der Sächelchen vorkommen wie: „Laß mich selig fromm erstrahlen", „Angstvoll sorgend ich ergramte" (?), „Weihevoll sei, der da kommt", Herr, des Allmacht zeuget Zagen", usf.?!

Und nun der Vorschlag: Das Requiem möchte für unsre volkstümlichen Kunstorganisationen wiederholt werden. Das Werk muß in dieser Ausführung allen Musikfreunden zugänglich gemacht werden.

Ф.

rnung ihre Vermögen gerettet oder vermehrt haben. Der Demokrat Dietrich und der Kommunist Höllein sprachen sich für den deutschnationalen Antrag aus, der aber von den Antragstellern selbst im Stiche gelassen wurde. Die Antragsteller erklärten sich nämlich mit der Vertagung der Entscheidung über ihren Antrag einverstanden und schlugen eine Entschließung vor, wonach die Regierung einen Gesetzentwurf einbringen soll, der bestimmt, daß die Aufwertungsstellen und die ordentlichen Gerichte schwebende Verfahren über Aufwertungsstreitigkeiten auf Antrag eines Beteiligten bis zur gesetzlichen Neuregelung aussetzen können.

Neil (Soz.) wandte sich mit aller Schärfe gegen diese Entschließung, mit der dem deutschnationalen Hauptantrag ein Begräbnis bereitet werden solle. Er verlangte eine Entscheidung über diesen Antrag noch in der Dienstagsitzung und bezeichnete dessen Annahme aus staatsrechtlichen und sachlichen Gründen als unbedingt notwendig.

In einer heftigen Geschäftsordnungsdebatte suchten die Deutschnationalen eine Abstimmung über ihren Antrag zu verhindern, indem sie verlangten, zuerst über ihre Entschließung abzustimmen und dann die Verhandlungen zu vertagen. Die Sozialdemokraten Dr. Hilferding und Dr. Hertz, ebenso Dietrich (Dem.) und Stöcker (Komm.) verlangten dagegen auf Grund der Geschäftsordnung, daß zuerst über den deutschnationalen Antrag abgestimmt werde. Nachdem der Vorsitzende Dr. Steiniger (D.-Natl.) durch Mehrheitsbeschluß (15 gegen 13 Stimmen) eine Entscheidung dahin herbeigeführt hatte, daß zuerst über die Resolution abzustimmen sei, erklärte Dr. Hertz, die Sozialdemokraten würden sich an der Abstimmung nicht weiter beteiligen, weil geschäftsordnungswidrig verfahren werde. Die Mehrheitsparteien — 15 von im ganzen 28 Stimmen — erklärten sich hierauf für die Entschließung Hergt.

Die Rechtsparteien haben es also unter der Führung der Deutschnationalen fertiggebracht, daß ein deutschnationaler Antrag in der Aufwertungssache unter Bruch der Geschäftsordnung aus dem Wege geräumt wurde, weil — eine Mehrheit für ihn vorhanden war. —

Die Löhne der Eisenbahner.

Die ablehnende Haltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft gegenüber jedem Hinweis der Organisationen auf die dringend notwendige Lohnerhöhung hat in den Reihen der Eisenbahner Beunruhigung und Erbitterung hervorgerufen. Der Generaldirektor der Reichsbahn hat zu verstehen gegeben, daß eine Lohnerhöhung angesichts der Finanzlage unmöglich sei; eine Lohnerhöhung zwinge zu einer Heraufsetzung der Tarife um 10 Prozent. Diese Drohung hat jedoch ihren Zweck verfehlt. So hat z. B. der Deutsche Eisenbahnerverband beschlossen, in einer am 30. Januar stattfindenden Konferenz des Vorstandes und der Bezirksleiter zu der Lohn- und Arbeitszeitfrage Stellung zu nehmen.

Die Lage ist ernst, zumal die Reichsbahn-Gesellschaft mit den Gratifikationszahlungen und Leistungszulagen die Selbstbeherrschung der Eisenbahner auf eine schwere Probe gestellt hat. Weihnachten sollen an die leitenden Beamten Gratifikationen in Höhe von 6000 Mark und mehr ausgezahlt worden sein. Es berührt sehr eigenartig, daß bis zur Stunde noch keine genauen Ziffern über die Höhe der Gratifikationen bekanntgegeben wurden. Ebenso weiß niemand, nach welchen Grundsätzen die Verteilung der sogenannten Leistungszulage, die für das Jahr 1925 rund 30 Millionen beträgt, eigentlich vorgenommen wird.

Die Klagen der Reichsbahn, sie habe kein Geld für eine Lohnerhöhung, wirken nicht überzeugend. Klarheit über die Finanzlage der Reichsbahn ist dringend nötig, zumal ja auch das Reichsfinanzministerium keine Gehaltserhöhung der Beamten riskieren kann, wenn es den Einspruch der Reichsbahn befürchten muß. Nicht der Reichstag, nicht das Reichsfinanzministerium, sondern die Reichsbahn hat die Besoldungs- und Lohnreglung in der Hand. Im Verwaltungsrat der Reichsbahn sitzen aber gewisse Herren aus der Industrie, die von einer Lohnerhöhung der Eisenbahner Konsequenzen für die Industriearbeiterlöhne fürchten. Die Oeffentlichkeit muß einmal auf diese Zusammenhänge mit Nachdruck hingewiesen werden. Die Reichsbahn hat vor der Uebernahme der Regie pro Monat etwa 30 bis 40 Millionen erübrigt. Die verkehrsreichsten Gebiete sind nun wieder in den Betrieb der Reichsbahn einbezogen. Mit der Uebernahme der Regiebahnen sind gewiß eine Menge Kosten verbunden, und man braucht nicht zu glauben, daß die Reichsbahn in Geld schwimmt. Aber so schlecht ist die Lage der Reichsbahn auch nicht, daß sie sich gegen jede Lohnerhöhung sträuben müßte.

Wie in der Lohnfrage, so zeigt der Verwaltungsrat auch in der Arbeitszeitfrage wenig soziales Verständnis. Schon längst hätten die Dienstdauervorschriften reformiert werden können. Ebenso hätte z. B. in den Werkstätten eine Verkürzung der Arbeitszeit um mindestens eine halbe Stunde auf 8½ Stunden eintreten können. Gegen eine solche Verkürzung sind von den technischen Sachverständigen nennenswerte Einwände nicht erhoben worden.

Die Eisenbahner tuen gut daran, frühzeitig mobil zu machen. Sie dürfen, wenn sie durch Erfahrungen gewitzigt sind, nicht erst warten, bis die Bürgerblocksparteien des Reichstags darangehen, über die Einlösung ihrer Wahlversprechungen zu — reden.

Ueber die von der Reichsbahn ausgeschütteten Weihnachtsgratifikationen an die höhern Beamten muß Aufklärung verlangt werden. Nur durch einen Zufall ist die Nachricht davon über den Badischen Landtag bekanntgeworden, und zwar wird von Zuwendungen bis zu 12000 Mark gesprochen. Sie wurden durch die Hauptverwaltung in Berlin direkt überwiesen und den betreffenden Beamten durch ein persönliches Schreiben mitgeteilt, um eben ein Bekanntwerden zu verhindern.

Der Hamburger Putsch vor Gericht.

Der Vormittag des fünften Verhandlungstages im Hamburger Kommunistenprozeß war völlig mit der Verlesung kommunistischer Aufrufe und Artikel ausgefüllt. Im Anschluß an einen Aufruf der Zentrale, in dem von einer revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung und von einem Bündnis mit Sowjetrußland die Rede ist, fragte der Vorsitzende, ob das mit einer legalen Arbeiter- und Bauernregierung möglich sei. Der Angeklagte Urbahns antwortete, daß für Sowjetrußland auch ein Bündnis mit legalen monarchistischen und kapitalistischen Staaten nicht ausgeschlossen wäre.

In einem Artikel einer illegal erschienenen Nummer der „Hamburger Volkszeitung", der zur Verlesung gelangt, wird ausgeführt: Die Arbeiter müssen sofort ihren Brüdern in Sachsen zu Hilfe eilen, die Betriebe verlassen, den Generalstreik erklären und den Truppen der Regierung mit den gleichen Mitteln entgegentreten, die diese gegen die Arbeiter anwenden. Von den Arbeitern werden gewaltige Opfer gefordert, auch an Blut und Leben. — Auf die Feststellung des Vorsitzenden, daß damit doch klar zum Ausdruck komme, daß ein bewaffneter Kampf beabsichtigt sei, weist Verteidiger Hegewisch darauf hin, daß der Angeklagte Urbahns bereits zugegeben hat, kurz vor dem Putsch die Vorbereitung des Hochverrats und den Sturz der Regierung in Aussicht genommen zu haben.

In der Nachmittagssitzung werden verschiedene Rundschreiben der Kommunistischen Partei verlesen, die zur Bildung proletarischer Hundertschaften auffordern und organisatorische Richtlinien für den politischen Kampf enthalten. Urbahns, der eines dieser Rundschreiben gezeichnet hat, fordert die Umstellung auf strengste Illegalität und eine engere Verbindung mit den lebenswichtigen Betrieben. Ein Rundschreiben vom 16. Oktober 1923, das die Unterschrift des Angeklagten Köppen trägt, fordert die Feststellung der Lebensmittelvorräte, der vorhandenen Bäckereien und die Beschaffung von Lagerräumen für Lebensmittel. Köppen bezeichnet dieses Rundschreiben als eine Spitzelarbeit. Als der Vorsitzende das als unglaubwürdig bezeichnet, da das Rundschreiben unter solchen von Urbahns gezeichneten gefunden worden sei, erklärte Urbahns, das das Rundschreiben echt sei. Darüber, wer sich hinter dem Namen Köppen verberge, verweigere er die Aussage. Im übrigen könne, wenn von der Uebernahme des Ernährungswesens gesprochen würde, es sich nur um eine solche unter einer Arbeiter- und Bauernregierung gehandelt haben.

In einem Rundschreiben nach dem Oktober-Putsch wird ausgeführt, daß sich die Dachschützen außerordentlich bewährt hätten und eine solche Kampfmethode dem Kampf in geschlossenen Verbänden, den die Polizei angewendet habe, sehr überlegen sei. In diesem Rundschreiben wird auch ausgeführt, daß die Kämpfe auf Anordnung der Partei abgebrochen wurden. Dann werden die Verhandlungen auf Donnerstag vertagt. —

Radiodienst der Volksstimme.

Das Zentrum macht nicht mit.

sp Berlin, 28. Januar. Die „Germania" kennzeichnet heute morgen in ihrem Leitartikel die Treibereien der Rechten, die alle Minen springen läßt, um das Zentrum umzustimmen, wie folgt: „Grade die jüngste Entwicklung in Preußen läßt keinen Zweifel mehr darüber, daß die gesamte Reaktion sich zusammengeschlossen hat, um zum gemeinsamen Schlage auszuholen gegen alles, was in den letzten Jahren geschaffen wurde. Das Zentrum soll also Hand dazu bieten, sein eignes Werk zu vernichten! Es sind die alten Kräfte, die das alte Preußen so oft gegen alles eingesetzt habe, was den Anhängern des Zentrums wert und teuer war, der alte kulturkämpferische Liberalismus hat sich mit dem Ostelbiertum zusammengefunden, um die Wiedererstehung des alten Preußens mit all seinen Einseitigkeiten vorzubereiten."

Demgegenüber umschreibt das Blatt die Haltung des Zentrums noch einmal klar und eindeutig:

„Das Zentrum wird sich der von der Gegenseite beliebten Agitation nicht beugen und seinen Weg geradeaus unbeirrt fortsetzen. Das Experiment Luther wird die Zentrumspartei in Preußen insbesondere nach der am Freitag und Sonnabend abgehaltenen Aussprache mit den Parteivorsitzenden im Lande nicht wiederholen. Die Möglichkeit zu einem Abflauen der durch die Schuld der Volkspartei herbeigeführten Krise ist durchaus vorhanden, wenn die Gegenseite die einfachsten parlamentarischen Erfordernisse nicht fortgesetzt beiseitesteht. In keinem andern Lande als in Deutschland ist es möglich, eine Regierung zu stürzen, wenn man außerstande ist, eine neue zu bilden."

Die Opposition vom 23. Januar war keine natürliche, sondern eine künstliche, in wahrhaft parlamentarisch denkenden Parteien wäre niemals etwas möglich gewesen, wie es am 23. Januar geschah, ohne sich der schärfsten Kritik aller staatspolitisch denkenden Menschen auch in ihren eignen Reihen auszusetzen. „Will die Rechte den Kampf, so soll sie ihn haben. Das Zentrum fühlt sich stark genug, die Wege zu gehen, die im Interesse Preußens liegen und für die das Zentrum seit Jahr und Tag mit Selbstverständlichkeit seine Kräfte eingesetzt hat." —

Französisch-deutsche Annäherung.

+ Paris, 28. Januar. Die Antwort der französischen Handelsvertragsdelegation auf die in der deutschen Note vom 23. Januar gestellten Rückfragen kann, wenn sie auch in bezug auf Vollständigkeit der erbetenen Aufklärung sehr viel zu wünschen übrig läßt und der Auslegung alle Türen offen bleiben, als entgegenkommend bezeichnet werden. Das gilt vor allem von der äußern Form, aber auch sachlich enthält sie, soweit es sich um den Handelsvertrag handelt, manches, was die Annäherung an den deutschen Standpunkt bezeichnet werden kann. Zum erstenmal wird in dieser Antwort darauf verzichtet, die geltende französische Gesetzgebung als unüberwindliches Hindernis für Gewährung der Meistbegünstigung hinzustellen.

Die politische Bedeutung dieser veränderten Haltung ist um so weniger zu unterschätzen, als sie zusammenfällt mit der neuen Auffassung maßgebender Stelle, wie sie dieser Tage in der Erklärung des Direktors des Handelsministeriums, Serruys, auf dem Kongreß der französischen Industrie zum Ausdruck kam. Serruy hat sich dort zu der Einsicht bekannt, daß der Abschluß langfristiger Handelsverträge bei der Starrheit der jetzigen französischen Gesetzgebung auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt und daß deshalb eine Aenderung der Gesetze notwendig sei.

Die deutsche Anfrage, für welche Waren von Frankreich eine unterschiedliche Behandlung gefordert werde, beantwortet die Note dahin, daß davon ganz abgesehen werden kann, wenn durch die geplante Revision der Gesetze ein ausreichender Schutz der französischen Industrie möglich wird.

In den Bestrebungen, die durch das Protokoll der Industriellen zum Ausdruck gekommen sind, erblickt Frankreich den Versuch eines Dumping und droht damit im Falle der Verwirklichung dieser Pläne das Antidumpinggesetz in Anwendung zu bringen. (Es handelt sich um die Schutzzollbestrebungen der deutschen Schwerindustrie, die der Fertigindustrie für die Erzeugnisse, die ins Ausland verkauft werden, eine Vergütung geben will. Red.)

Ueberfall durch Kommunisten.

Eine der wuchtigsten Mitgliederversammlungen der Magdeburger Sozialdemokratie war die am Montag. Am Dienstag folgte die Berliner Sozialdemokratie mit einer Kundgebung im Sportpalast, der an die 20 000 Menschen aufnehmen kann. Dieses Riesenlokal war überfüllt, Tausende mußten umkehren oder auf der Straße stehen. Paul Löbe, Breitscheid, Hermann Müller und Crispien sprachen, aber keiner wurde so stürmisch begrüßt wie Otto Braun, der preußische Ministerpräsident.

Die Kommunisten hatten große Vorbereitungen getroffen, um die Kundgebung zu sprengen. Das ist ihnen allerdings nicht gelungen. Einige Störenfriede wurden entfernt.

Darauf änderten die kommunistischen „Strategen" ihren Plan. Sie sammelten ihre Hundertschaften vor dem Sportpalast und dann begab sich folgendes:

Auf der gegenüberliegenden Seite der Potsdamer Straße hatten sich etwa 600 bis 700 Kommunisten eingefunden, die in Hundertschaften anmarschiert waren. Zumeist handelte es sich um Mitglieder der kommunistischen Jugend, doch sah man in den Abteilungen, deren Leiter ausnahmslos aus ältern Leuten bestanden, auch viele Personen in reifern Alter. Die Kommunisten waren zum großen Teile mit Handstöcken und Knüppeln ausgerüstet. Führer gingen von Trupp zu Trupp und gaben die Parolen aus. Man sollte sich zunächst auf Demonstrationsrufe beschränken und erst zum Schlusse, wenn die Sozialdemokraten den „Sportpalast" verließen, den ganzen Damm sperren, um die Polizei zum Einschreiten zu veranlassen. Diese Kommandos wurden sehr laut und ungeniert abgegeben. In dem Augenblick, als die Versammlungsbesucher aus dem Vorgarten herausströmten, setzte dann auch ein Höllenlärm ein. Die Kommunisten schrien unausgesetzt: „Nieder mit den Arbeiterverrätern, heraus mit den politischen Gefangenen! Amnestie!" Als letzte verließen den „Sportpalast" die Reichsbannerleute mit den Fahnen. Kaum hatten sie den Fahrdamm erreicht, als die Kommunisten wie auf Kommando auf die Fahnenträger zustürzten, und nun erhob sich ein wüster Kampf um die Abzeichen und Banner. Beide Parteien schlugen aufeinander los, und es wäre zweifelsohne zu wüstesten Ausschreitungen gekommen, wenn nicht im letzten Augenblick einige Hundertschaften der Polizei herangebracht worden wären.

Der Schreckensruf „Die Grünen kommen!" ließ die Kommunisten auseinanderstieben. Eine Anzahl wurde festgenommen.

Die in ihre Wohnquartiere marschierenden Reichsbannerleute wurden von den planmäßig aufgestellten kommunistischen Hundertschaften überfallen, ebenso Versammlungsteilnehmer, die durch Abzeichen als Republikaner kenntlich waren.

Zu einem besonders schweren Zusammenstoß kam es am späten Abend in der Lindenstraße, wo das Gebäude des „Vorwärts" sich befindet. Ein etwa 100 Mann starker Zug des Reichsbanners marschierte, von der Kundgebung im Sportpalast kommend, die Lindenstraße hinunter, als er kurz hinter dem „Vorwärts"-Gebäude von einem etwa 300 Mann starken Kommunistentrupp, der, von Radfahrerpatrouillen umringt, im Laufschritt vom Halleschen Tor und Belle-Alliance-Platz heraneilte, von hinten überfallen wurde. Ehe die völlig überraschten Reichsbannerleute sich zur Wehr setzen konnten, waren die Kommunisten unter wüstem Geschrei über sie mit Knüppeln und Messern hergefallen. Es entspann sich nun in der Dunkelheit ein heftiger Kampf, der sich beinahe eine halbe Stunde lang hinzog. Die in der Uebermacht befindlichen Kommunisten waren nicht nur mit schweren Schlaginstrumenten, armdicken Fahnenstangen und Schlagringen, sondern auch mit Messern auf ihre Gegner eingedrungen. Nach den ersten oberflächlichen Feststellungen an Ort und Stelle sind mindestens 10 bis 12 Reichsbannerleute durch Schlag- und Stichwunden verletzt und mußten von schleunigst requirierten Droschken und Autos abtransportiert werden. Ein sechzigjähriger weißhaariger Reichsbannermann hatte von den Kommunisten einen Messerstich in den Kopf erhalten, Mütze und Koppel waren ihm geraubt worden. Ein Reichsbannermann soll so schwer verletzt sein, daß sein Zustand besorgniserregend ist. Bis die Polizei eingreifen konnte, waren die Messerhelden verschwunden.

In der schwarzweißroten Presse wird mit großem Behagen erzählt, wie die Kommunisten den reaktionären Verbänden im Kampfe gegen das Reichsbanner vorangehen — genau wie im Reichstag und im Landtag, wo ja auch die Kommunisten mit der äußersten Rechten im Kampfe gegen die Republik zusammengehen. —

Notizen.

Keine Räumung. Das Bureau Reuter ist ermächtigt worden, die Nachricht zu dementieren, daß England die Räumung der Kölner Zone ins Auge gefaßt habe. Gegenüber Gerüchten über direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und England über die Räumungsfrage wird darauf hingewiesen, daß diese Frage nicht allein Großbritannien angehe, sondern Sache der Alliierten sei. England werde in der Räumung der Kölner Zone nichts unternehmen, solange Deutschland die Bestimmungen des Versailler Vertrags nicht erfüllt hat. —

Waffenfunde in Köln. Die Kriminalpolizei fand bei einem aus dem Algäu stammenden jungen Mann eine fertige und Material für 50 weitere Bomben und versicherte, daß er diese gegen die Feinde der Kommunisten habe verwenden wollen. Die Sprengstoffe stammen aus einem Steinbruch in Lindau im Bodensee. Bisher hat sich der Verhaftete geweigert Namen von Helfern anzugeben. —

Der Millionenräuber und Spritschieber. Die Spritschieber-Affäre Weber-Rutschke, über die wir wiederholt berichtet haben, ist durch die Jagd nach den Millionendieben in ein neues Stadium getreten. Der wiederholt genannte Bankdirektor Reich der Darmstädter Bank hat sich als dieser Millionendieb herausgestellt. Unter anderm war er Verwalter des über zwei Millionen betragenden Vermögens der Witwe des verstorbenen Kommerzienrats Riebeck von den bekannten Mitteldeutschen Riebeck-Montanwerken. Auf deren Namen hat er während der Inflationszeit die wahnsinnigsten Börsenspekulationen vorgenommen. Außer den 2 Millionen der Frau Riebeck hat er auch andre Vermögen angegriffen. Jetzt hat er anläßlich seiner Flucht in der Spritschieber-Affäre auch die 2 Millionen der Witwe Riebeck mit auf die Reise genommen. Zunächst war er nach Holland (Utrecht) geflüchtet, wo er angeblich in einem Sanatorium sich befand. Als die Verwandten der Frau Riebeck sich um ihn bemühten, stellte sich heraus, daß er bereits die Reise über das große Wasser angetreten hatte. Verhandlungen über das Auslieferungsverfahren schweben angeblich bereits. Der Fall Reich wächst sich zu einem Gesellschaftsskandal ersten Ranges in Mitteldeutschland aus. —

Sunjatsen gestorben. Der Präsident der südchinesischen Republik, Dr. Sunjatsen, ist an Leberkrebs gestorben. Die Operation hat die hoffnungslos schwere Krankheit nicht beseitigen können. Mit ihm ist einer der fähigsten Staatsmänner des modernen China und der rastlose Vorkämpfer für die wirtschaftliche und verkehrstechnische Aufschließung des chinesischen Reiches und seiner Bodenschätze aus dem Leben geschieden. Sunjatsen hatte u. a. als erster ein vollkommenes System chinesischer Verkehrsanlagen durch Hafenbauten, Schiffahrtskanäle, Stromregulierungen und Eisenbahnen für das ganze chinesische Reich entworfen. —

Depeschen.

Kaum vor Ende Februar.

Wb. London, 28. Januar. „Daily Telegraph" schreibt, die Absendung der endgültigen Note der Alliierten an Deutschland über die Räumungsfrage könne kaum vor Ende Februar erwartet werden, da zwischen den Alliierten heikle und bedeutsame Fragen erwogen werden müßten. —

Unübertroffen

in Güte und Preis-würdigkeit!

Damen-Wäsche

Damenhemden mit schmal. Trägern	95 ₰
Untertaillen mit breiter Stickerei	95 ₰
2 Erstlingsjäckchen gestrickt	95 ₰
Damen-Hemden Reformschnitt mit Stickerei	1.95
Damen-Beinkleider Kniefform, mit breit Stickerei	1.95
Damen-Unterröcke mit breitem Stickerei-Volant	1.95
Damen-Hemden Reformschnitt, Madapolam, gestickt	2.95
Damen-Prinzeßröcke mit breitem Stickerei-Vol.	2.95
Damen-Beinkleider Knief., m. br. Stickerei-Ent.	2.95

20 Meter Langette	95 ₰
9,20 Meter Stickereien	95 ₰
4,60 Meter Stickereien 5 cm breit	95 ₰
3 Meter Stickereien 6—7 cm breit	95 ₰
1 Meter Rockstickerei 28—30 cm breit	95 ₰

Schürzen

Damen-Zierschürzen Jumperform	95 ₰
Mädchen-Schürzen Hängeform, 40—50 cm	95 ₰
Barpschürzen gestreift	95 ₰
Damen-Zierschürzen Wiener Form bunt u. gestr.	1.95
Damen-Hausschürzen mit Volant und Tasche	1.95
Damen-Jumperschürzen extra weit, bunt u. d. gestreift	1.95
Damen-Blusenschürzen weite Form	2.95
Damen-Jumperschürzen extra weit, Saum	2.95
Damen-Wiener Schürzen extra weit, gestreift	2.95

10 Meter Klöppelspitzen-Einsatz	95 ₰
6 Meter Klöppelspitzen 3—5 cm br.	95 ₰
Bebi- u. Blusenkragen	95 ₰
Lackgürtel breit, rot, schwarz	95 ₰
Taffetband Breite 60, in allen Farben	95 ₰

Gezeichnete Handarbeiten

Küchenhandtücher m. farb. Besatz	95 ₰
Kissen weiß, grau, schwarz	95 ₰
Kaffeemütze weiß, grau u. schwarz	95 ₰
Decke 60×80 cm	95 ₰
8 Spitzdecke	95 ₰
Schlafstuben-Handtuch reich mit Klöppel garniert	1.95
Küchenhandtücher mit eingewebt. Bordüre	1.95
Kaffeetischdecken 60×75 cm	1.95
Küchen-Handschoner Bordüre	1.95

Jede billige Kurzwaren-Tüte
enthält:
2 Paar Strumpfgarn, 2 Stück Zwirn, 2 Paar Zwirn, 2 Paar Strumpfband, 1 Pkt. Sicherheitsnadeln, 1 Pkt. bin. Handnadeln, 1 Stück Kleiderband, 1 Paar Stiefelknöpfe, 1 Paar Nähnadeln, 1 Paar Stickennadeln, 2 Paar Sicherheitsnadeln, alles zusammen für **95 ₰**

Stoffe

1 Mtr. Hau kleiderstoff dunkel	95 ₰	3 Mtr. Hemdentuch 80 cm breit	1.95
1 Mtr. Blusenstreifen oder kariert	95 ₰	3 Mtr. Drell- od. Gerstenkornhandt.	1.95
1 Mtr. Hemdentuch schwere Ware	95 ₰	1 Mtr. Rockstreifen 105 cm breit	1.95
1 Mtr. Köperbarchent weiß	95 ₰	1 Mtr. Donegal 140 cm breit	1.95
1 Drellhandtuch rau halbleinen, gesäumt und gebändert	95 ₰	1 Mtr. Vollvolle 115 cm, weiß u. farbig	1.95
2 Mtr. Gerstenkorn-Handtuch m. rot. Kante	95 ₰	1 Mtr. Frotté gemustert	1.95
1 Mtr. Cheviot reine Wolle, 130 cm breit	2.95	1 Mtr. Kunstseidentrikot alle Farben	2.95
2 Mtr. Rockstreifen reine Wolle, 105 cm breit	2.95	1 Neste bettlaken 140×210	2.95
2,25 Mtr. Blusenstreifen	2.95	2 Jacquard-Handtücher halbleinen	2.95

Damen-Blusen Jumperform, gestreift	95 ₰	Cheviot-Kleider reine Wolle, mit Knopf- und Dressengarnitur	4.95
Kleiderröcke schwarz, weiß, kariert	95 ₰	Damen-Mäntel aus melierten Stoffen	4.95

Unterzeuge

Damen-Schlafhosen Winter-Qualität	1.95	Herren-Normalhemden mit doppelter Brust	2.95
Damen-Schlafhosen Flor	1.95	Herren-Einsatzhemden echt ägyptisch. Mako	2.95
Damen-Untertaillen gestrickt	1.95	Herren-Makohemden mit dopp. Brust, echt ägypt. Mako	2.95
Herren-Normalhosen	1.95	Herren-Futterhosen	2.95
Herren-Makohosen echt ägyptisch	1.95	Damen-Hemdhosen feingestrickt	2.95
Seidentrikot-Schlüpfer prima Qualit., in allen Farb.	2.95	Kinder-Futterunterzeuge 60—70 cm	2.95

Herren-Oberhemden c. Zephir, gestreift, gute Qual., m. 1 weichen u. 1 gestärkten Kragen **3.95**

Strümpfe

2 Paar Dam.-Strümpfe engl. lg. Baumwolle, gewebt	95 ₰	Damen-Strümpfe la. Seidenfl., Doppelf. u. Hochf., schw. u. farb.	1.95
Damen-Strümpfe extra starke Baumwolle schwarz, Paar	95 ₰	Damen-Strümpfe Wolle, gewebt, engl. and. schwarz	1.95
Damen-Strümpfe Seidenflor, Doppel- und Schwerfe, schw.	95 ₰	Damen-Strümpfe Kunstseide mit Naht, schwarz, Paar	1.95
2 Paar Herren-Socken farbig, starke Qualität	95 ₰	Damen-Strümpfe la. Seidenflor, à jour, i. all. Modefarb.	1.95
Herren-Socken Fiber und Baumwolle, einfarbig und kariert	95 ₰	Herren-Socken reine Wolle, gewebt, schwarz und alle Farben	1.95

Herren-Artikel

Selbstbinder moderne Streifen	95 ₰	Nachthemden mit Außentasche	1.95
Hosenträger Gummi, mit Leder	95 ₰	Selbstbinder elegante Muster	1.95
Sport-Serviteurs hell gestreift	95 ₰	Hosenträger mit Rollleder-Garnitur	1.95
Sportkragen weiß Rips 3 Stück	95 ₰	Nachthemden starke Qualität mit Außentasche	2.95

8 Kinder-Taschentücher	95 ₰	4 Damen-Schlafanzugtücher	95 ₰
3 Stickereitücher	95 ₰	4 Herren-Tücher weiß und farbig	95 ₰

Gardinen

Gardinen 30 bis 70 cm breit Meter	95 ₰	Halbstores in Etamine, mit Einsätzen	1.95
Etamine 130 cm breit, kariert Meter	95 ₰	Bettvorleger imitiert Perser	1.95
Rollstöpper 30 cm br. weiß u. elfenb. Mtr.	95 ₰	Läufer 65 cm breit Meter	1.95
Scheibengardinen Paar	95 ₰	Linoleumläufer 65 cm breit Meter	1.95
Halbstores in Etamine m. Einf. u. Volant	2.95	Kaffeedecken waschecht	2.95

Haushalt-Artikel

1 Wäscheleine blau, 40 Meter	1.95	5 Stück Alpaka-Eßlöffel	2.95
1 Waschgarnitur 5 teilig, Kantendekor	1.95	1 großer Brotkasten versch. Dekore	2.95
1 Emaille-Zeigschüssel 30 cm	1.95	1 Portiergarnitur 1 50 Mtr. kompl.	2.95
1 Wärmflasche stark, verzinnt	1.95	1 Backblech 1 Aluminium-, Schöpf- und Schaumlöffel, zusammen	2.95
1 Seifenbeutel Handform	1.95	5 Stück Aluminiumtöpfe 1 Satz	2.95
1 Kochgarnitur 4 teilig, mit polierten Holz	1.95	1 Kochgarnitur 5 teilig, Golddekore	2.95
6 Stück Vorratstöpfe moderne Dekore	1.95	1 Kristall-Käseglocke geschliffen	2.95
5 St. Porzellan-Speiseteller Festtagsrand	1.95	6 Weingläser mit geschliffener Kante	2.95

Porzellan u. Glas

1 Kaffee-Service 5 teilig	95 ₰
4 Paar Tassen Kantendekor	95 ₰
3 Weingläser mit hohem Stiel	95 ₰
10 weiße Obertassen	95 ₰
3 Abendbrotteller 19 cm, indischblau	95 ₰
4 Schüsseln Streublumen-Muster	95 ₰

Steingut

8 Speiseteller tief und flach	95 ₰
6 Milchtöpfe 1 Satz, dekoriert	95 ₰
2 große Schüsseln rund	95 ₰
6 Gewürztonnen 1 Satz	95 ₰
1 großes Waschbecken von Garnitur	95 ₰
1 große Wasserkanne von Garnitur	95 ₰

Aluminium

1 Schmortopf 16 cm, mit Deckel	95 ₰
1 Schmortopf 18 cm	95 ₰
1 Durchschlag 16 cm	95 ₰
1 Kasserolle 16 cm, mit Stiel	95 ₰
1 Konsole mit 1/2-Liter-Maß	95 ₰
1 Kaffee- oder Zuckerdose	95 ₰

Haushalt-Artikel

2 Alpaka-Kaffeelöffel m. Perlrand	95 ₰
1 Alpaka-Eßlöffel od. -Gabel	95 ₰
10 Aluminium-Eßlöffel	95 ₰
1 Likörtablett vernickelt, innen vergoldet	95 ₰

Holzwaren

1 Quirlgarnitur m. Rudelholz	95 ₰
1 gr. Holztablett fein lackiert	95 ₰
1 Putz- od. Bügelkasten Buchenholz	95 ₰
1 Handtuchhalter	95 ₰
1 Fußbank	95 ₰

Blech- u. Lackierwaren

1 Paar Kaffee- u. Zuckerbüchsen	95 ₰
1 G.-G.-G.-Garnitur lack.	95 ₰
1 Salz-, 1 Zwiebelbehälter	95 ₰
1 Spring orm Weißblech, 26 cm	95 ₰

Bürsten und Korbwaren

1 Schrubber, 1 Scheuer- und 1 Waschbürste auf	95 ₰
1 Kokosbesen, 1 Handfeger, 1 Stiel zusammen	95 ₰
1 Glanzbürste, 1 Schuhbürste, 1 Auftragbürste auf	95 ₰
1 große Kokosmatte mit bt. Kante	95 ₰

R. Wittkowski

Breiter Weg 61.

Das Verdienst der Sozialdemokratie.

Die deutschen Unternehmer zeigten nach dem Herbst 1923 mit seinem völligen Zusammenbruch der deutschen Währung und Wirtschaft im Jahre 1924 den eifrigsten Wunsch nach stabilen Verhältnissen auf dem Kapitalmarkt. Sie hatten mit ihrem einseitigen privatkapitalistischen Profitlatein und mit dem so hochgerühmten „Sachverständnis der Wirtschaftsführer", zuletzt durch die verbrecherische Ruhrkriegsfinanzierung, Währung und Wirtschaft in Deutschland ruiniert. Von der Möglichkeit, wieder mit festen Ziffern kalkulieren und bilanzieren zu können, aus dem Geschäftsumsatz wieder genügend Betriebskapital und aus der in- und ausländischen Kapitalneubildung genügend Anlagekapital gewinnen zu können, hing nicht nur die Zukunft der deutschen Privatwirtschaft, sondern der Bestand des kapitalistischen Systems in Deutschland überhaupt ab. Aber über ihren platonischen Wunsch hinaus vermochte die deutsche Privatwirtschaft zu den Währungsverhältnissen in Deutschland nichts beizutragen.

Im Gegenteil. Die industrielle und landwirtschaftliche Unternehmerschaft Deutschlands hat das menschenmöglichste seit dem Katastrophenherbst 1923 getan, um die Festigung der Währungs- und Kapitalmarktverhältnisse von Grund auf zu gefährden, und das Urteil der Geschichte über die Rolle der Unternehmer in dem Stabilisierungsjahr 1924 wird sehr wenig schmeichelhaft für die Unternehmer sein.

Es war keiner der privatkapitalistischen Monopolisten des volkswirtschaftlichen Sachverständnisses,

es war der Arbeiterminister

Hilferding, der im Herbst 1923 die Oeffentlichkeit Deutschlands und der Welt zum Zeugen des vollständigen Bankrotts der Währungs-, Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse in Deutschland anrief und der Steuerschender deutschen Privatwirtschaft sowohl als der törichten wirtschaftlichen und militärischen Expansionspolitik Poincarés das Memento zurief: „Bis hierher und nicht weiter!" Und es war wiederum der Arbeiterminister Hilferding, der die Zusammenhänge zwischen der Forderung nach einer stabilen Währung einerseits und den Gesetzen der Wirtschaft anderseits durchschaute und als Finanzminister den bürgerlichen Koalitionskollegen im Reichskabinett die Forderung abschlug, den Staatshaushalt, die Industrie und die Landwirtschaft mit fiktiven Rentenmarkmilliarden zu finanzieren und gleichzeitig die damals allein wirksamen Besitzsteuern, die industrielle Rhein-und-Ruhr-Abgabe und die landwirtschaftliche Betriebsabgabe zugunsten der volkswirtschaftlich selbstmörderischen Umsatzsteuer aufzuheben, weil die einseitige künstliche Kapitalschöpfung ohne das Gegengewicht starker Besitzsteuern und ohne die systematischen Heraustreibungen des Besitzvermögens aus den Sachwerten, Devisen und ausländischen Kapitalanlagen eine neue Inflation herbeiführen und die Gesundung des Kapitalmarktes auf die Dauer unmöglich machen mußte. Lieber nahm Hilferding seine Demission.

Wie entfernt Wunsch und Wirklichkeit im privatkapitalistischen Unternehmerverband voneinander sind, und

wie richtig die sozialdemokratische These

von dem ökonomischen Zusammenhang zwischen gesunder Währung und gesunder Kreditwirtschaft ist, dafür liefert das nun abgelaufene Stabilisierungsjahr 1924 eine Kette klassischer Beweise.

Drei Perioden wird die deutsche Wirtschaftsgeschichte für die Stabilisierung der deutschen Währungs- und Kapitalmarktverhältnisse zu unterscheiden haben.

Die erste Periode vom Herbst 1923 bis zum 7. April 1924; die Periode der Stabilisierungsillusionen durch eine Währung, die auf nichts, als auf dem Willen des Gesetzgebers und der Oeffentlichkeit stand, um jeden Preis eine stabile Währung haben zu wollen, und durch Kredite an Reich, Industrie und Landwirtschaft; die auf nichts als der Fiktion einer Grundschuld standen, an deren Realisierung kein vernünftiger Mensch denken konnte.

Die zweite Periode des jähen Erwachens aus den Stabilisierungsillusionen vom 7. April bis zum 30. August; die Periode der plötzlichen Kreditdrosselung durch die Reichsbank, der Flucht aus den Sachwerten, Devisen und auswärtigen Kapitalanlagen und dem von den Verhältnissen erzwungenen, leider bei den Unternehmern nicht aus eignem freien Entschluß herbeigeführten Bekenntnis zur Vernunft in der Reparationspolitik, die in der Annahme der Dawes-Gesetze am 30. August ihren Ausdruck fand.

Und die dritte Periode des Beginns der wirklichen Stabilisierung der Währung seit dem 30. August; die Periode der Goldbilanzierung in der deutschen Wirtschaft, die reinen Tisch machte mit dem Mißverhältnis der toten Substanzbereicherung aus der Inflationszeit und der Rentabilität, die in dem um ein gutes Drittel gesenkten deutschen Volkseinkommen heute noch möglich ist, die Periode wiederbeginnender innerer Kapitalneubildung und des Zustroms ausländischer Kapitalien, neuer Handelsverträge und Zolldebatten, deren Kosten und Schwierigkeiten aus den Hirnen der deutschen Unternehmerschaft auch die Exportsteigerungsillusionen durch soziales Dumping zu vertreiben beginnen.

In der

ersten Periode

sprang der Wechselbestand der Reichsbank, in dem sich die fiktive Kreditgewährung an Industrie und Landwirtschaft ausdrückte, vom 7. Dezember 1923 bis zum 7. April 1924 von 394 Millionen Goldmark auf 1867 Millionen Goldmark hinauf. Daneben erschöpfte das Reich seinen 1200-Millionen-Rentenmarkkredit fast vollständig und pumpte auf diese Weise fast 1200 Millionen Goldmark an zusätzlicher Kaufkraft (Löhne, Gehälter, Bezahlung von Staatslieferungen, Micumlastenentschädigung) in die Volkswirtschaft und von da in den flüssigen Kapitalmarkt hinein. Für ihre mit der Wertbeständigkeitsklausel versehenen Kredite verlangte sie 10 Prozent, während die von der Reichsbank beim Wechseldiskont stets bevorzugten, weil „sicheren" Banken das von der Reichsbank erhaltene Geld im Februar zu durchschnittlich 27 Prozent, im März zu durchschnittlich 36 Prozent als sog. „Tagesgeld" ausliehen und enorme Zinsgewinne machten.

Die aus der Zeit der Wiedereinführung des Handelswechsels 1922 bekannte zerstörerische Kombination von Kaufkraft- und Kapitalmarktaufblähung und gleichzeitiger Bereicherung aus der Zinsdifferenz zwischen Reichsbank- und Tagesgeldsatz der Privatbanken wurde mit denselben Wirkungen wie 1922 wiederholt; plötzliches Aufblühen einer Scheinkonjunktur, starke Devisenspekulation (besonders gefördert durch die französische Frankenbaisse; und schließlich die schwerste Gefährdung der neuen Rentenmarkwährung auf allen ausländischen Devisenmärkten.

Es zeigte sich die erste große Lehre der Stabilisierungsperiode: daß nämlich die Stabilisierung der Kreditwirtschaft nicht die einfache Folge des gesetzgeberischen Willens sein kann, der die Stabilität der Währung gewissermaßen kraft seiner politischen Allgewalt befiehlt, und daß auch die Einstellung des Notendrucks für die Finanzierung des Staatshaushalts zur Stabilisierung der Währung nicht genügen kann, sondern daß eine gesunde Kreditwirtschaft sowohl im Staat als auch in der Privatwirtschaft die Voraussetzung schlechthin für die Stabilisierung der Währung eines Landes ist.

Die

zweite Stabilisierungsperiode

seit dem 7. April zog aus dieser Lehre die Konsequenzen. Die plötzliche und nachhaltige Kreditdrosselung der Reichsbank seit dem 7. April, die gleichzeitige Aufbringung des gesamten Staatsbedarfs aus ordentlichen Steuereinnahmen bedeutete für die Gesundung der innerdeutschen Währungs- und Kapitalmarktverhältnisse einen außerordentlichen Fortschritt. Nach einem kurzen Hinaufschnellen der Tageszinssätze, einmal bis 72 Prozent im April, hauptsächlich veranlaßt durch die Liquidierung der höchst verlustreichen Frankenspekulation, näherten sich die Tagesgeldsätze dem Reichsbankdiskontsatz von 10 Prozent im Mai mit 18 bis 13 Prozent und unterschritten ihn im Juni und Juli mit ihrer Spanne von 15,7 bis 9 Prozent. Damit waren Geschäfte aus der Spannung zwischen Reichsbanksatz und Tagesgeldsatz der Privatbanken schon in die Nähe der Unmöglichkeit gerückt.

Gleichzeitig erfolgte der zweite große Stoß zur Gesundung der Kapitalmarktverhältnisse. Die Privatwirtschaft sah sich für die Aufbringung der Steuern und die Beschaffung des für den Fortgang der Produktion erforderlichen Betriebskapitals auf sich selbst angewiesen und mußte, da die Reichsbank nachhaltig jeden weitern Kredit verweigerte und sogar die früher gewährten Kredite eintrieb, ihren Sachwert- (Effekten) und Devisenbesitz veräußern und ihre Kapitalguthaben im Ausland schnellstens liquidieren. Das Kursniveau der Industriepapiere an der Börse, durch die Scheinkonjunktur und verhältnismäßige Kapitalfülle der ersten Periode hochgetrieben, stürzte auf die Hälfte, die Devisen strömten in Massen zur Reichsbank, so daß am 3. Juni zum erstenmal die stark gesunkene Devisennachfrage voll befriedigt werden konnte. Ein Ueberfluß an täglichem Gelde trat ein, die Banken sahen sich von der Zinsdifferenz- und Devisenspekulation auf die Pflege des normalen Depositen- und Ausgleichsgeschäfts zurückgeworfen. Die Privatwirtschaft empfand zum erstenmal und gleich mit aller Deutlichkeit, wo sie der Schuh drückt, daß ihr mit kurzfristigem Kapital und mit einer Scheinkonjunktur nicht gedient sein kann, daß sie langfristiges Kapital aus dem Ausland und neben der Steigerung des Inlandabsatzes normale Handelsvertragsbeziehungen zum Ausland brauche.

Das war die zweite große Lehre der Stabilisierungsperiode. Sie bereitete in der deutschen Industrie den Boden vor für die Annahme des Dawes-Gutachtens und die Zustimmung zu den Dawes-Gesetzen, die von sämtlichen bürgerlichen Parteien, nicht ohne das Satyrspiel der 49 Deutschnationalen erfolgte.

Die

dritte Periode

seit dem 30. August brachte den Beweis, weshalb die tatsächliche Gesundung der Währung nicht anders erfolgen konnte, als durch die gleichzeitige Gesundung der Verhältnisse in der Kreditwirtschaft und auf dem Kapitalmarkt. Was die zweite Periode zur Gesundung der deutschen Kreditwirtschaft noch nicht geleistet hatte, das leistete die dritte. Die Goldbilanzen der deutschen Industrie, die heute zum größten Teile vorliegen, zeigen eine außerordentlich starke Bereicherung der gesamten Privatwirtschaft mit Anlagensubstanz und zur gleichen Zeit, die Privatwirtschaft als Einheit betrachtet, eine Senkung des Geldkapitalwertes dieser Substanz, die fast ebenso groß ist wie die Anreicherung mit neuen Fabrikanlagen. Während die vorhandenen Anlagen der Industrie, des Handels und der Banken um fast 50 Prozent gegenüber 1913 stiegen, wurde der Rentabilitätswert dieser um 50 Prozent vermehrten Anlagen gegenüber 1913 insgesamt um mindestens 20 Prozent gesenkt. Bei diesen 20 Prozent ist die Preissteigerung der Fabrikanlagen seit

---

Der Bürge.

Roman von Th. H. Hall Caine.

(67. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Das Evangelium der Liebe.

Michael Sunlocks hatte lange Monate hindurch in dem kleinen Haftlokal in Reykjavik gelegen. Greeba hatte ihn gepflegt, und niemand war für ihn eingetreten als der alte Adam Fairbrother. Keinem der beiden war erlaubt worden, sich ihm zu nähern; aber beide waren doch immer bei ihm. Immer und immer wieder hatte sich der alte Adam zum Gouverneur vorgedrängt und Einsprache dagegen erhoben, daß Michael Sunlocks wie ein verurteilter Verbrecher behandelt werde. Immer und immer wieder trug Greeba Essen und Trinken aus dem Hause des Bischofs nach dem Orte, wo Sunlocks lag, und ganz Reykjavik sah, was sie tat, und ganz Reykjavik war gerührt, daß sie sich über ihre so veränderte Stellung nicht schämte und zufrieden in Armut lebte, wo sie einst in Reichtum gelebt hatte.

Als Jorgen Jorgensen sah, wie die Sympathie des Volkes für Michael Sunlocks wieder zunahm, beschloß er, ihn zu verbannen von dem Orte, wo sein Einfluß noch groß und die Versuchung, diesen zu benutzen, mächtig war. Der entfernteste Fleck in seinem Machtbereich war Grimsey, eine Insel unterm Polarkreis, fünfunddreißig englische Meilen vom Hauptland entfernt. Sie war klein. Die wenigen Fischer, die sie bewohnten, hatten keine andern Fahrzeuge als offene Ruderboote. Kein Handel blühte dort, und wenige Schiffe legten an. In den Wintermonaten war oft die See, die es von Island trennte, zugefroren. Dorthin sollte Michael Sunlocks.

„Ich will lieber sterben," sagte Sunlocks, als ihm die Nachricht gebracht wurde, „denn mein Leben hat doch keinen Wert mehr. Soll ich aber leben, so laßt mich hier leben. Ich bin blind, und alles, was ich bedarf, ist Luft und Wasser."

Die Kunde von Michael Sunlocks Verbannung erfüllte die Bewohner von Reykjavik mit Zorn und Erstaunen — doch das half nichts. Am festgesetzten Tage wurde Michael Sunlocks zwischen vielen Wachen gegen die Bursting-Sandwüste hinabgeführt. Eine große Menge hatte sich versammelt, ihm Lebewohl zu sagen, und viele Flüche fielen über den Machthaber, der ihn fortschickte.

„Lebt wohl!" sagte Michael Sunlocks einfach. „Obwohl Euch meine Augen nicht sehen, so trage ich doch Euer Bild im Herzen, und nur der Tod allein kann es mir rauben. Vergebt mir, was Ihr mir zu vergeben habt; denn dies ist unsre letzte Begegnung."

Von seinen Anhängern waren allein Adam und Greeba nicht zugegen. Die waren durch ihre eignen Pläne ganz in Anspruch genommen.

In Grimsey wurde Michael Sunlocks einem habgierigen alten Geizhals namens Jonsson, als Leibeigner angeboten. Der aber antwortete geringschätzig: „Was nützt mir ein Blinder?" Zuletzt wurde Sunlocks der Obhut des Priesters der Insel anvertraut. Dieser sollte ihn in sein Haus aufnehmen, ihn nähren, ihn kleiden, ihm aufpassen und zweimal im Jahre dem Gouverneur über ihn Bericht erstatten. Für diese Dienste sollte er vom Staate jährlich hundert Kronen erhalten.

So war denn also Michael Sunlocks von allem Weltverkehr abgeschnitten. Er brauchte nicht eingesperrt zu werden. Die Grenze des ihm erlaubten Bezirks war die Küste. Aber er war ja blind und darum hilflos, konnte keine tausend Schritte allein gehen, ohne Gefahr zu laufen, über eine steile Klippe ins Meer zu stürzen.

Der Priester, sein Kerkermeister, war niemand anders als Sir Sigfus Thomsson, der vor sechsundzwanzig langen Jahren seiner Kaplanstelle in der Hauptstadt enthoben und nach Grimsey versetzt worden war, weil er des Generalgouverneurs Tochter Rahel Stephen Orrh angetraut hatte. Auf der einsamen Insel war er der Trunksucht anheimgefallen, und es kam oft vor, daß, wenn seine Leute meilenweit durch pfadlose Gegenden zur Kirche gekommen waren, er zu betrunken war, um einen Gottesdienst halten zu können. Und wenn sie ihn für eine Hochzeit oder Taufe unbedingt haben mußten, lockten sie ihn ins Haus und schlossen ihn einen ganzen Tag lang ein. Mit einem zänkischen alten Diener lebte er bisher allein in seinem moosbedeckten, weitläufigen Gebäude. Er war von sehr schwacher Willenskraft, unentschlossen und fast scheu im Umgang mit den Menschen, aber so weichen Herzens, daß er keine Not und kein Elend mit ansehen konnte. Seine Leute liebten und bemitleideten ihn.

Die Ankunft Michael Sunlocks schreckte ihn aus seinem fünfundzwanzigjährigen Schlaf auf, und sein ganzes Haus wurde in Aufregung gebracht. Mitten drin, als ihm eben der Verstand stillestehen wollte, und er nicht wußte, was er für seinen Gast und Gefangenen tun und wer für ihn sorgen sollte, stellte sich eine Fremde mit einem Kind auf den Armen vor seiner Tür ein und bot sich dem Priester als Dienerin an. Ihre Geschichte war einfach, rührend und glaubwürdig. Sie erzählte, sie habe kürzlich ihren Gatten verloren, einen Isländer, sie selbst sei eine Ausländerin, wie ihre Sprache wohl verrate. In Husavik habe sie gehört, der Pfarrer von Grimsey lebe einsam ohne Verwandte, und da habe sie gedacht, ihm ihre Dienste anzubieten.

Es war Greeba. Der gute einfältige Sir Sigfus wischte sich seine tränenden Augen, während sie ihre Geschichte erzählte und schickte sie dann geradewegs in die Küche. Nur eine Bedingung machte er: sie sollte nie mit dem Gaste sprechen, der in seinem Hause lebe. Der gute Mann sei blind und würde ihr nur wenig Arbeit verursachen. Er habe viel Schweres erlebt und sei sehr schweigsam.

Greeba ging darauf ein; denn das entsprach auch ihrer Ansicht. „Er wird nie erfahren, daß ich hier bin," entgegnete sie dem Priester, „wenn Ihr es ihm nicht selbst sagt."

So kam Greeba unter das gleiche Dach mit Michael Sunlocks zu wohnen und vereitelte doch jede Entdeckung. Sie bezweckte damit zweierlei, einmal beständig in der Nähe ihres Gatten leben zu können, ihn zu pflegen, ihm zu dienen, ihm zu helfen und über ihn zu wachen; sodann, ihn sich wieder zu gewinnen und durch stärkere Fesseln an sich zu fesseln, als die ihn ihr zuerst gewannen. Er sollte erfahren, daß sie ihn nur um seinetwegen geheiratet hatte. Das Feuer seiner Liebe zu ihr war erloschen; nun wollte sie ungesehen und ungehört Tag für Tag darauf aus sein, bis es aus der Asche wieder erstand.

Sechs Monate waren vergangen, und Greeba hatte das dem Pastor gegebene Versprechen gehalten. Aber sie machte das Haus, das einst so dumpf und kalt gewesen, angenehm und behaglich. Sie wußte, daß Michael Sunlocks die Aenderung fühlte. Eines Tages hörte sie ihm zu dem Pastor sagen, während er sein blindes Antlitz erhob und um sich schaute: „Man könnte glauben, dieser Ort sei voller Sonnenschein."

„Das ist er auch," antwortete der Pastor, „und daran ist meine gute Haushälterin schuld."

„Ich habe ihren Schritt schon oft gehört. Wer ist sie?"

„Ein armes, junges Weib, das kürzlich ihren Gatten verloren hat."

„Jung?" sagte Sunlocks. „Die Arme!"

Nicht lange darauf hörte Greeba Michael Sunlocks den Pastor fragen, ob er nie ans Heiraten gedacht habe. Da erzählte er ihm, wie er sich eben um die Zeit habe verheiraten wollen, als er nach Grimsey versetzt worden sei. Da habe die Dame sich geweigert, seine Verbannung mit ihm zu teilen.

„Darauf habe ich keine Frau mehr angeschaut."

„Ich nehme aber an, daß Ihr ihrer doch mit zärtlichen Gefühlen gedenkt — obwohl sie schlecht an Euch gehandelt hat."

„O ja," entgegnete der Pastor, „gewiß!"

„Ihr waret Kaplan in Reykjavik und hoffte, eines Tages Dekan oder gar Bischof zu werden?"

„Nun, es kann ja so sein — solche Luftschlösser macht man sich eben in der Jugend," antwortete der Pastor.

(Fortsetzung folgt.)

1913 um etwa 40 Prozent noch nicht berücksichtigt, so daß die tatsächliche Wertsenkung der Anlagen noch größer ist.

Damit haben die ökonomischen Gesetze, die mit sich weniger spotten lassen als die staatlichen Gesetze, die Antwort auf die tolle Zerstörung der Volkseinkommenssubstanz gegeben, die zugunsten der Privatwirtschaft seit 1918 in Deutschland durchgeführt wurde. Es war bewiesen, daß nicht mit kurzfristigen, sogenannten Betriebskapitalkrediten zu helfen war, wie die Währungs- und Wirtschafts„fachleute" der ersten Stabilisierungsperiode glaubten, sondern nur mit langen, echten und teuren Sanierungskrediten aus dem Ausland, mit denen über die zukünftigen Löhne, Gehälter, Steuern erst das Einkommen wieder erzeugt und über die zukünftigen Handelsverträge der Boden wieder bereitet werden muß, aus dem die Privatwirtschaft die Rentabilität für ihre Anlagen erwirtschaften kann.

Gleichzeitig begann die Wirksamkeit der Dawes-Gesetze und vor allem die durch die gründliche Reinigung des innern Kapitalmarktes stabil erhaltene Währung das Vertrauen im Ausland auf die deutsche Wirtschaft und auf die Anständigkeit des deutschen Kaufmanns sich wieder zu befestigen. Die Auflegung der deutschen Reparations- und Währungsanleihe hatte einen unerwartet großen Erfolg, und der deutsche Kapitalmarkt begann sich durch die Aufnahme zunehmend starker ausländischer, besonders amerikanischer Kredite in den Mechanismus des internationalen Kapitalmarktes wieder einzuspielen. Auch das Vertrauen der Sparer im Inland kehrte zurück, und während vom Ausland heute bereits annähernd 2 Milliarden Goldmark in Deutschland angelegt worden sind, sind die Bank- und Sparkasseneinlagen in Deutschland nach Reichsbankpräsident Schacht wieder über 6 Milliarden gestiegen. Gleichzeitig kündigte Schacht die wahrscheinliche Herabsetzung des Reichsbankdiskontsatzes für den Monat Januar 1925 an.

Aber nicht nur dies. In der deutschen Privatunternehmerschaft ist es auch etwas stiller geworden mit der Behauptung, daß nur niedrigere Löhne und längere Arbeitszeit die deutsche Wirtschaft retten können. Edmund Stinnes, der Sohn des Hugo Stinnes mit zwei Stunden „Gratismehrarbeit", hat in der Generalversammlung der Stinnes-Riebeck-Montan- und Oelwerke A.-G. Anfang Dezember ausgeführt, daß diese „mit ihren Arbeitern und Angestellten bezüglich ihrer Arbeitsleistung durchaus zufrieden sein kann, und daher auch die Lohn- und Gehaltserhöhungen vor einigen Tagen gut bewilligt werden konnten". Es ist auch stiller geworden mit der utopischen Hoffnung, aus der

Verelendung der deutschen Arbeiterklasse

die Welt mit deutschen Waren überschwemmen zu können. Innen- und außenpolitisch, wirtschafts- und sozialpolitisch hat die deutsche Unternehmerschaft allmählich zu lernen angefangen, daß wieder mit Wasser gekocht werden muß, und diese große und weittragende Belehrung ist ihr aufgezwungen worden durch die keineswegs für sie angenehmen Erfahrungen, die sie im Laufe des Stabilisierungsjahres 1924 über die Zusammenhänge zwischen stabiler Währung und Kapitalmarktwirtschaft machen mußte.

Die deutsche Währungs- und Kapitalmarktwirtschaft befindet sich daher, wie der „Vorwärts" mit Recht feststellt, am Ende des Jahres 1924 zweifellos im Stadium der Gesundung und eines nicht leicht mehr zu gefährdenden Wiederaufbaues. Das ist auch für die deutsche Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft von entscheidender Bedeutung. Denn solange das kapitalistische System als die Ordnung des gesellschaftlichen Wirtschaftens fortbesteht, so lange ist jede Störung der Funktionen des kapitalistischen Systems für die Arbeiterklasse ein Nachteil, jede Wiederherstellung gesunder Funktionen ein Vorteil. Die deutsche Arbeiterklasse darf darüber hinaus aber auch stolz darauf sein, daß die deutsche Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften durch ihre Initiative im Herbst 1923 und durch ihren scharfen Kampf für die Annahme der Dawes-Gesetze der deutschen Wirtschaft den Weg zur Gesundung gebahnt haben. —

Der Skandal von Weimar.

Am 23. Januar 1925 wurde Karl Hermann, der bewährte thüringische Innenminister, in zweiter Instanz von der Anklage der Urkundenfälschung freigesprochen. Freigesprochen wurden auch die mitangeklagten parteigenössischen Kreisdirektoren, die wegen Beihilfe zur Urkundenfälschung angeklagt waren. Damit hat ein Verfahren sein Ende erreicht, das seinesgleichen in der Geschichte der deutschen Justiz nicht hat.

Es war am 2. Januar 1924, zur Zeit der Reichswehrherrschaft in Thüringen, als der Telegraph bis in die entferntesten Orte meldete: Der sozialdemokratische Minister Hermann ist in Weimar auf der Straße verhaftet worden, weil er Urkundenfälschung begangen hat! Ueberall fiel die Presse über diesen fetten Bissen her, und die Zeitungen überboten sich förmlich in der Ausmalung der fürchterlichen Schandtaten, die Hermann begangen haben sollte und die der Sozialdemokratie aufs Konto gesetzt wurden. In der Reichspresse konnte man lesen: „Das Lumpengesindel in Weimar ist verhaftet!", und die kommunistische Presse schrieb über den „Lumpen falscher Hermann". Im thüringischen Landtagswahlkampf im Februar 1924 spielte der Fall Hermann eine große Rolle. Auf seiner Ausschlachtung gegen die Sozialdemokratie beruhte der für die Linke ungünstige Wahlausfall und die heutige „Ordnungsregierung" in Thüringen.

Wir, die wir Hermann kannten, wußten natürlich sofort,

daß er kein Urkundenfälscher war.

Wir ergriffen unverzüglich für ihn Partei, weil uns klar war, daß es keinen anständigeren Mann gab. Aber was nützt in den ersten Tagen nach seiner Verhaftung diese lediglich auf die Persönlichkeit des Verhafteten abgestellte Verteidigung! Sie konnte über den Rahmen der Partei hinaus nicht wirken.

Erst allmählich erfuhr man, worum es sich handelte: Die Beschuldigung ging dahin, daß Hermann eine Anzahl von Urkunden über die Anstellung von Beamten unter einem späteren Datum unterschrieben haben sollte, als aus den Urkunden ersichtlich war, und zwar, um noch nach der Anstellungssperre einige Parteigenossen zu Beamten ernennen zu können. Das war alles!

Und deshalb Verhaftung eines aktiven Ministers auf offener Straße! Er sollte fluchtverdächtig sein, und dabei befand er sich bei der Fahrt auf dem Weg vom Schloß Belvedere nach seinem Ministerium!

Nach und nach lüftetete sich der Schleier, der über dieser höchst sonderbaren Verhaftung lag: Es kam heraus, daß der Heeresanwalt Rothermund, der juristische Berater des Reichswehrgenerals Hasse, derselbe Mann, der all das Unglück auf dem Gewissen hat, das unter dem Ausnahmezustand durch viele Verhaftungen über zahllose Familien gebracht wurde, auf den zuständigen Staatsanwalt einen Druck ausgeübt und diesen zur Festnahme Hermanns bestimmt hatte. Es wurde bekannt, daß dieser Heeresanwalt den Vernehmungen, die der Staatsanwalt anstellte, beiwohnte und sich sogar das Recht herausnahm, in die Vernehmungen persönlich einzugreifen. Nur dem Glücksfall, daß der Prozeß nach Eröffnung der Voruntersuchung an einen Untersuchungsrichter gelangte, an welchem alle

Einschüchterungsversuche abprallten,

war es zu verdanken, daß Hermann wenigstens nach dreiwöchiger Untersuchungshaft freigelassen wurde.

Die Staatsanwaltschaft Weimar, kompromittiert durch die Einleitung des Verfahrens, erhob die Anklage, und zwar eine sehr schwere Anklage, eine Anklage wegen mehrfacher Verbrechen! Es wurde Hermann zur Last gelegt, vorsätzlich in zahlreichen Fällen als Beamter eine rechtlich erhebliche Tatsache falsch beurkundet zu haben, und zwar in der Absicht, sich oder einem andern einen Vermögensvorteil zu verschaffen. Darauf steht Zuchthaus! Zuchthaus bis zu 10 Jahren und Geldstrafe von 150 Mark bis zu 3000 Mark! Die Anklage ging davon aus, daß Hermann wegen der Beamtensperre Parteigenossen unter Vordatierung der Anstellung zu Beamten gemacht und ihnen damit Vermögensvorteile zugewendet haben sollte.

Schon in der mündlichen Verhandlung erster Instanz brach die Anklage zusammen. Im Urteil des Schöffengerichts wurde festgestellt:

Damit soll nicht gesagt sein, daß Parteiwirtschaft getrieben worden sei. Es ist in der Verhandlung nichts dafür hervorgetreten, daß es dem Angeklagten darum zu tun gewesen sei, Parteigenossen lediglich deshalb in den Genuß von Staatsstellen zu bringen, weil sie Parteigenossen waren. Im Gegenteil sind nach den Zeugenaussagen die meisten der 13 Stellenanwärter wohl nicht Parteigenossen des Angeklagten Hermann gewesen. Aus Eigennutz hat der Angeklagte nicht gehandelt.

Das Schöffengericht sprach ausdrücklich aus, daß Hermann „lautere und edle Motive nicht abgesprochen werden können", und es lehnte daher die Annahme, daß Hermann mit der Unterschreibung unrichtig datierter Urkunden Dritten Vermögens-

Werbt unermüdlich!

In Werkstätten, Betrieben, Bureaus, bei geselligen Zusammenkünften, in jedem Haus, in jeder Hütte müssen wir aufklärend wirken für die Sozialdemokratische Partei und die „Volksstimme". Nur mit der Erstarkung unsrer Partei und ihrer Presse wächst der Einfluß auf die Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Darum

sei jeder Agitator!

vorteile verschaffen wollte, ab, verurteilte ihn aber immerhin noch wegen einfacher falscher Beurkundung und die mitangeklagten Kreisdirektoren wegen Beihilfe zu Geldstrafen.

Daß die Verteidigung Hermanns gegen dies Urteil Berufung einlegte, war selbstverständlich. Aber auch die Staatsanwaltschaft Weimar beruhigte sich bei diesem ersten Hereinfall nicht; auch sie appellierte an die Strafkammer. Diese hat jetzt nochmals den ganzen Sachverhalt geprüft, und sie kam zu dem Ergebnis, daß dem Genossen Hermann auch nicht eine einfache Falschbeurkundung zur Last gelegt werden könne und auch nicht den Kreisdirektoren eine Beihilfe zu diesem Vergehen. Auch das Landgericht erkannte den untadeligen Charakter Hermanns an und sprach ihn ebenso wie die mitangeklagten Kreisdirektoren von jeder Anklage frei.

Es mußte auf Freisprechung erkennen,

weil sich in der Berufungsinstanz noch klarer als schon vor dem Schöffengericht herausstellte, daß das Datum in Anstellungsurkunden, besonders wenn wie nach thüringischem Recht die Anstellung eines Beamten erst mit Aushändigung der Urkunde als erfolgt anzusehen ist, rechtlich unerheblich ist. Das mußte in der zweiten Instanz unter dem Drucke der Anwesenheit eines Vertreters der preußischen Staatsverwaltung selbst der thüringische Ministerialbeamte zugeben, der durch sein Versagen das ganze Verfahren erst möglich gemacht hatte. Hätte er im Vorverfahren dieselbe Erklärung abgegeben, die dann in der Berufungsverhandlung eine Sensation war, so hätte nicht einmal die thüringische Staatsanwaltschaft die Anklage erheben können.

Es wurde allerdings der Verteidigung nicht leicht gemacht, vor aller Oeffentlichkeit festzustellen, daß in der Verwaltungspraxis solche Vordatierungen etwas Alltägliches sind. Auf Antrag der Verteidigung hatte das Gericht nicht nur die Ladung des preußischen Ministerialrats Brandt, sondern auch die des Ministerialdirektors Dr. Falck aus dem Reichsministerium des Innern als Sachverständige angeordnet. Herr Schiele aber, der neue Reichsinnenminister, hatte die

Genehmigung zur Aussage verweigert,

weil „die Ablegung des Zeugnisses dem Wohle des Reiches oder eines deutschen Landes Nachteile bereiten würde", woraus allerdings hervorging, daß die Inkorrektheiten bei Datierungen von Anstellungsurkunden etwas Alltägliches sein müssen, da andernfalls kein Grund vorliegt, den Schleier des Dienstgeheimnisses über diese Dinge zu breiten.

Mit der Freisprechung Hermanns ist zwar das schreiendste Unrecht, das an unserm Genossen verübt wurde, beseitigt, eine völlige Wiedergutmachung aber ist nicht erfolgt. Denn niemand kann dem Genossen Hermann für die unschuldig erlittene dreiwöchige Untersuchungshaft und für die Besudelung seines guten Namens durch die Hetzpresse Genugtuung geben. Die Verleumdungen haben ihren Zweck erreicht: Ueber ein Jahr lang konnte jeder dumme Junge ihn beschimpfen und die Verleumdungen bis in die entfernteste Hütte tragen. Von der Freisprechung aber wird kaum Notiz genommen.

Das ganze Verfahren zeigt, wie man einen sozialistischen Minister behandeln zu können glaubt. Auf Grund von Vorgängen, die sich im innersten Betrieb eines Ministeriums abgespielt haben sollen, für die in der Zeit des parlamentarischen Systems ein Minister gewiß politisch, d. h. vor der Volksvertretung, verantwortlich ist, erhebt man strafrechtliche Anklage vor dem ordentlichen Gericht. Eine staatsrechtlich sehr bedenkliche Erscheinung! Um so bedenklicher, wenn sich hinterher herausstellt, daß von einer strafbaren Handlung gar keine Rede sein kann. Für Ministerprozesse müßte ein

Staatsgerichtshof zuständig sein.

Niemals zuvor ist wegen solcher Lappalie gegen einen Minister Anklage erhoben worden. Niemals ist ein bürgerlicher Minister, auch wenn viel schwerere Beschuldigungen erhoben wurden, verhaftet worden. Dies ist noch nicht einmal geschehen, wenn, wie in diesen Tagen, ein Minister wirklich wegen starker Kompromittierung durch bedenkliche Geschäfte sein Amt aufgeben mußte. In Hermann sollte der Sozialdemokrat getroffen werden. Die Parteilichkeit der Strafverfolgungsbehörde zeigte sich eklatant.

Der Prozeß muß ein neuer Anreiz sein, eine durchgreifende Reform der deutschen Justiz mit aller Kraft herbeizuführen.

Kurt Rosenfeld.

Nachrichten aus der Provinz.

Kreis Neuhaldensleben.

Kreistag.

Am 26. Januar fand die erste Sitzung des Kreistages in diesem Jahre statt. Genosse Landrat Hähnsen wies auf die wirtschaftliche Lage im Kreise hin. Verschiedene Betriebe der Kaliindustrie wurden eingeschränkt und einige ganz stillgelegt. Zurzeit sind etwa 700 Erwerbslose gemeldet. Um den Beginn des Kanalbaues zu beschleunigen, ist alles mögliche versucht worden. Was vom Kreis getan werden konnte, um die Not der Erwerbslosen zu lindern, ist geschehen. Der Kreis selber hat einen Steinbruch bei Dönstedt in Betrieb genommen, hat Wegebauten vorgenommen usw. Dann streift der Genosse Hähnsen die kriminellen Vergehen, die im Laufe des Jahres zu verzeichnen sind. Sie sind nicht nur auf die gesunkene Moral zurückzuführen, sondern liegen zum großen Teil in der sozialen Not der breiten Massen begründet. Er weist auf die Verbrecherbande, die vor kurzem in Hötensleben dingfest gemacht worden ist, hin, und spricht den Polizeibeamten, Landjägern usw. den Dank des Kreistages aus. Nachdem er noch auf die von ihm verordneten Seuchenzwangsmaßnahmen hingewiesen hatte und das Versprechen gegeben hat, die Maßnahmen so bald als irgend möglich aufzuheben, konnte zur sachlichen Erledigung der Tagesordnung übergegangen werden.

Als Mitglieder des Gewerbeausschusses wurden gewählt als ordentliche Mitglieder: Bäckermeister Paul Hesse, Neuhaldensleben, Schuhmachermeister Genosse August Matthies, Althaldensleben, Konsum-Geschäftsführer Genosse Richard Ballstedt, Hötensleben, Stellmachermeister Karl Bosse, Eilsleben. Als Stellvertreter Kaufmann Andreas Braumann, Neuhaldensleben, Kaufmann Karl Dankworth, Hackenstedt, Kaufmann Ewald Blick, Hötensleben, Kaufmann Karl Markus, Erxleben. Als Amtsvorsteher für Santersleben wird Landwirt Hugo Behland einstimmig gewählt.

Die Kreishundesteuerordnung wird dahin abgeändert, daß Hirtenhunde in Zukunft frei sind. Der Antrag, die rassereinen Hunde von der Steuer zu befreien, wurde abgelehnt.

Die Abnahme der Rechnung für die Kreissparkasse 1923 wurde einstimmig beschlossen. Von Mitgliedern der Kreisarbeitsgemeinschaft war ein Antrag eingegangen, dem Vorstand der jetzigen Kreis- und Stadtsparkasse eine Revisionskommission überzuordnen. Der Antrag wurde von dem Demokraten Bode damit begründet, daß bei verschiedenen Kassen in andern Kreisen und Kommunen sich Differenzen zum Schaden der Kasse ergeben haben. Vom Genossen Reddigau wurde den Arbeitsgemeinschaftlern gesagt, daß dieser Antrag nur aus dem Agitationsbedürfnis heraus entsprungen sei. Genosse Hähnsen wies an Hand der vorliegenden Rohbilanz nach, daß die Kreis- und Stadtsparkasse in der kurzen Zeit nach ihrem Zusammenschluß bereits 34 000 Mark Ueberschuß aufweist und, daß der Antrag auf Einsetzung einer Revisionskommission zur ungeeignetsten Zeit gestellt worden sei. Die Arbeitsgemeinschaftler zogen diesen Antrag zurück. Dem Antrage auf Erweiterung des Vorstandes wurde entsprochen. Der Vorstand besteht in Zukunft aus 7 Personen, einschließlich des Landrats als Vorsitzenden. Von den 6 Vorstandsmitgliedern hat die Stadt Neuhaldensleben zwei und der Kreistag vier zu stellen. Vom Kreistag gewählt wurden der Genosse Uffrecht (Neuhaldensleben) und der Gemeindevorsteher Fritz Fromme (Eilsleben) als Kreiseingesessene. Als Mitglieder des Kreistags wurden gewählt: Genosse Scheiba (Altbaldensleben) und das Kreistagsmitglied Ruff (Eilsleben).

Ein Antrag Bode, dadurch den Sparsinn zu fördern, daß im Jahre 1925 jedem neugeborenen Kinde aus Mitteln des Kreisausschusses ein Sparkassenbuch mit 10 Mark ausgehändigt würde, in welchem die Abhebung bis vier Wochen vor der Schulentlassung gesperrt sei, wurde abgelehnt, was der Genosse Hähnsen mit Bedauern feststellte.

Als Mitglieder des Kreisjugendamts wurden gewählt: Rektor Maußhake (Ummendorf), die Lehrerin A. Dittmer (Eilsleben), F. Lüdde als Vertreter der Deutschen Turnerschaft und der Genosse Max Pohl (Neuhaldensleben) als Vertreter des Arbeiter-Sportkartells. Dem Ankauf des Grundstücks Maschenpromenade 11, Neuhaldensleben, wurde zugestimmt.

Eine sehr umfangreiche Debatte entspann sich über den Bau eines Arbeitsnachweises. Der Kreisausschuß schlägt vor, an der Maschenkolonie 11 ein Geschäftshaus für den Arbeitsnachweis mit etwa 3 bis 4 Wohnungen zu erbauen. Es wurde mit Mehrheit beschlossen, den Bau eines Arbeitsamts in Angriff zu nehmen, nachdem die Abgeordneten Bode und Bosse dagegen gesprochen hatten.

Für die Instandsetzung der Heerstraße in Sommerschenburg wurde der Betrag von 3700 Mark bewilligt und zur Kenntnis gegeben, daß die Eingemeindung einer außerhalb der Gemeindegrenze Sommerschenburg liegenden Siedlung in die Gemeinde erfolgt sei.

Eine sehr umfangreiche Aussprache fand statt über das Aufkommen und die Verwendung der Hauszinssteuer vom Jahre 1924 sowie über die Bereitstellung von Mitteln bis zu 100 000 M. zu Siedlungsbauten 1925. Die Verteilung der Aufkommen aus der Hauszinssteuer lag dem Kreistage schriftlich vor. Es sind aufgekommen 212 000 Mark, ausgegeben wurden 239 500 Mark, so daß sich eine Mehrausgabe von 27 500 Mark ergibt. Geschaffen werden durch die Heimstättengesellschaft Neudeutschland 42 bis 45, in eigner Regie 50, zusammen 92 bis 95 Wohnungen. Diese Zahl wird sich voraussichtlich erhöhen, indem teilweise noch Giebelwohnungen ermöglicht werden. Außerdem sind vom Regierungspräsidenten Baumittel aus dem Ausgleichsfonds für 14 Wohnungen hergegeben. Genosse Hähnsen unterbreitete dann einen Antrag des Kreisausschusses, der verlangt, zur Förderung der Neubautätigkeit im Jahre 1925 außer den Mitteln der Hauszinssteuer weitere Mittel bis zu 100 000 Mark bereitzustellen, die wie die Hauszinssteuerhypotheken zu sichern sind. In ausführlicher Weise schilderte Hähnsen die Wohnungsnot. Genosse Reddigau beantragt, statt 100 000 Mark 200 000 Mark aus laufenden Mitteln für die Neubautätigkeit bereitzustellen. Genosse Uffrecht beantragt dann weiterhin, den Kreisausschuß zu ermächtigen, eine Anleihe bis zu einer Million Mark aufnehmen zu können, um diese für den Wohnungsbau wieder ausleihen zu können. Abg. Bode wünschte, daß der Kreis eine Kreissiedlung in eigner Hand übernommen hätte. Die Genossen Jung, Scheiba und Hähnsen führen noch einmal die Wohnungsnot vor Augen, dann wird der Antrag, aus laufenden Kreismitteln 200 000 Mark bereitzustellen, mit sämtlichen gegen eine Stimme angenommen.

Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wird der Kreisausschuß bevollmächtigt, bis zu 1 Million Mark Anleihe aufzunehmen und diese Gelder zu den Selbstkosten für den Wohnungsbau auszugeben. Durch diese Bereitstellung wird auch dem Antrage der Baugenossenschaft Neuhaldensleben und der Siedlungsgenossenschaft Altbaldensleben in entsprechender Weise Rechnung getragen werden können. Es wird weiter beschlossen, 75 Prozent der Wohlfahrtsausgaben in den Landgemeinden auf den Kreis zu übernehmen und diese Ausgaben aus Kreismitteln zu bestreiten. Die Bilanz über den Steinbruchsbetrieb des Kreises bei Dönstedt liegt schriftlich vor und zeigt bis zum 7. Januar 1925 einen Gewinn von 81 314 Mark. Die Zahl der Arbeitnehmer ist auf 50 gestiegen. Die Bilanz und der Revisionsbericht des Kreiswirtschaftsamtes wird zur Kenntnis genommen und beschlossen, die noch ausstehenden ganz geringen Beträge niederzuschlagen. Das Einkommen an Reichseinkommensteueranteilen im Rechnungsjahr 1924 zeigt einen Fehlbetrag von 15 000 Mark. Das Einkommen aus den Anteilen aus der Umsatzsteuer einen Fehlbetrag von 7000 Mark, so daß eine von der Arbeitsgemeinschaft beantragte Herabsetzung der Kreissteuer nicht eintreten kann. Auf eine Frage, warum nicht der Ausschuß der Kreiskommunalkassenrechnung dem Kreistag vor-

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 28. Januar 1925.

Zum Reichsbannertag!

Von einem Geschäftsmann wird uns geschrieben:

Die Republikaner müssen aus den Erfahrungen vom Verfassungstag lernen. In den letzten Tagen vor dem 11. August war in ganz Magdeburg nicht ein Meter schwarzrotgoldenes Band mehr zu haben, von Fahnentuch in den Reichsfarben oder gar fertigen Fahnen in verschiedenen Größen gar nicht zu reden. Eine Unzahl Frauen und Männer liefen vergeblich von Geschäft zu Geschäft. Die Geschäftswelt war tatsächlich auf eine solche große Nachfrage gar nicht eingestellt, weil sie nicht an rechtzeitiges Eindecken erinnert wurde.

Auch diesmal hat es den Anschein, als wenn die Republikaner nicht früh genug an den Einkauf denken. Eine Abteilung des Reichsbanners z. B. hat beschlossen, den Mitgliedern zu empfehlen, am 22. Februar die Kinder mit schwarzrotgoldenen Schärpen zu schmücken. Ich weiß bestimmt, daß in ganz Magdeburg nicht ein Geschäft ist, das so viel entsprechend breites Band auf Lager hat, um auch nur 100 Schärpen herstellen zu können. Wenn die Mütter erst in der Woche vor dem 22. Februar das Schärpenband einkaufen wollen, werden sie es kaum oder nur mit großer Mühe bekommen. Darum ist es notwendig, daß jetzt schon die republikanischen Frauen in den Geschäften, in welchen sie einzukaufen pflegen, sich erkundigen, ob schwarzrotgoldenes Band in allen notwendigen Breiten, Fahnentuch und fertige Fahnen zu haben sind. Es muß ja nicht sofort gekauft werden, aber jeder Geschäftsmann ist einem Kunden dankbar, wenn er seine Bedürfnisse so rechtzeitig zu erkennen gibt, daß er ihn bedienen kann, auch wenn er angeblich das Gewünschte nicht auf Lager hat; er bestellt dann eben beim Fabrikanten oder Großhändler. —

Reichsbannertag und Hausbesitzer.

Vielseitige Anfragen, ob der Hauswirt das Recht habe, das Aushängen von Fahnen zu verbieten, veranlassen uns, darauf aufmerksam zu machen, daß jeder Mieter das Recht hat, in seiner Wohnung zu machen, was er will, vorausgesetzt, daß dadurch weder das Haus beschädigt wird, noch für Mitbewohner Nachteile oder Belästigungen entstehen. Zur Wohnung gehört natürlich auch das Fenster. Es ist völlig gleichgültig, ob man seinen Kopf oder seine Fahne zum Fenster heraushängt. Jeder Deutsche, nicht nur jeder Stahlhelmer, hat das Recht, seine Gesinnung zum Ausdruck zu bringen.

Anscheinend haben sich die Hauswirte mit dem Stahlhelm zu einer Allianz gegen den Reichsbannertag verschworen. Viele Mieter, die im Hinterhause wohnen, haben sich zusammengetan, um eine gemeinsam Fahne anzuschaffen und den Häusern, die nach vornheraus stets nur ein schwarzweißrotes Stahlhelmgesicht zeigen, auch einmal das republikanische Gepräge des Hinterhauses zu geben. Auch da lassen sich bei einiger Ueberlegung Wege finden, um diese schönen Gedanken des Zusammenarbeitens der republikanischen Hausgenossen zu verwirklichen, auch dann, wenn die Hauswirte sich dagegen wehren.

Es gilt am 22. Februar zu zeigen, daß es Republikaner in Magdeburg gibt. Deshalb Fahnen heraus trotz aller Schikanen. —

Abstellung von Mängeln im Kraftwagenverkehr.

Von den Kraftwagenbesitzern wird über die Handhabung der Bestimmungen über den Kraftfahrzeugverkehr auf öffentlichen Wegen und Plätzen durch die örtlichen Polizeiverwaltungen lebhaft Klage geführt. Insbesondere wird bemängelt, daß viele Orts- und Kreispolizeibehörden mit Zustimmung der höhern Verwaltungsbehörden ohne Not die Höchstgeschwindigkeit unter die innerhalb geschlossener Ortschaften vorgesehene Höchstgeschwindigkeit von 30 Kilometern für Personenkraftwagen und 25 Kilometern für Lastkraftwagen zum Teil bis auf 10 Kilometer und weniger herabgesetzt hätten. Ferner wird darauf hingewiesen, daß sich an zahlreichen Stellen noch Tafeln mit veralteten, noch nicht berichtigten Geschwindigkeitsvorschriften befänden. Endlich wird Beschwerde darüber geführt, daß die vorgeschriebenen Warnungstafeln häufig fehlten oder doch nicht so angebracht seien, daß sie rechtzeitig bemerkt werden könnten.

Wie der „Amtliche Preußische Pressedienst" mitteilt, werden deshalb in einem Runderlaß des Landwirtschaftsministers, des Ministers für Handel und Gewerbe und des Ministers des Innern die Regierungspräsidenten und der Polizeipräsident von Berlin ersucht, die Verhältnisse in ihren Bezirken nach diesen Gesichtspunkten einer Nachprüfung zu unterziehen. Dabei wird insbesondere festzustellen sein, einmal, ob die polizeilichen Beschränkungen des Kraftwagenverkehrs formell in vorschriftsmäßiger Weise zustande gekommen, namentlich ob die höhern Verwaltungsbehörden überall da, wo diese vorgeschrieben ist, beteiligt worden sind, sowie ferner, ob für die vorgesehenen Einschränkungen ein sachliches Bedürfnis vorliegt; oder ob unbeschadet der Verkehrssicherheit auf den Straßen und der Rücksichtnahme auf den Zustand der Wege ein weiteres Entgegenkommen angezeigt und am Platze ist.

Mißstände, die sich bei der Nachprüfung etwa ergeben, sind zu beseitigen. Dabei wird es zweckmäßig sein, dem Wunsche der Vertreter der Kraftwagenfahrer, vor Verkehrsbeschränkungen der oben bezeichneten Art die örtlichen Vertretungen der Eigentümer von Kraftfahrzeugen und der Berufsfahrer zu hören, um ihnen Gelegenheit zu geben, zu den beabsichtigten Maßnahmen Stellung zu nehmen, nachzukommen. Eine solche Anhörung der Vertretungen wird häufig dazu beitragen, Unzuträglichkeiten und Beschwerden zu beseitigen und unnötige Härten zu vermeiden. In Zukunft soll dies geschehen. —

Wissenschaft und Polizei.

Mit der Neubildung der Polizei im Jahre 1918 wurde auch die fachwissenschaftliche Vorbildung der Beamten auf eine neue Grundlage gestellt. Polizeischulen waren schon vor dem Kriege vorhanden, aber ihre Zahl, ihr Ausbau, ihre Methode genügten nicht, um den Polizeibeamten die Kenntnisse in den weit verzweigten Materien zu vermitteln, die notwendig erschienen, dem Beamten die erforderliche Sicherheit bei Ausübung seines verantwortungsreichen Dienstes zu geben. Der Polizeibeamte auf der Straße ist auf sich selbst gestellt. Das schutz- und ratsuchende Publikum verlangt von ihm eine sofortige Entscheidung und erwartet, daß er in jedem Falle das Richtige trifft. Ein Beamter, der eine falsche Auskunft erteilt, setzt sich nicht nur der Gefahr einer straf- und zivilrechtlichen Inanspruchnahme aus, er schädigt auch das Ansehen des Staates, als dessen sichtbare Autorität er gilt. Seit Jahren ist man deshalb bemüht gewesen, die Bildung des Beamten in fachwissenschaftlicher Beziehung zu erweitern und zu vertiefen, Bestrebungen, die bis heute sich leider, zum Teil wegen Mangels an Mitteln, nicht durchführen ließen.

Jetzt hat der Verband Preußischer Polizeibeamten E. V., Sitz Berlin, eine Organisation, der nicht nur Polizeibeamte selbst, sondern der auch Staat und Oeffentlichkeit vieles zu danken haben, die Ausführung dieses Planes in die Hand genommen, und es ist auf sein Betreiben mit seiner finanziellen Unterstützung die Vereinigung für polizeiwissenschaftliche Fortbildung, Sitz Berlin SW 61, Blücherstraße 1, gegründet worden, die am 21. Januar 1925 in Berlin ihre konstituierende Versammlung abhalten konnte.

Zum Vorsitzenden wurde der Polizeioberwachtmeister Barthels gewählt und bestätigt, ein erfahrener Polizeipraktiker, der aber auch als Wissenschaftler einen ausgezeichneten Ruf genießt. Herr Barthels hat sich mit den deutschen Hochschulen in Verbindung gesetzt. Es ist ihm von seiten der Professoren und Dozenten, die in ihren Vorlesungen staats-, straf- und polizeiwissenschaftliche Fragen behandeln, weitestgehende Unterstützung zugesagt worden.

Es darf erwartet werden, daß die neue Vereinigung ihre Ziele erreicht, wenn auch Staat und Kommune, woran wohl nicht zu zweifeln ist, ihre dankenswerten Aufgaben fördern helfen. —

Ausschneiden! Aufbewahren!

Neue Fernsprech-Nummern der „Volksstimme"

Seit Montag hat die „Volksstimme" — Buchdruckerei, Inseratenannahme und Redaktion — neue Fernsprechnummern. Folgende Nummern sind anzurufen:

Buchdruckerei . . 6265
Inseratenannahme 6266
Redaktion . . . 6267

Die bisherigen Nummern haben ihre Gültigkeit verloren.

Wieder ein Verleumder des Reichspräsidenten vor Gericht.

Vor dem erweiterten Schöffengericht in Magdeburg spielt sich am Freitag unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bewersdorff wieder ein Beleidigungsprozeß des Reichspräsidenten Genossen Ebert ab. Angeklagt ist der dem Stahlhelm angehörende Schlosser Werner Runge, Thiemstraße 16, der im Betrieb der Firma Schäffer und Budenberg während der Arbeitszeit zu Kollegen äußerte: Der Reichspräsident habe Leder unterschlagen und müsse sich deswegen vor Gericht in Magdeburg verantworten. Außerdem sei der Sohn des Reichspräsidenten kürzlich wegen Bankunterschlagung verhaftet worden. Runge ist als Mann bekannt, der im Beschimpfen der Republik und sozialistischer Beamter eine gewisse Routine besitzt.

Die Vertretung des Reichspräsidenten haben die Rechtsanwälte Dr. Baerensprung und Dr. Braun übernommen. Ueber den Ausgang dieses Prozesses werden wir berichten. —

Heute Mittwoch abend um 8 Uhr

Lichtbildervortrag

in der Aula der Augustaschule, Listemannstraße.

— **Sozialdemokratischer Verein.** In der Mitgliederversammlung des Bezirks Alte Neustadt sprach Genosse Stadtverordneter Assel über die Tätigkeit der Sozialdemokraten im Stadtparlament. Er erklärte die schwierige finanzielle Lage der Städte und die Einstellung der Bürgerlichen hierzu. Diese haben nachdem für uns sehr günstigen Wahlausfall dieselbe Steuerpolitik treiben müssen, die sie uns früher zum Vorwurf gemacht hatten. Eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten ist völlig ausgeschlossen. Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß die nächsten Wahlen für uns ein besseres Bild ergeben werden. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen zeigte der Redner, was trotz der schwierigen Lage an kulturellen und sozialen Einrichtungen geschaffen wurde, und was für die Zukunft geplant ist. Anschließend an den mit Beifall aufgenommenen Vortrag richteten die Genossen Armbrecht, Seeger und Krull noch einige Anfragen an den Referenten, die dieser in zufriedenstellender Weise beantwortete.

— **Keine Erhöhung der Miete für Februar.** Der „Amtliche preußische Pressedienst" teilt mit: Die Preußische Staatsregierung hat von einer Erhöhung der Miete für den Monat Februar abgesehen. Infolgedessen verbleibt es auch für den Februar bei dem bisher geltenden Mietsatz. —

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Wilhelmstadt. Heute Mittwoch abend 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Schulz, Friesenstraße. Ref.: Stadtv. Becker.

Bezirk Neue Neustadt. Donnerstag den 29. Januar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Wintergarten". Ref.: Stadtv. Kaulfers.

Arbeiterwohlfahrt, Frauenwerbeausschuß, Elternbeiräte der Liste Schulreform und der weltlichen Schule und alle Genossinnen, die gewillt sind in der Arbeiterwohlfahrt mitzuarbeiten, am Donnerstag abend 7½ Uhr, Sitzung bei Holtz, Tischlerkrugstraße 22.

Mitgliederversammlungen am Freitag abend 8 Uhr:

Bezirk Magdeburg Nord bei Holtz, Tischlerkrugstraße 22. Referent: Stadtverordneter Steinke.

Bezirk Fermersleben bei Kunze.

Jungsozialisten. Freitag abend 8 Uhr, im Frankejugendheim, Stellungnahme zur kommenden Reichskonferenz.

Die Bua, welche in der Breitscheid-Versammlung vermißt wurde, ist in der Hallestraße gefunden worden und kann beim Genossen Dehne, Sudenburg, Friedenstraße 16, abgeholt werden.

— **Die Heimatbewegung der Sudetendeutschen.** Der Sudetendeutsche Heimatbund (Sitz Berlin) erstrebt unter Ausschaltung jeder Parteipolitik den Zusammenschluß aller in Deutschland lebenden Sudetendeutschen, um eine systematische Aufklärung der deutschen Oeffentlichkeit über die nationale Not der 3½ Millionen Deutschen des tschechischen Staates herbeizuführen, und diese Deutschen in ihrem Selbstbehauptungswillen und Selbstbestimmungsverlangen moralisch zu unterstützen. Er verlangt weiter die Anerkennung der in Deutschland wohnhaften Sudetendeutschen als gleichberechtigte Volksgenossen. Auch in Magdeburg wurde am 24. Januar 1925 eine Ortsgruppe des Sudetendeutschen Heimatbundes ins Leben gerufen, an deren Gründung ungefähr 50 Damen und Herren aus dem Sudetenlande teilnahmen. Die Ortsgruppe fordert auf diesem Wege alle in Magdeburg wohnenden Deutschen aus dem Tschechenstaate, und zwar aus Böhmen, Mähren und Schlesien auf, ihre Anschriften dem 1. Vorsitzenden, Ing. Rudolf Kraus, Magdeburg-Buckau, Basedowstraße 15, bekanntzugeben. —

— **Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie.** Bei der am 9. und 10. Januar stattgefundenen Ziehung 4. Klasse laufender 24. (250.) Lotterie fiel der Hauptgewinn von 100 000 Rentenmark auf Nr. 171105. Am 6. Februar beginnt die Haupt- und Schlußziehung, in der Gewinne im Gesamtbetrage von über 16 Millionen Rentenmark zur Ausspielung kommen. Darunter befinden sich Haupttreffer von 500 000, 300 000, 200 000, 150 000, zweimal 100 000 Rentenmark sowie die Prämie von 500 000 Rentenmark, im günstigsten Falle 1 Million Rentenmark. Die Erneuerung der Lose zu dieser Hauptklasse hat planmäßig spätestens am 30. Januar, abends 6 Uhr, bei Verlust des Anrechts in der zuständigen Lotterie-Einnahme zu geschehen. Es wird allen Spielern dringend empfohlen, diese Frist nicht zu versäumen, da über die nicht rechtzeitig erneuerten Lose bei der großen Knappheit an Losen anderweit verfügt werden muß. —

— **Die Einheits-Kurzschrift.** Zur Frage der Einführung einer Einheits-Kurzschrift dürfte die nachstehende Aeußerung des Reichsministeriums des Innern, in dessen Räumen die Reichskurzschrift das Licht der Welt erblickte, von Interesse sein: „Wie es in Wirklichkeit mit der Einführung der Reichskurzschrift aussieht, zeigt die jetzt bekanntwerdende Antwort des zuständigen Ministerialrats im Reichsministerium des Innern, die er auf eine Anfrage erteilte. Es heißt darin u. a.: Im Ministerium haben Lehrgänge in der Reichskurzschrift stattgefunden. Sie fingen mit vielen Teilnehmern an und hörten mit wenigen auf. Es ist nicht beabsichtigt, die Stenotypistinnen umlernen zu lassen. Auch in Zukunft soll es allen, die die Stenographie zum Schnellschreiben benutzen wollen, überlassen bleiben, welches System sie schreiben. Die Reichskurzschrift soll nur zu dem Zwecke eingeführt werden, daß langsam geschriebene Schrift gegenseitig wiedergelesen werden kann." Stenographiepraktiker bemerken hierzu: „Es kann Personen, die aus geschäftlichen Rücksichten sich in kürzester Zeit eine gewisse Schreibgeschwindigkeit aneignen müssen, nur dringend empfohlen werden, eins der bewährten und in der Praxis erprobten Systeme zu erlernen. Vor übereilter Erlernung der Reichskurzschrift wird gewarnt. —

— **Erhöhung der Kanalgebühren.** Durch den von dem Herrn Regierungspräsidenten genehmigten Beschluß der städtischen Körperschaft vom 22. Januar 1925 ist die Kanalgebühr für die Monate Februar und März 1925 um 100 Prozent erhöht worden. Ueber diese Erhöhung werden besondere Zahlungsaufforderungen nicht zugestellt. Es ist daher ohne weiteres bis zu den Fälligkeitsterminen das Doppelte der auf dem Steuerzettel angegebenen Beträge zu entrichten. —

— **Personalien aus der Preußischen Medizinalverwaltung.** Wie der „Amtliche Preußische Pressedienst" mitteilt wurden versetzt die Medizinalräte Dr. Kraemer von Kalbe nach Berlin, Dr. Roos von Goslar nach Kalbe, Dr. Fischer von Genthin nach Goslar, Dr. Stamm von St. Goarshausen nach Höchst; in den Ruhestand versetzt Medizinalrat Dr. Klein in Elberfeld. —

— **Stadtamt für Leibesübungen.** Der 2. Vortrag der Vortragsreihe „Leibesübungen" findet nicht am 2. Februar, sondern bereits am Freitag den 30. Januar, abends 8 Uhr, in der Aula der Augusta-Schule, Listemannstraße 5, 1 Treppe, statt. Da der für diesen Vortrag in Aussicht genommene Dozent verhindert ist, übernimmt Herr Dr. Altrock-Berlin das Thema „Hygiene und Massage". —

— **Unterhaltungsrundfunk.** Die Oberpostdirektion schreibt uns: In letzter Zeit sind in Rundfunkanlagen häufig Verstärkerröhren ohne die vorgeschriebenen Steuerbanderolen der Deutschen Reichspost festgestellt worden. Da hiermit gegen die Bedingungen der Genehmigungsurkunde verstoßen wird, kann die Genehmigung mit sofortiger Wirkung entzogen werden. Die Teilnehmer schützen sich hiergegen am besten, wenn sie nur Röhren mit Banderolen kaufen oder sich nachträglich von der Lieferfirma die Steuerbanderolen aushändigen lassen. —

— **Uebertragbare Krankheiten in Preußen.** Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, sind in Preußen in der Zeit vom 2. bis 29. November 1924 nachstehende Erkrankungen (Todesfälle) an übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet worden: Diphtherie 2257 (111), Fleckfieber 1, übertragbare Genickstarre 24 (16), Kindbettfieber 437 (91), spinale Kinderlähmung 31 (2), Körnerkrankheit 161, Lungen- und Kehlkopftuberkulose 3845 (1949), Milzbrand 3 (1), Pocken 2, übertragbare Ruhr 192 (12), Scharlachfieber 2364 (38), Tollwut 2 (2), Unterleibstyphus 1084 (22), Fleisch-, Fisch- und Wurstvergiftung 24, Bißverletzungen durch tolle oder tollwutverdächtige Tiere 75. —

× **Mord.** In der Nacht zum 23. d. M. wurde in Frankfurt am Main ein Schneidermeister durch Erwürgen in seinem Bette ermordet. Vom Täter fehlt jede Spur. Geraubt sind u. a. Sachen eine fast neue goldene Herren-Savonnetteuhr mit glattem Gehäuse, arabischen Zahlen und mit feingliedriger, goldener Panzerkette, ein schwarzer Marengo-Herrenüberzieher, einreihig, mit überzogenen Knöpfen, schwarzweiß gestreiftem Sergefutter und dem Firmaschild: „A. Kindling, Aachen" unter dem Aufhänger. Sachdienliche Angaben erbittet der Polizei-Präsident — Kriminaldirektion. —

— **Betriebsunfall.** Die Arbeiterin Frieda L., Morgenstraße 18 wohnhaft, geriet auf dem Rexwerk mit dem linken Unterarm in das Getriebe einer Bohrmaschine und erlitt eine schwere Quetschung. Die Verletzte wurde nach Anlegung eines Notverbandes dem Krankenhaus Sudenburg zugeführt. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Jeden Bedarf deckt die Einkaufszentrale Jakobstraße 49, 1 Treppe. Täglich geöffnet bis 6 Uhr. Freitags u. Sonnabends länger.

Theater, Konzerte, Vorträge 2c.

Magdeburger Volksbühne. Donnerstag den 29. Januar im Wilhelm-Theater Erstaufführung der neueinstudierten Oper „Die junge Gräfin" von Gaßmann. Karten für Mitglieder und Nichtmitglieder 50 Pfg. bis 3 Mark bei Heinrichshofen und Buchhandlung Volksstimme.

Zentraltheater.

Heute findet die letzte Aufführung der romantischen Operette „Casanova" unter persönlicher Leitung des Komponisten Paul Linde statt.

Am Freitag den 30. Januar wird „Der Zigeunerbaron" von Johann Strauß in vollständiger Neueinstudierung und neuer Ausstattung in den Spielplan des Zentraltheaters wieder aufgenommen. Die Inszenierung liegt in den Händen des Spielleiters Hans Wilhelm, der auch die Rolle des Barinkay singt. Frau Mizzi Marx wird die Rolle der Saffi, Thea Lott die Rolle der Arsena, Sophie Schenk die Rolle der Mirabella spielen; für die Partie der Czipra ist Fräulein Hedwig Sevcik von der „Großen Volksoper" in Berlin als Gast gewonnen worden. Die männlichen Hauptrollen liegen in den Händen der Herren Maximilian Richter als Homonay, Arnold Juhn als Zsupan, Walter Leopold als Carnero und Bertl Comming als Ottokar. Die musikalische Leitung liegt in den Händen des Kapellmeisters Friedrich Schmidt. Zur Premiere werden keine erhöhten Eintrittspreise erhoben. Die Vorstellung beginnt pünktlich 7½ Uhr; es wird dringend um rechtzeitiges Erscheinen gebeten, damit durch Nachzügler nicht die Ouvertüre des Werkes gestört wird. 324

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

In Schliebens Fußtapfen.

An Stelle des bisherigen Leiters der Etatsabteilung im Reichsfinanzministerium, des zum Reichsfinanzminister aufgerückten Ministerialdirektors v. Schlieben ist Ministerialdirektor Dr. Lotholz getreten. Bei einer nach seinem Amtsantritt erfolgten Aussprache mit den Beamten-Spitzenorganisationen erklärte er sich bereit, in absehbarer Zeit mit den Vertretern der Beamten-Spitzenorganisationen in eine Besprechung des gesamten Besoldungsproblems einzutreten. Von dieser Besprechung erhoffen die Beamten des Reiches, der Länder und der Gemeinden eine wesentliche Verbesserung des augenblicklich geltenden Besoldungssystems. Die Grundgehalte sind unzulänglich und die Spannungen zwischen den Besoldungsgruppen sind unsozial. Auch das Wohnungsgeld ist im Wege des Diktats an die Stelle des Ortszuschlags getreten. Hatte schon der Ortszuschlag seine Mängel, vor allen Dingen, weil er die Einteilung in fünf Ortsklassen aufrechterhielt, so übernimmt das Wohnungsgeld nicht nur diesen ungerechten Zustand, sondern es verschärft ihn noch durch ein übertriebenes Spannungsverhältnis ganz wesentlich.

Die Aussichten, die für eine Neureglung der Besoldungsverhältnisse vorhanden zu sein scheinen, beleuchtet eine jüngst dem Reichstag zugegangene Denkschrift über die Entwicklung der Besoldung der Reichsbeamten von 1897 bis Dezember 1924. Darin wird auseinandergesetzt, daß die Bezüge der Beamten im Hinblick auf ihre Fortbildung, ihre Leistungen und ihre Verantwortlichkeit gegenüber einfacherer Vorbildung und Leistung viel zu gering seien. Es wird verwiesen auf die Spannungen in der Privatwirtschaft und wörtlich gesagt:

> Die Privatwirtschaft bezahlt ihre gut vorgebildeten und in leitender, verantwortlicher Stellung befindlichen Angestellten erheblich besser als das Reich seine vergleichbaren Beamten, während dies bei den mit den Beamten der untern Besoldungsgruppen vergleichbaren Angestellten nicht der Fall ist.

Festgestellt wird außerdem, daß die Familienzuschläge bei der heutigen Reglung für verheiratete Beamte der untern Besoldungsgruppen einen großen Teil ihrer Gesamtbezüge darstellen und daß deshalb eine weitere Erhöhung der Familienzuschläge aus besoldungspolitischen Erwägungen nicht mehr in Frage kommen kann.

Aus diesen Feststellungen der Denkschrift ist ersichtlich, wie sich das Reichsfinanzministerium eine eventuelle, auf Grund der von den Parteien gestellten Besoldungsanträge vorzunehmende Reglung vorstellt. Es soll ganz offenbar der unsoziale Grundsatz zur Anwendung kommen, den höhern Beamten außergewöhnlich hohe Zulagen zu gewähren — siehe das Beispiel der Reichsbahnverwaltung! — und bei den untern Gruppen die jetzigen Besoldungsbezüge bestehen zu lassen.

Die Beamten, ihre Organisationen und die Oeffentlichkeit werden den reaktionären Plänen des Reichsfinanzministeriums entsprechende Beachtung zuwenden müssen, damit eine neue unsoziale Reglung der Bezüge verhindert wird. —

Kleine Chronik.

Das Verbrechen von Posta. Vor dem Dresdner Schwurgericht hatten sich der 18 Jahre alte Kaufmann Werner Rudolf Drinkuth aus Berlin und der 19jährige Kaufmann Herbert Roßmann aus Charlottenburg wegen Mordversuchs zu verantworten. In dieser umfangreichen Strafsache handelt es sich um folgendes: Die Angeklagten waren mit der Hausangestellten Johanna Uszick bekannt geworden, die sich bei einem Kaufmann Schmidt in Charlottenburg in Stellung befand, und die sie überredet hatten, den Dienstherren zu bestehlen. Am 17. April v. J. entwendeten sie gemeinschaftlich eine Anzahl Perserteppiche und dergleichen, packten sie in Koffer der Dienstherrschaft und brachten die Beute in die Behausung der Eltern, um sie dort aufzubewahren bzw. von da aus zu verwerten. Bei der Uszick machte sich dann Reue bemerkbar; Drinkuth und Roßmann kamen nun auf den Gedanken, die Uszick möglichst weit vom Tatort wegzubringen und fuhren schließlich mit ihr nach Dresden. Am 1. Osterfeiertage benutzten die Angeklagten und die ahnungslose Uszick die Bahn bis Wehlen. Man wanderte gemeinsam bis Bad Schandau, besuchte unterwegs auch die Bastei. Der Rückweg in der Richtung Pirna erfolgte in den späten Abendstunden. Gegen 11 Uhr trafen die drei Personen am Ulanendenkmal bei Posta ein. Nach getroffener Verabredung zog Drinkuth plötzlich einen Totschläger hervor und versetzte die Uszick mehrere Schläge über den Kopf, worauf das Mädchen bewußtlos zusammengebrochen ist. Drinkuth stieß sie dann in die wenige Schritte vorbeifließende Elbe. In den reißenden Fluten erlangte das betäubte Mädchen das Bewußtsein wieder. Drinkuth bemerkte dies und sagte zu Roßmann: „Du, sie lebt noch!“ Letzterer antwortete daraufhin: „Schieß sie tot!“ und reichte Drinkuth alsbald seine Schußwaffe. Dieser kam auch der Aufforderung nach und gab auf das mit dem Tode kämpfende Mädchen einen Schuß ab. In der starken Dunkelheit ging die Kugel fehl. Einen zweiten Schuß abzugeben getraute er sich nicht, weil das Echo weithin im Elbtal widerhallte. Inzwischen war es der Uszick gelungen, an der steilen Böschung das dort wachsende Strauchwerk zu erfassen. Dies bemerkten die beiden Angeklagten. Sie eilten zum Ulanendenkmal, rissen eine Anzahl Steine von der Denkmalseinfassung heraus und rollten sie die Böschung hinunter. Dabei wurde die Uszick erneut getroffen und verletzt. In diesem Augenblick kam der Fischer Karl Noy am Elbufer entlang, der zuvor schon den Schuß vernommen hatte. Drinkuth und Roßmann ergriffen alsbald die Flucht, sie entkamen auch vorläufig. Noy vermochte das völlig erschöpfte Mädchen den Fluten zu entreißen. Es wurde zunächst in ein benachbartes Haus gebracht und später nach dem Krankenhause in Pirna übergeführt. Nach erfolgter Genesung kehrte die Uszick nach ihrer Heimat in Ostpreußen zurück. Die beiden flüchtigen Verbrecher blieben zunächst einige Zeit verschwunden, erst im Juli konnten sie in Wien ermittelt und verhaftet werden. Drinkuth ist voll geständig, Roßmann als der ältere versucht alles abzuleugnen und auf seinen jüngeren Genossen zu schieben. Das Urteil: Die Angeklagten Drinkuth und Roßmann wurden wegen gemeinschaftlichen Mordversuchs zu je acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Auch gehen sie auf je fünf Jahre der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig. In der Begründung wurde ausgeführt, daß es sich um eine ungewöhnliche Roheit und um ein außerordentlich schweres Verbrechen gehandelt habe. —

Eine Verhaftung zum Morde vom Arnswalder Platz. Den Bemühungen der Berliner Mordkommission scheint es gelungen zu sein, den Mörder des Dienstmädchens Elisabeth Tamgierski, die in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag auf dem Arnswalder Platz erwürgt wurde, zu ermitteln und festzunehmen. Der Verhaftete ist der Korrespondent Eugen Johannes Gartner, der am 27. Dezember 1898 zu Nippenburg, Oberamt Ludwigsburg in Württemberg, geboren ist. Er stammt aus sehr gutem Hause und war früher Korpsstudent. Der Krieg und seine Nachwirkungen haben Gartner auf schiefe Bahn gedrängt. Er ist zuletzt in Wien zu 4 Monaten Kerker wegen Diebstahls verurteilt worden. Als er die Strafe am 17. Dezember verbüßt hatte, wandte er sich nach Berlin, wo er sich als Wagenwäscher bei Chauffeuren und durch andre kleine Handreichungen sein Geld verdiente. Gartner, in dessen Begleitung sich zwei fragwürdige Gestalten befanden, die gleichfalls in Haft genommen wurden, wurde im Präsidium einer vorläufigen Vernehmung unterzogen, wobei von dem Morde selbst noch gar nicht die Rede war. Er verwickelte sich dabei in Widersprüche, so daß der begründete Verdacht besteht, daß man in ihm den Täter gefunden hat. —

Der Dennewitzer Raubmörder verhaftet. Am 2. Januar wurde beim Anbrechen einer Strohmiete in Dennewitz die Leiche eines jungen Mannes aufgefunden. Die Leiche wies eine Schußwunde sowie zahlreiche Hieb- und Stichwunden auf, und alle näheren Umstände ließen darauf schließen, daß es sich um einen Raubmord handelte. Berliner Kriminalbeamte wurden in die dortige Gegend gesandt. Der erste Erfolg war, daß es gelang, die Persönlichkeit des Toten festzustellen. Es war der 24 Jahre alte, aus Dessau gebürtige Konditor Erich Pannicke. Im Verlaufe der weiteren Ermittlungen stellte man auch die Person des mutmaßlichen Täters fest. Es gelang, den Gesuchten im Orte Neuendorf, unweit von Dennewitz, zu ermitteln. Der Mörder hatte sich in eine in der Nähe des Dorfes gelegene Strohmiete verkrochen. Hier wurde er von den Beamten herausgeholt. Es ist der am 28. November 1888 in Leipzig geborene Arbeiter Otto Krause. Krause war im Besitz falscher Papiere und nannte sich Kurt Ott. Krause gab bei seiner Verhaftung sofort die Tat zu. Er ist unverzüglich dem nächsten Gerichtsgefängnis zugeführt worden. Kurz vor seiner Verhaftung konnte festgestellt werden, daß Krause oder Ott im Mai v. J. einen Lustmord an einem 15jährigen Mädchen in Leipzig begangen hat. Nach dieser Tat verstand er es, sich Papiere auf einen andern Namen zu beschaffen. Er wandte sich zuerst nach Berlin, und später wanderte er umher in der Mark Brandenburg und konnte jetzt endlich unschädlich gemacht werden. —

Aufhebung einer Falschmünzerwerkstätte. In einem Haus in Köln-Ehrenfeld wurde von den Beamten der Falschgeldstelle der Kriminalpolizei eine vollständig eingerichtete Falschmünzerwerkstätte in vollem Betrieb ausgehoben. Aus dieser Werkstätte stammen die in letzter Zeit in größern Mengen in Köln und Umgegend aufgetauchten falschen 2-Billionen-Scheine und außerdem eine Fälschung von 5-Rentenmark-Scheinen. Die Haupttäter waren mit Schußwaffen versehen. Einer von ihnen, der 30jährige Lithograph Johann Molitor, richtete die Waffe gegen einen Beamten, worauf dieser in Notwehr auf Molitor schoß und ihn tödlich verletzte. In dem darauf entstandenen Durcheinander sind zwei weitere Falschmünzer entkommen, der eine nur dadurch, daß er einem Passanten mit vorgehaltenem Revolver sein Fahrrad raubte und damit in schneller Fahrt davonfuhr. Im übrigen konnte die vollständige Einrichtung der Werkstätte einschließlich Steindruckpressen und der Originalscheine beschlagnahmt werden. Zwei Personen, die den Falschmünzern Unterkunft gewährt haben, wurden in Haft genommen. —

Ein Schupowachtmeister zum Tode verurteilt. Vor dem Schwurgericht Münster hatte sich der Schupowachtmeister Max Wriske unter der Anklage zu verantworten, den Junglehrer Stöpper ermordet und beraubt zu haben. Der Angeklagte leugnete die Tat. Er wurde nach dreitägiger Verhandlung auf Grund von Indizienbeweisen zum Tode und zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, außerdem wegen Meineidsanstiftung zu zwei Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. —

Die Stuttgarter Mehlschiebungen. Die Untersuchung über die Durchstechereien in der Stuttgarter Lagerhaus-Aktiengesellschaft ziehen immer weitere Kreise. Eine amtliche Stelle bemüht sich zwar, die Angelegenheit als möglichst harmlos hinzustellen, doch schweigt sie sich nun über die ganze Geschichte aus. Inzwischen sind nicht weniger als 26 Verhaftungen erfolgt. Der Direktor, angeblich wegen andrer „kleiner“ Vergehen; Angestellte, Arbeiter und Fuhrleute, der Lagerverwalter und der übergeordnete Kontrollbeamte sowie mehrere Bäcker, ein Gastwirt und ein Spezereihändler, die die Abnehmer des „Entstaubungsmehls“ waren, das mit Mehl aus andern Säcken vermischt wurde. Um Reklamationen wegen Mindergewichts zu vermeiden, wurden die Abnehmer des Entstaubungsmehls auch noch mit dem mindergewichteten Mehlsäcken beliefert. Das Geschäft, das die Angestellten schon über drei Jahre trieben, wäre, da der gesamte Betrieb so „harmonisch“ Hand in Hand arbeitete, noch lange gegangen, wenn nicht zwei Arbeiter, die nachher einen Mehlwagen erleichtern wollten, bei dieser Tätigkeit das Schicksal erreicht hätte. Bei ihrer Vernehmung verrieten sie die ganze Geschichte. Ueber die Höhe des Schadens ist noch nichts bekannt. —

Auch ein Mädchen unter Denkes Opfern. Die Gerüchte, von dem Münsterberger Kannibalen seien nicht nur Handwerksburschen, sondern auch obdachlose junge Mädchen ermordet worden, scheinen sich nunmehr zu bestätigen. Wenigstens ist mit ziemlicher Sicherheit erwiesen, daß in der Denkeschen Mörderhöhle ein junges Mädchen aus Breslau verschwunden ist. Einerseits haben die Eltern des verschwundenen Mädchens Kleider, die im Zimmer Denkes gefunden wurden, wiedererkannt, und dann stand auch auf der Denkeschen Mordliste der Name Ida, der Vorname des vermißten Mädchens, verzeichnet. Die Verschwundene hatte seinerzeit eine Reise nach Münsterberg unternommen und war von dort nicht wieder zurückgekehrt. — Die Leiche des Mörders war wenige Tage nach seinem Selbstmord und der erfolgten Sektion des Kopfes auf dem Münsterberger Friedhof beigesetzt worden. Nunmehr wurde die Leiche wieder exhumiert und der Breslauer Anatomie übergeben. Wissenschaftler wollen versuchen, festzustellen, welche Veränderungen im menschlichen Körper durch den 20 Jahre langen Genuß von menschlichem Fleisch hervorgerufen wurden. —

Das Sinken von Schiffen verhindert. Wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, fand auf dem Bodensee ein Versuch mit einem Apparat statt, durch den das Sinken von Schiffen verhindert werden soll. Der Erfinder, Ingenieur Lieberaut, versenkte das Versuchsboot mit einer Last von 300 Kilogramm, nachdem er den Apparat so eingestellt hatte, daß das Boot nach seinen Versicherungen in einer Stunde von selbst wieder emportauchen müsse. Wenige Minuten nach der angegebenen Zeit kam das Boot wieder an die Oberfläche. Es handelt sich um einen Apparat, der das in das Schiff eingedrungene Wasser aus diesem wieder verdrängt. —

Der Kampf des Bischofs. Das Londoner Nachtleben, das gegenüber andern Weltstädten schon bisher von einer erstaunlichen „Armut“ war, soll weiter eingeschränkt werden. Der Bischof von London hat einen großzügigen Feldzug gegen die Londoner Nachtklubs eingeleitet. In einer Eingabe an den Minister des Innern bezeichnet er diese Klubs als „Jagdplätze für Hochstapler und leichtfertige Frauenzimmer“ und dringt auf ihre Abschaffung. Nach Angaben des Ministers ist es aber für die Polizei fast unmöglich, in die Lokale einzudringen. Die meisten sind mit vier hintereinander gelegenen Türen versehen, die durch Alarmläutwerke miteinander in Verbindung stehen. Wo ein Aufzug vorhanden ist, dürfen immer nur zwei Besucher ihn auf einmal benutzen, die vorher genau untersucht werden. —

Hochwasserkatastrophe in Amerika. Meldungen aus Atlanta sprechen von großen Hochwasserkatastrophen in den Südstaaten. Verschiedene kleinere Städte sind derartig überschwemmt, daß sie geräumt wurden. Besonders hart ist Florida heimgesucht worden. Der Schaden wird auf mehrere hunderttausend Dollar bemessen. Auch der Mississippi ist aus den Ufern getreten und gefährdet die ganze Umgegend. In Neuyork und Umgegend herrschen Schneestürme. —

Eine boykottierte Gemeindewahl. In Meudon bei Paris sollte eine Stadtverwaltung gewählt werden, weil der ganze Gemeinderat mit Einschluß des Bürgermeisters demissioniert hat. Aber es ereignete sich der in den Annalen Frankreichs noch nicht verzeichnete Fall, daß weder Wähler noch Kandidaten für die Wahl zu finden waren. In den Maueranschlägen aller politischen Parteien war dazu aufgefordert worden, diese Wahl vollkommen zu ignorieren. Der Bürgermeister, der als Wahlvorsteher amtieren mußte, saß allein im Wahllokal. Diese Demonstration ist durch Streit zu erklären, den Meudon mit Nachbarorten hat. Für das Departement Seine-et-Oise soll eine Verbrennungsanstalt für Abfälle aller Art errichtet werden. Der Präfekt hat den Ort für diese vorgeschlagen, aber nicht wahrscheinlich nachgeben müssen. — Dagegen protestiert die Volksmeinung in Meudon, und der Präfekt wird wahrscheinlich nachgeben müssen. —

Liebesdrama in einer Dresdner Konditorei. In einer Konditorei in der Kleinen Plauenschen Gasse ereignete sich ein blutiges Drama. Der ehemalige ungarische Offizier Joseph Langer aus Teischen hatte mit der dreißigjährigen, in der Scheffelstraße wohnhaft gewesenen Maschinenschreiberin Friedrich ein Liebesverhältnis unterhalten, das aber angeblich durch das Verhalten des Vaters getrübt worden ist. Nach hinterlassenen Briefen sind beide des Lebens überdrüssig geworden. Langer hat in einem Gastzimmer zuerst die Friedrich und dann sich selbst erschossen. —

Ein groteskes Leichenbegängnis. In Castelbeforte bei Mantua fand ein unerhört groteskes Leichenbegängnis statt. Ein reicher Sonderling, namens Dalcollo, war gestorben, und seine Beerdigung vollzog sich genau nach dem letzten Willen des Toten. An der Spitze des Leichenzugs tänzelte ein Harlekin mit einer Fahne, und dann folgten die Leidtragenden, die alle Maskenkostüme angelegt hatten. Vor Ostena, in der Nähe des Kirchhofs, machte der sonderbare Trauerzug halt, und es begann ein wildes Zechgelage, wobei ein Faß Wein über den Sarg gegossen wurde. Dann wurde bei Tanzmusik der Weg zur Gruft fortgesetzt. Im Trauergefolge befanden sich auch Vertreter der Gemeindebehörden, eine Tatsache, die von den Zeitungen stark kritisiert wurde. —

Auf dem Rade um die Welt. Vorigen Herbst verließen drei junge Inder Bombay, um auf dem Fahrrad eine Reise um die Welt zu machen. Kürzlich statteten sie London einen Besuch ab. Die drei Abenteurer verließen Bombay am 15. Oktober und haben bisher 12 000 englische Meilen per Rad und zu Fuß zurückgelegt. Vielfach wurden sie unterwegs von offiziellen Persönlichkeiten empfangen und bewirtet. Nur ein einziges Mal wurden sie überfallen. Aber dieser Ueberfall scheint ihnen nicht schlecht bekommen zu sein. In der Gegend um den Euphrat herum ist es ihnen einmal schlecht ergangen. Da hatten sie kein Trinkwasser und mußten ihr Kochgeschirr aus dem schmutzigen Fluß füllen. Sie bekamen das Fieber und wanderten gemeinsam auf eine Woche in ein Krankenhaus. In Italien hatten sie eine Audienz beim Papste, der ihnen sein Autogramm und noch dazu seinen Segen gab. Da fuhren die drei mit doppeltem Tempo durch die Schweiz und über den Gotthard und kümmerten sich den Teufel um die Frostbeulen an ihren Füßen. Aber nun machen sie im übrigen Europa Aufsehen, verkaufen ihre Photographien, kassieren Ehrenerweisungen und Gelder ein, und wenn sie davon gehörig eingenommen haben, fahren sie, zu Schiff natürlich, nach Amerika, dann nach China, Japan und zurück nach Indien. Sie werden dann ein paar Jahre älter, aber auch um vieles reicher geworden sein. Das beste Handwerk in Indien würde ihnen nicht so viel einbringen wie diese Vergnügungsreise rund um die Welt. —

Vereine und Versammlungen.

Mieterverein.

Am 26. Januar hielt die Bezirksgruppe Süd des Reichsbundes deutscher Mieter in der Luisenschule ihre ordentliche Generalversammlung ab. Herr Herfurth gab den Geschäftsbericht, aus welchem hervorging, daß der Bezirk Süd in dem verflossenen Jahre gut gearbeitet hat, die Mitgliederzahl ist stabil geblieben; auch die Kassenverhältnisse sind geordnete. Er ermahnte die Mitglieder, recht regen Anteil zu nehmen an den Geschehnissen des Tages, da unsre Gegner drauf und dran sind, das Reichsmietengesetz sowie das Mieterschutzgesetz abzubauen und die freie Wirtschaft im Wohnungswesen wieder einzuführen. Die Folgen hiervon würden bei dem herrschenden Wohnungsmangel unabsehbar sein und große Kreise unsers Volkes zur Verzweiflung treiben. Hierauf wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Aus der Mitte der Versammlung wurde der alte Vorstand zur Wiederwahl vorgeschlagen. Widerspruch erfolgte nicht, somit sind folgende Herren mit der Leitung der Bezirksgruppe im neuen Jahre betraut: K. Herfurth 1. Vorsitzender, Wilhelm Brauner 2. Vorsitzender, Gustav Lucke Kassierer, Paul Springer Schriftführer und August Jeschke Beisitzer. Der Sekretär Röhring hielt einen instruktiven Vortrag über das Mieterschutzgesetz. Besonders hob er die Paragraphen 2 bis 4 hervor, welche die Mitglieder am meisten interessieren dürften, da er aus seiner Praxis täglich sehen kann, in welchem Maße die Mieter daran interessiert sind. Ob das Reichsmietengesetz und Mieterschutzgesetz weiter bestehen wird oder nicht, hängt von dem jetzigen Reichstag ab; die Mieter können sich die Parteien anschauen, welche ihre Interessen vertreten und daraus die für sie nötigen Schlußfolgerungen ziehen. —

Betriebskrankenkassen.

Der Verband der Betriebskrankenkassen im Bezirk des Oberversicherungsamts Magdeburg hat am Sonntag den 25. Januar in Magdeburg im „Konzerthaus“ seine diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung abgehalten. Aus dem Tätigkeitsbericht war zu entnehmen, daß der nunmehr über vier Jahre bestehende Verband sich auch im verflossenen Jahre weiter günstig entwickelt und eine umfangreiche Tätigkeit zum Nutzen seiner Mitglieder entfaltet hat. Der Mitgliederversammlung folgte eine von mehreren hundert Vorstands- und Ausschußmitgliedern sowie Angestellten der Betriebskrankenkassen im Regierungsbezirk Magdeburg besuchte Versammlung, in der vom Verbandsgeschäftsführer ein längerer Vortrag über „Die Bedeutung der Betriebskrankenkassen unter besonderer Berücksichtigung der Zentralisationsbestrebungen der Ortskrankenkassen“ gehalten wurde.

Eine Entschließung fand Annahme, in der u. a. folgendes festgestellt wird:

> Die Betriebskrankenkassen, auch die kleinern, haben sich in ihrem jahrzehntelangen Bestehen als sehr leistungsfähig erwiesen. Sie gewähren im allgemeinen bei verhältnismäßig geringen Beiträgen größere Leistungen als die Ortskrankenkassen. Aus der nahen Verbindung zwischen Betriebskrankenkasse und Betrieb ergeben sich für alle Beteiligten, insbesondere aber für die Versicherten, bedeutsame Vorzüge und Vorteile, welche die Ortskrankenkassen nicht bieten können. Es ist daher unbedingt an den Betriebskrankenkassen festzuhalten und ihr Uebergang in die Ortskrankenkassen, wie er aus Ortskrankenkassenkreisen besonders in letzter Zeit wieder gefordert wird, nachdrücklichst abzulehnen.

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Gute Ratschläge zur Haarpflege!

Wie oft hört man den Ausspruch „Sie hat wundervolles Haar!“ und immer wird man feststellen, daß das schöne Haar gut gepflegtes Haar ist. Nicht jeder ist von Natur mit starkem Haarwuchs ausgestattet, aber jeder kann gut gepflegtes und damit auch schönes Haar haben. Zur guten Pflege gehört in erster Linie eine regelmäßige Kopfwäsche, die dem Haar das überschüssige Fett nimmt und ihm das duftige volle Aussehen gibt. Doch darf man das Haar nicht mit einem beliebigen Waschmittel behandeln, da irgendwelche scharfen Bestandteile das Haar stumpf machen würden und äußerst schädlich wirken. Darum ist der Kauf eines geeigneten Kopfwaschmittels entschieden Vertrauensache. Es muß mild und absolut unschädlich, leicht löslich und stark schäumend dabei durch seine sachgemäße Zusammensetzung ganz vorzüglich reinigend, desinfizierend und die Hautätigkeit anregend, hat sich seit langen Jahren das allgemein beliebte „Schaumpon mit dem schwarzen Kopf“ bewährt, das unter Verwendung allerfeinster Rohstoffe von der Firma Hans Schwarzkopf, Berlin-Charlottenburg, hergestellt wird. Es kann jedem mit bestem Gewissen empfohlen werden. Jedoch achte man beim Einkauf genau auf die allbekannte Schutzmarke „Schwarzer Kopf“ und verlange ausdrücklich „Schaumpon mit dem schwarzen Kopf“.

Vereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorausbezahlung, die Zeile 30 Goldpfennige, aufgenommen.

Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Magdeburg. Fortsetzung der Generalversammlung am Montag den 2. Februar, abends 8 Uhr, in der Schule Maudalenenberg. [72

Turn- und Sportverein Lemsdorf (A.-T.). Freitag den 30. Januar wichtige Versammlung. [71

Warenmärkte.

Magdeburger Viehmarkt.

Magdeburg, 27. Januar. Auf dem städtischen Schlacht- und Viehhof wurden aufgetrieben 567 Rinder, und zwar 85 Ochsen 126 Bullen, 326 Färsen und Kühe, 53 Fresser, 615 Kälber, 347 Schafvieh usw., 3032 Schweine.

Bezahlt für 1 Pfund Lebendgewicht.

I. Rinder. A. Ochsen:			
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gezogen haben (ungejocht)	44	48	Gold-Pfg.
b) vollfleischige, ausgemästete im Alter von 4 bis 7 Jahren	38	44	Gold-Pf.
c) junge fleischige, nicht ausgemästete u. ältere ausgemästete	30	37	Gold-Pfg.
d) mäßig genährte junge und gut genährte ältere	22	28	Gold-Pfg.
B. Bullen:			
a) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts	44	48	Gold-Pfg.
b) vollfleischige, jüngere	39	43	Gold-Pfg.
c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere	36	38	Gold-Pfg.
C. Färsen und Kühe:			
a) vollfleischige ausgemästete Farsen höchsten Schlachtwerts	46	50	Gold-Pfg.
b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren	38	45	Gold-Pfg.
d) ä tere, ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen	29	37	Gold-Pfg.
e) mäßig genährte Kühe und Färsen	21	28	Gold-Pfg.
f) gering genährte Kühe und Färsen	15	20	Gold-Pfg.
D. Gering genährtes Jungvieh (Fresser)	26	36	Gold-Pfg.
II. Kälber:			
a) Doppellender feinster Mast	—		Gold-Pfg.
b) feinste Mastkälber	55	63	Gold-Pfg.
c) mittlere Mast- und beste Saugkälber	48	55	Gold-Pfg.
d) geringe Mast- und gute Saugkälber	39	47	Gold-Pfg.
e) geringere Saugkälber	30	38	Gold-Pfg.
III. Schafe. A. Stallmastschafe:			
a) Mastlämmer und jüngere Masthammel	38	43	Gold-Pfg.
b) ältere Masthammel, geringere Mastlämmer und gut genährte junge Schafe	28	37	Gold-Pfg.
c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe)	13	25	Gold-Pfg.
IV. Schweine:			
a) Fettschweine über 150 kg (3 Zentner) Lebendgewicht	68	70	Gold-Pfg.
b) vollfleischige von 120-150 kg (240-300 Pfd.) Lebendgewicht	68	70	Gold-Pfg.
c) vollfleischige von 100-120 kg (200 240 Pfd.) Lebendgewicht	66	68	Gold-Pfg.
d) vollfleischige von 80-100 kg (160-200 Pfd.) Lebendgewicht	60	65	Gold-Pfg.
e) vollfleischige unter 80 kg (160 Pfd.) Lebendgewicht	56	60	Gold-Pfg.
f) unreine Sauen	58	64	Gold-Pfg.
g) geschnittene Eber	50	54	Gold-Pfg.

Verlauf und Tendenz: Mittelmäßig. Ueberstand: 10 Rinder. — Kälber, Schafe, — Schweine. —

Die Preise und Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schlachtfertige Speisen des Handels ab Stall für Frachten, Markt- und Verkaufsspesen, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich aus öffentlich über die Stallpreise erheben. —

Berliner Produkten-Börse vom 27. Januar.

An der Mittagsbörse wurden notiert ab Station Preise in Goldmark (M. 4,20 = 1 Dollar Goldanleihe) Weizen, märkischer 264 - 270, mecklenburg. —, Roggen märkischer 261—267, pommerscher —.—, mecklenburgischer —.—, Braugerste 280 - 310 Futtergerste 230—252, Hafer, märkischer 194 203. Weizenmehl 35,75 38,75, feinste Marken über Notiz, Roggenmehl 35 50—38,50 Weizenkleie 17.40 Roggenkleie 17,50—17,50, Raps 405, Leinsaat 410—420, Viktoriaerbsen 29—35 Kleine Speisekartoffel 21 - 23,00 Futtererbsen 20—22.00, Peluschken 18,00—19 Ackerbohnen 20—22 Wicken 18,50—20,00, Lupinen, blaue 13—14.00, gelbe 16,50—17, Serabella, neu. 17,50—19, Rapskuchen 19,00, Leinkuchen 26 50, Trockenschnitzel, prompt 9,90 10, Zuckerschnitzel 20, Tormelasse, 30-70 Proz 10—10,20 Kartoffelflocken 21,20—21,75 (Getreide und Oelsaaten pro 1000 Kilogramm, das übrige pro 100 Kg.)

Die nichtamtlichen Raufuttermotierungen (Preisnotierungskommission des Fachausschusses der Handelskammer) pro 50 Kilogramm ab Station im Großhandel lauteten: Weizen- u. Roggenstroh drahtgepreßt 1,15—1,40 Hafer, stroh, do. 0,90 - 1,15, Gerstenstroh, do. 0,90—1,05, Häcksel —.—.—, Wiesenheu, handelsübliche Ware, 2,25—2,50, Gutes Heu 3 40—3.70, Alles in Goldmark. —

Der Preis für Weißzucker

(ausschl. Verbrauchssteuer und Sack) beträgt für 50 Kilogramm netto ab Verladestelle Magdeburg und Umgebung bei Mengen von mindestens 200 Zentnern bei prompter Lieferung innerhalb 10 Tagen 16¼—16⅝ Mk. und bei Lieferung Februar—März 16⅛ - 16¾ Mk., April—Mai 16⅞—17 Mk., April—Juni 16⅝ Mk. für gemahlene Melis. Tendenz ruhig-netig. —

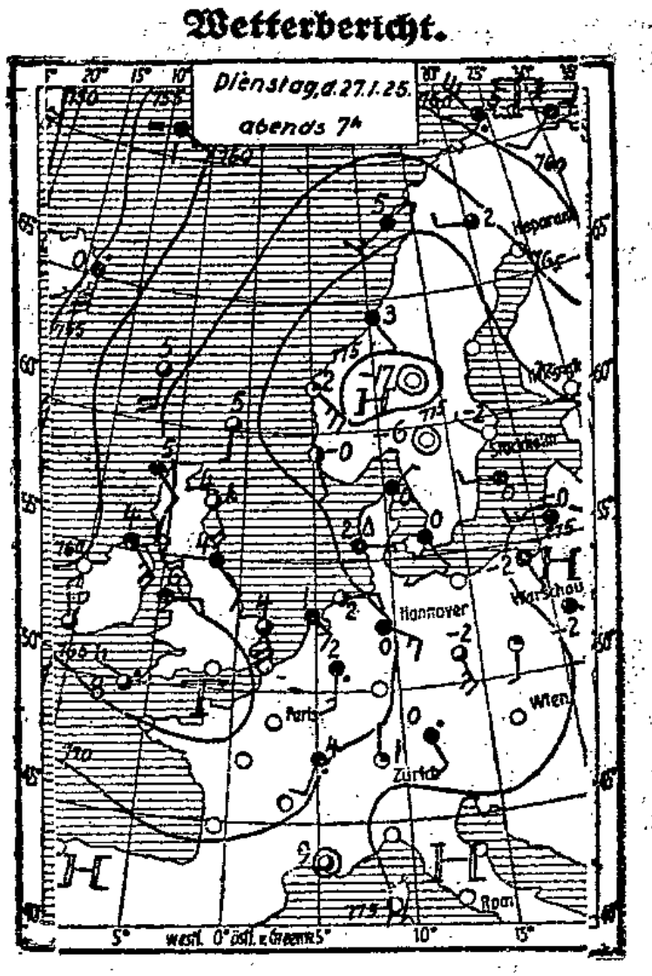
Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

Elbe.			Fall	Wuchs
Pardubitz	27. 1.	—	—	—
Brandeis	„	—	—	—
Melnik	„	—	—	—
Leitmeritz	„	— 0,70	—	—
Aussig	„	— 0,39	—	—
Dresden	„	— 1,81	—	—
Torgau	28. 1.	— 0,20	0,03	—
Wittenberg	„	+ 1,19	-	—
Roßlau	„	+ 0,45	0,03	—
Aken	„	—	—	—
Barby	„	+ 0,71	0,03	—
Magdeburg	„	+ 0,64	—	—
Tangermünde	27. 1.	+ 1,30	—	—
Wittenberge	„	+ 1,17	-	—
Lenzen	„	—	—	—
Dömitz	„	—	—	—
Dalchau	„	—	—	—
Polzenburg	„	—	—	—
Hohnstorf	„	+ 0,74	-	-

Mulde.			Fall	Wucht
Düben	27. 1.	+ 0,11	-	—
Saale.				
Grochlitz	28. 1.	+ 1,08	—	—
Trotha Ufp.	„	+ 1,88	—	—
Bernburg Ufp.	„	+ 1 08	0.04	—
Kalbe Oberpeg.	„	+ 1 56	0.02	—
Kalbe Unterpeg.	„	+ 0 66	0,05	—
Grizehne	„	+ 0,72	0,06	—
Havel.				
Brandenburg Oberpegel	27. 1.	+ 2,21	—	0,01
Brandenburg Unterpegel		+ 1,00	—	0,02
Rathenow Oberpegel		+ 1,68	—	0,02
Rathenow Unterpegel	„	+ 0,52	—	0,02
Havelberg		+ 1,90	—	—

Wetterbericht.



ERKLÄRUNG: ○ wolkenlos, ◔ heiter, ◑ halbbedeckt, ● wolkig, ● bedeckt, • Regen, * Schnee, ∞ Dunst, ≡ Nebel, K Gewitter, △ Graupeln, ▲ Hagel, ◎ Stille, —○ sehr leicht, —○ leicht, —○ schwach, —○ mäßig, —○ frisch, —○ stark, —○ steif, —○ stürmisch, —○ voller Sturm. Die Pfeile fliegen mit dem Winde. Die eingezeichneten Linien (isobaren) verbinden die Orte mit gleichem Luftdruck. Die neben den Orten stehenden Zahlen geben die Lufttemperatur an.

Die Teildepression über England dringt ostwärts vor und führt von Westen her milde ozeanische Luft heran, die in einzelnen Wellen in Mitteldeutschland hereinbricht. Dabei kommt es vielfach zu Niederschlägen, die der steigenden Temperatur entsprechend wieder in Regen übergegangen sind. Schätzungsweise wird die Temperatur morgen bis auf etwa 7 oder 8 Grad Wärme ansteigen. Auch in den Gebirgen nimmt der Frost ab, doch erhebt sich dort die Temperatur zunächst nur zeitweise und wenig über Null.

Aussichten für Donnerstag. Meist trübes, mildes Wetter mit etwas Regen in den Gebirgen Temperatur nahe Null. —

Achtung! Bücherfreunde! Achtung!

Bücherlotterie

zum Besten der Deutschen Bücherei zu Leipzig.

Ziehung am 29. April 1925.

Erster Hauptgewinn: Bücher im Werte von 3000 Mk.

Insgesamt 25 878 Gewinne.

Jedes Los Mk. 1.50 **Jedes Los Mk. 1.50**

Lose und Gewinnauslieferung in der **Buchhandlung Volksstimme,** Magdeburg, Große Münzstraße 3.

Artisten-Vereinigung „Feuerspeiender Berg"

Sonnabend, den 31. Januar 1925, abends 8 Uhr, in der

„Arkadia"

BALL

verbunden mit dem dem

Zauberkünstler Eston

aus Anlaß seines 15jährigen Bühnenjubiläums bewilligten

Ehrenabend.

Den verehrlichen Hausfrauen zur Aufklärung!

Es wird schon jetzt von Nichtfachleuten versucht, die früher Schuhcreme gekocht haben, Bratenschmalz in den Handel zu bringen, das mit unserer „Pomerania"-Marke absolut nichts zu tun hat.

„Pomerania bleibt Pomerania".

Man verlange ausdrücklich Pomerania-Bratenschmalz.

Garten- u. Baugenossenschaft e. G. m. b. H. Klein-Ottersleben.

Wir fordern hiermit alle Genossen auf, soweit sie die beiden ersten fälligen Raten der Pacht für 1925 noch nicht gezahlt haben, diese bis zum 1. Februar bei unserm Kassierer einzuzahlen. Der nächste fällige Zahlungstag ist am Sonntag den 15. Februar von 9 bis 12 Uhr bei Schütze.

Der Vorstand.

Werfen Sie ein Auge

auf den Stiefel, und nehmen Sie

Lavalin

Seine richtige Zusammensetzung ist die vollkommenste Pflege für das Leder. Nicht jedermann kann wenig getragenes Schuhwerk durch neues ersetzen, aber alte und unansehnlich gewordene Stiefel wieder neu zu machen, erreichen Sie durch Lavalin-Luxusqualität. Beachte den Namen!

Gebr. Meyer A.G. Hannover-R.

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unsrer lieben Mutter, sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, unsern herzlichsten Dank. Insbesondere den Bewohnern des Hauses Helmstedter Straße 2a sowie den Herrn Pastor Mähl für die trostreichen Worte in der Kapelle und am Grabe.

Die trauernden Hinterbliebenen

W. Thiemeden nebst Kindern

Magdeburger Privatfahrschule für Kraftfahrzeuge

— Inhaber: Oberingenieur Val. Bohland —

Bisher Abnahme-Ingenieur der Prüfungen beim Magdeburger Verein für Dampfkesselbetrieb

Anerkannt beste und vollendetste Fahrschule der Provinz (über 150 erste Referenzen auf Wunsch)

Neue Herren- sowie Damenkurse am 2. Februar

Ausbildung für Motorräder, Personenwagen, Lastwagen und Elektromobile

Beratung in allen automobiltechnischen Angelegenheiten
— Anmeldung täglich von 9 bis 7 Uhr — 2967

Bohland,

vereidigter Sachverständiger der Handelskammer Magdeburg für das gesamte Kraftfahrwesen

nur Porsestrasse 6a (früher Hohenzollernstraße)

Fernsprecher 6354 Fernsprecher 6354.

Bekanntmachung.

Am Montag den 2. Februar 1925, von vormittags 9 Uhr ab, sollen in der Waldhalle aus dem Laubholzschlage 3 B folgende Nutz- und Brennhölzer öffentlich meistbietend verkauft werden:

Holz Nr. 531 bis 730.
49 rm Eichen-Scheit,
15 rm Eichen-Stamm,
26 Schock Eichen-Busch,
95 rm Birken- und Eschen-Scheit,
24 rm Elsen- und Espen-Scheit,
16 rm Espen- und Weiden-Scheit,
250 Schock mehlert. Busch,
243 rm Elsen-Nutzrollen,
21 rm Espen-Nutzrollen,
12 rm Elsen Nutzknüppel.

Nach dem Holzverkauf kann das erworbene Holz in der Waldhalle bezahlt werden.

Burg, den 25. Januar 1925.

Die Forstdeputation.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Buckau.

Todesfälle. 20. Januar. Emma geb. Henkelmann, Ehefrau des Polizei-Assistenten i. R. Karl Steinbrecher, 69 J.

Magdeburg-Altstadt.

Todesfälle. 28. Januar. Gastwirt Gustav Henneberg, 68 J. Buchdruckereibesitzer Eduard Haenel, 71 J. Schneider Johann Kowalewski, 48 J. Emma geb. Gerloff, Ehefrau des Eisenbahn-Lokomotivführers i. R. Gustav Isensee, 58 J. Schlosser Hermann Schrader, 60 J. Emma ed. Stöber, Ehefrau des Eisenbahn-Weichenwärters Reinhold Kunnemann, Wellen, 42 J.

Manschester-Samte

zu Schulanzügen, Breeches-Hosen in Riesenauswahl, äußerst preiswert, von 3.50 bis 7.50 à Meter

2977 **G. Gehse** Johannisstraßstr. Nr. 11/14, neben d. Wilhelm-Theater.

Reichsbanner-Liederbücher

mit Noten eigaben, — 64 Seiten —

30 Pfennig.

Buchhandlung Volksstimme

Frauen-Leibchen 1.50 M. Magdeburg, Königstraße Nr. 50.

Buchbinder, guten Kontobucharbeiter und Marmorierer suchen C. Sperlin & Co., Magdeburg.

Magdeburger Fischhallen Alte Ulrichstr. 13 Fernspr. 7261 Breiteweg 89/90 Fernspr. 2953

Deutsche Seefischhandels-Aktiengesellschaft

Wir empfehlen in bester, blutfrischer Qualität 126

ff. mittelgroße grüne Heringe Pfd. 25 ₰
ff. fetten Rotbarsch topflos Pfund 35 ₰
ff. großen Seelachs im Ausschnitt Pfund 40 ₰
ff. große holländ. Stinte . . Pfund 45 ₰
ff. großen Kabeljau im Ausschnitt Pfund 50 ₰
ff. großen Schellfisch im Ausschnitt Pfund 55 ₰
ff. große Bratschollen . . . Pfund 80 ₰
ff. Fischfilet bratfertig . . . Pfund 80 ₰

Große Auswahl in Räucherwaren und Fischkonserven.

Feinste fette Makrelen-Bücklinge Pfund 50 Pf. — Kiste mit 7 Pfund Inhalt 3 Mark.

Walhalla-Gaststätten und Weinstuben Apfelstraße 12 Telephon 6603

Heute Mittwoch Beginn des Heute Mittwoch

Großen Bockbierfestes

Eine Sensation für Magdeburg!

Auftreten der neuen ungarischen Zigeunerkapelle, Dirigentin: Frl. E. Blayza / Festlich dekorierte Räume / Stimmung! Der urfidele Sachse ist eingetroffen. Humor!

3 extra billige Kurzwaren-Tage

Donnerstag, Freitag, Sonnabend

Heftgarn 50 Gramm . . . 40 ₰ 20 Gramm 17 ₰

Nähseiden-Ersatz 50-Meter-Rolle 2 ₰

Sternzwirn schwarz und weiß 50-Meter-Stern 3 ₰

Maschinengarn 1000-Meter-Rolle . . 80 55 ₰

Maschinengarn 200-Meter-Rolle . . 17 12 ₰

Stopf-Twist in Qualität, alle Farben Knäuel à 5 Gramm 7 ₰

Qualität R schwarz und weiß . . . . . Knäuel 5 ₰

Haarnetze aus echtem Haar

Stirnnetze 40×40 . . . . . Stück 10 ₰
Hauben 12×40 . . . . . Stück 7 ₰
Doppelhauben . . . . . Stück 8 ₰

Kunstseidene Tressen
schwarz in allen Breiten, farbig in zwei Breiten, alle modernen Schattierungen

Bänder

Weiße Bettgimpe	Meter 10	8 ₰
Weißes Band	verschiedene Breiten 3-Meter-Stück	10 ₰
Weißes Halbleinenband	3-Meter-Stück 16 13	8 ₰
Weißes Zugband	verschiedene Breiten Stück 5 4	3 ₰
Nahtband	weiß u. schwarz Rolle 75 55 20	15 ₰
Miederband	schwarz und weiß Meter 19	14 ₰
Schürzenband	einfarbig und gestreift 3 Stück	17 ₰
Blusen-Gummiband	schwarz und weiß Meter 12 10	8 ₰
Loch-Gummiband	Meter	30 ₰
Merzerisiert. Wäscheband	mod. Farben Meter	12 ₰
Paspelschnur	weiß und schwarz Meter 7½ bis	4 ₰
Leinen-Rouleauschnur	weiß 7-Meter-St.	28 ₰
Mako-Senkel	150, 120, 100, 80 cm lang, schwere Qualität . . . . Paar 10 8	6 ₰
Halbschuh-Senkel	Mako . . Paar 15 14	11 ₰
Halbschuh-Senkel	Kunstseide Paar 22 20	18 ₰
Rundsenkel	70 cm lang . . . Paar 12 8	6 ₰
Eisengarn-Senkel	100 cm lang 3 Paar	20 ₰
Beff-Senkel	rot 150 cm lang Stück 6 ₰, 110 cm lang Stück	5 ₰

Nadelwaren

Haarnadeln	glatt und gewellt . . 5 Pack	10 ₰
Lockennadeln	gewellt . . . . . 8 Pack	10 ₰
Zopfnadeln	glatt u. gewellt Karton = 10 Stück	5 ₰
Stahlstecknadeln	50-Gramm-Karton 25 ₰ Brief	3 ₰
Messing-Stecknadeln	100-Gr.-Karton 45 ₰ 10-Gramm-Brief	6 ₰
1 Posten Stecknadeln	auf Papier gesteckt Brief = 200 Stück	5 ₰
Näknadeln	„Blitz" . . Brief = 25 Stück	10 ₰
Stopfnadeln	alle Größen Brief = 25 Stück	15 ₰
Stricknadeln	prima vernickelt . . . Spiel	7 ₰
Häkelnadeln	Bein . . . . Stück 14 12	10 ₰
Häkelnadeln	Zelluloid . . . Stück 18 15	10 ₰
Sicherheitsnadeln	sortierte Größen Dtzd. 7	5 ₰
Kohinoor-Wäschehalter	Band mit Druckknöpfen . Paar	15 ₰
Ersatz für Büstenhalter	. . . . Paar	40 ₰
Hosenknöpfe	mit Schrift . . . Dutzend 4	3 ₰
Patent-Hosenknöpfe	. . Karton 1 Dutzend	8 ₰
Druckknöpfe	nur erstklassige Marke Kopinoor Dtzd. 8 ₰, Zukunft Dtzd.	6 ₰
Schneidermaße	gewebt . . . . Stück 30	25 ₰
Wollene Einfaßborte	schwarz und farbig breit 90 ₰, schmal	20 ₰

Armblätter m. Gummiplatte Paar 60 55 40 **35** ₰ | **Armblatt-Westen** Stück 1.75 **1.50** | **Armblätter** doppelseitiger Stoff Paar 80 70 55 **50** ₰

Täglich Eingang von Neuheiten in Kleiderbesätzen
wie schwarze und farbige Perlbesätze, bunte Seiden-Stickereien, Gold- und Metall-Einsätze und -Spitzen, Behänge in Gold-, Stahl-, Wachsperlen und Jet.

Besonders preiswerte Extra-Posten!

Ein Posten reinwollenes Strickgarn schwarz und meliert, gute Qualitäten ⅓ Pfund 1.40 1.30 1.20 **1.00**

Große Auswahl **Sport- und Jackenwolle** 2fach 100 g 1.60 4fach 100 g 1.60 1.40 **1.25**

Ein Posten Wachstuch-Reste zur Hälfte des regulären Preises

Ein Posten Frisierkämme zum Aussuchen . . . . . Stück **30** ₰

Ein Posten weiße Frisierkämme zum Aussuchen . . . . . Stück **50** ₰

Ein Posten weiße Griffkämme zum Aussuchen . . . . . Stück **1.20**

Ein Posten weiße Garnituren enthaltend: 1 Damen-Kamm, 1 Herr-Kamm, 1 Taschenkamm in Etui . . . . Garnitur **95** ₰

Gummiband-Enden Mützenband, Kunstseide 30 ₰ glatt, schwarz und gestreift . . . . . 17 **10** ₰

Ein Posten Hemdenknöpfe gute Qualität, mit versilberten Ösen, diverse Größen . . . . . Karte **15** ₰

Masken-Artikel

Gold- und Silber-Lahnband, alle Breiten, Gold und Silber-Besätze, Spitzen, Fransen, Schnüre, Schellen, Münzen, Flitter. Woll. Maskentücher in blau, rot, grün, schwarz, weiß und bunt.

Tarlatan, Masken-Samt u. -Atlas in großer Auswahl.

Marabus u. Straußfedern-Besätze in allen Modefarben.

Masken-Fächer
in weiß und farbig, aus Papier, Holz und Zelluloid
Große Auswahl — Besonders billig

H. Lublin

Tarragona rot
Ein Patent-Grude (Kleiber) und eine guterhaltene Plüschgarnitur (Sofa und Sessel) sehr billig abzugeben Prälatenstraße 32. Hof Quergebäude III. 165
Tapezier-Werkstatt

ca. 19 Vol.-% Alkohol erstklassige Ware pro Liter . . 2.00 vom Faß ½ Flasche 1.50
Malaga gold ½ Fl. 2.00
Jerez Sherry „ 2.00
Frz. Kognak „ 1.25
Moselblümchen „ 2.50
Martini & Rossi, Turin
Gesch- und Likörweine p. Fl. 0.75 alles inkl. Steuer ohne Glas prima Qualitäten
Kaufmann-Quelle
Kaiser-Friedrich-Straße 2

Federbetten 2.60, Bettfedern 15.00, Matratzen 1.50, gut arbeitende Uhr, Taschenuhr 12.00, 1 Posten Stahlmöbel Nr. 1 00.— Max Eckstein jr., Königsbergerstraße 5a.

Sofa-Schaukel 1.75 ℳ Max Eckstein jr., Königsbergerstraße 5b.

Kaufe Kanarienvögel Eltner, Leipzigerstraße 26.

Ein Posten Koffer von 4 ℳ an Max Eckstein jr., Königsbergerstraße Nr. 5b.

Piano
gebraucht, in tadellosem Zustande, verkauft
W. Riemer
Klavierbauer.
Ostfr. 1 (Werder).

Tiegeldrucker
durchaus erfahren in der Behandlung von feinen Akzidenzarbeiten, in dauernde, angenehme, gut bezahlte Stellung gesucht. Angebote unter Vorlegung von Zeugnissen und Gehaltsansprüchen erbeten an die 41
Buchdruckerei A. Wohlfeld

Offset-Drucker
für feinste mehrfarbige Offset-Masterarbeiten in dauernde, gut bezahlte Stellung gesucht von Buchdruckerei
A. Wohlfeld.
Meldungen im Bureau von 8 bis 1 und bis 5 Uhr Gelegenheit zur Ausbildung in erstklassigem Mehrfarbendruck. 91

Grammophon-Reparaturen Apparate von 30.00 Mark an Teilzahlung gestattet.
Müller, Apfelstraße 6.
Tel. Nebenanschl. 3146.

1 Post. Barchenthemd. 2.50 ℳ Max Eckstein jr., Königsbergerstraße Nr. 5b.

Palms Sohlen sind die Besten!
Herren-Sohlen u. -Absätze 3.50
Damen-Sohlen u. -Absätze 2.50
Kinder je nach Größe.
Breiter Weg 118.
Annahmestellen:
Schuhhaus H. Jeden, Schopenstr. 5.
H. Herzog, Buckau, Basedowstraße 4.
W. Palm, Neustadt, Neuhaldensleber Str. 24.

An alle Asthmaleidende!
Hören Sie das Urteil Ihrer Leidensgefährten:
„Die Kur mit NYMPHOSAN-SIRUP brachte mir glänzenden Erfolg. Das vom Fahle herrührende Asthmaleiden ist gänzlich beseitigt und an Stelle der Melancholie ist höchste Lebensfreude getreten, indem ich Ihnen nochmals meiner Zufriedenheit Ausdruck gebe, zeichne ich hochachtungsvoll H. L. in M."
So und ähnlich lauten die fast täglich bei uns eingehenden Dankschreiben. Best.-Bals. Myrr. eqo. 3%, Na br. 2%, Malt. 20%, Succh. 15%, f. ernährt. Preis pro Flasche Mk. 3.—. Zu haben in Apotheken, Drogerien-Apotheke.
Alleinhersteller: Nymphosan A.-G., München 28.

Am 2. Februar beginnen neue Kurse in allen Handelsfächern.
Kfm. Gymnas. kaufm. Privatschule
Inhaber: Hermann Nieß, Kaiserstraße 1.
Telephon 2742.

legt, wird geantwortet, daß der Abschluß noch nicht erfolgen könnte, weil noch einige Ausstände bestehen. Ueber den Abbau von Beamten wird in geheimer Sitzung beraten. Zu letzterm sei erwähnt, daß in der Kreiskommunalverwaltung zurzeit 14 Beamte, 30 Angestellte und 122 Arbeiter beschäftigt und daß seit Oktober 1923 1 Beamter und 14 Angestellte abgebaut sind. —

*

Alt- und Neuhaldensleben. Betriebsräte-Vollversammlung. Für die Betriebsräte von Alt- und Neuhaldensleben und Umgegend findet am Donnerstag den 29. Januar, abends 8 Uhr, in Neuhaldensleben bei W. Herzog eine Vollversammlung statt. Da eine wichtige Tagesordnung zu erledigen ist, müssen sämtliche Betriebsräte erscheinen. Ein Vortrag über die Unfallversicherung wird vom Genossen Feldmann gehalten werden. —

Neuhaldensleben. Parteiversammlung. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei findet am Freitag den 30. Januar, abends pünktlich 8 Uhr, bei W. Herzog statt. Genosse Fritz Voigt wird über „Das Wohnungs- und Siedlungswesen in der Stadt Neuhaldensleben" sprechen. Es ist dringend notwendig, daß alle Parteigenossinnen und -genossen in dieser Versammlung erscheinen. Auch wird aus der Stadtverordneten-Sitzung Bericht erstattet. —

Neuhaldensleben. Brotpreiserhöhung. Seit einigen Tagen haben die Bäcker abermals den Brotpreis um 5 Pfennig nach oben geschraubt. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß für das Brot 40 Prozent mehr als im Frieden gezahlt werden muß, während die Löhne und Gehalte noch erheblich gegen das Friedenseinkommen zurückbleiben. Es muß Aufgabe der Preisprüfungsstelle sein, einmal zu prüfen, ob die abermalige Erhöhung um 5 Pfennig tatsächlich notwendig war. Das deutsche Volk wird noch mit Schrecken gewahr werden, was ihm von der unter großagrarischem Einfluß stehenden Reichsregierung noch alles zugemutet werden wird. Kommt die Einführung der Getreidezölle, wie sie die Landwirtschaft verlangt, dann werden wir einen Brotpreis zahlen müssen, wie wir ihn uns jetzt nicht vorstellen können. Das deutsche Volk hat es aber nicht anders gewollt. Hoffentlich bekommen die deutschen Wähler bis zur nächsten Wahl die Augen auf. —

Neuhaldensleben. Die staatsbürgerlichen Vorträge der Reichszentrale für Heimatdienst finden am Sonnabend und Sonntag in der Aula des Seminars statt. Am Sonnabend nachmittag 3 Uhr spricht Kaufmann Dr. Schwanecke (Wernigerode) über „Die treibenden Faktoren der Weltpolitik und Weltwirtschaft". Am Sonnabend nachmittag 5 Uhr spricht Bürgermeister Kleeis (Aschersleben) über „Grundfragen unsrer Wirtschafts- und Sozialpolitik", und am Sonntag vormittag 11 Uhr (nicht um 10 Uhr) spricht Studienassessor a. D. Bartz (Halle) über „Verlorenes und bedrohtes Land". Wir können den Besuch dieser Vorträge unsern Funktionären sowie allen Genossen, die Interesse an ihrer Weiterbildung haben, aufs wärmste empfehlen. — Anträge auf Herabsetzung der Hauszinssteuer. Der Magistrat gibt bekannt: Die Frist für die Einreichung von Anträgen auf die Herabsetzung der Hauszinssteuer auf ¼ wegen Minderbelastung, für die Zurückzahlung der Beihilfen aus öffentlichen Mitteln (Zuschußbauten) ist bis zum 31. März verlängert worden. —

Kreis Wanzleben.

Bebendorf-Sohlen. Parteiversammlung heute Mittwoch, abends 8 Uhr, beim Genossen Kohlfärber. Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Brandenburg über die politische Situation. Alle Parteigenossen müssen erscheinen, um sich über das schamlose, die Arbeiterinteressen schädigende Verhalten der kommunistischen Spießbürger zu informieren. Alle Genossen müssen auch ihre Frauen mit zur Versammlung bringen. Auch die mit unsrer Partei sympathisierenden Landarbeiter und unsre Wähler sind freundlichst eingeladen. —

Langenweddingen. Die Gemeindevertretung hält am Freitag abend 8¼ Uhr eine öffentliche Sitzung ab. — Eine öffentliche Versammlung der Sozialdemokratischen Partei findet am Sonntag, abends 8 Uhr, im Brauneschen Lokal statt. Reichstagsabgeordneter Genosse Silberschmidt wird sprechen. Vollzähliges Erscheinen sämtlicher Arbeiter ist erforderlich. —

Hohendodeleben. Eine Versammlung der hiesigen Mitglieder des Konsumvereins Groß-Ottersleben lagte am Sonnabend bei Cördt. Geschäftsführer Günther gab den Geschäftsbericht. Der Umsatz der einzelnen Verkaufsstellen hat sich gegenüber der Inflationszeit gehoben, hat aber den Stand der Vorkriegszeit noch nicht erreicht. Die hiesige Verkaufsstelle stand früher an erster Stelle, im abgelaufenen Geschäftsjahr aber an vierter. Viele Mitglieder kaufen noch bei denen, die die Arbeiter bei jeder Gelegenheit bekämpfen. Viel mehr könnte für die Mitglieder herausgeholt werden, wenn die Geschäftsteile besser eingezahlt würden. Die Sparkassenguthaben sind mit 25 Prozent aufgewertet und werden, wenn der Sparer weitere Spargelder einzahlt, mit 12 Prozent verzinst. Klagen über unsre Verkaufsstelle wurden nicht erhoben; die Tätigkeit unsers Lagerhalters wurde allseitig anerkannt. Genossinnen, Arbeiterfrauen, tragt euer sauer verdientes Geld nicht zu denen, die eure ärgsten Feinde sind. Ihr schimpft, wenn diese Leute sich bei Wahlen gegen euch zusammenschließen, wenn sie Mitglieder des Stahlhelms und andrer reaktionärer Vereine sind. Aber die richtige Schlußfolgerung zieht ihr oft nicht daraus. Kauft in euerm eignen Geschäft, entzieht den Reaktionären die Mittel, mit denen sie euch dauernd bekämpfen. Unsre Genossenschaftsmühle hat die Sparguthaben aufgewertet, unser Konsumverein hat aufgewertet. Hat die Spar- und Darlehnskasse Hohendodeleben schon aufgewertet? Arbeiter, denkt nach und handelt dann wie es in euerm Interesse liegt! —

Schwaneberg. In öffentlicher Versammlung sprach Landtagsabgeordneter Genosse Ferl über die Ergebnisse im Landtag und schilderte das skandalöse Verhalten der Kommunisten. Die Versammlung war entrüstet über den Verrat der Kommunisten und ihre reaktionäre Haltung besonders in Preußen. Weiter schilderte Genosse Ferl die Folgen einer Rechtsregierung im Reich und in Preußen für die Arbeiterschaft und feuerte alle an, sich rege an der Ausbreitung unsrer Partei und Presse zu beteiligen. Dann fand die Mitgliederversammlung der Partei statt. Der Vorsitzende, Genosse Moritz, gab den Bericht von der Konferenz in Etgersleben und den Kassenbericht. Er ermahnte die Mitglieder, sich mehr an den Konferenzen zu beteiligen. Der Zahlstellenleiter des Landarbeiterverbandes, Genosse Mallach, erstattete Bericht über das Referat des Kreisleiters Schrader in Etgersleben. Er schilderte dann weiter, wie die Großgrundbesitzer mit den Landarbeitern umgehen. Ein hiesiger Großgrundbesitzer entließ die seit Mai beschäftigten Arbeitslosen kurzerhand, weil sie ihr tarifliches Recht verlangten. Er gab als Grund Arbeitsmangel an. Trotzdem beschäftigt dieser Besitzer etwa 30 Ausländer, für die also kein Arbeitsmangel ist. Die Landarbeiter müssen alles daransetzen, um den letzten Mann für den Verband und die Partei zu gewinnen. Es wurde dann zum Schluß der Antrag an den Vorstand gestellt, eine Werbewoche zu veranstalten.

Stadtkreis Burg.

Volkshochschulkurse. Unsre Genossen machen wir darauf aufmerksam, daß die Einzeichnungen zu den neuen Kursen in der Volkshochschule bis Freitag abend im Arbeitersekretariat erfolgt sein müssen, da die Vorlesungen am 2. Februar beginnen. —

Kriminalbericht. Einem auswärtigen Schüler der Diesterwegschule wurde ein Herrenfahrrad, Marke „Ideal" gestohlen. — In einem Grundstück der Friedenstraße wurde abends gegen 9 Uhr ein Einbruchsdiebstahl versucht. Die Täter wurden verscheucht. Am Tatort wurde ein Schlüssel gefunden. Ermittlungen sind eingeleitet. — Im Bureau der Kriminalabteilung werden von jetzt an bearbeitet: Ausstellung von Führungszeugnissen, Waffen- und Jagdscheinen, Zulassungsbescheinigungen für Kraftwagen usw. und Ausstellung von Führerscheinen. —

Kreis Kalbe.

Barby. Die Kirchenwahl. Die Wahlvorschläge unterschieden sich nur darin, daß einer kurz und der andre lang war. Der kurze war jedoch der Vater des langen und wurde erst dadurch verstümmelt, daß eine Reihe von Personen von ihm auf den andern übersprang. Durch diesen Sprung vom dunkeln Vorschlag zum schwarzen kam Leben in die Geschichte, so daß fast 50 Prozent Wahlbeteiligung zu verzeichnen war. Der neunköpfige Kirchenrat muß erst durch das Los bestimmt werden, denn jeder Vorschlag erhielt 174 Stimmen. Die 40köpfige Kirchengemeinde-Körperschaft ist aus 21 Dunkeln und 19 Schwarzen zusammengesetzt. —

Förderstedt. Ortsausschuß der freien Gewerkschaften. Die Versammlung war nur mäßig besucht. Es scheint vielen Arbeitskollegen noch nicht bekannt zu sein, daß hierorts wieder ein Ausschuß besteht, der die Arbeiten für eine gedeihliche und gesunde Gewerkschaftsbewegung übernommen hat. Genosse H. Wunderling, Vorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Atzendorf und Umgegend, hielt einen Vortrag über das Krankenkassenwesen. Dann sprach Genosse Otto Franz (Kalbe) über „Die Volksfürsorge als gewerkschaftlich-genossenschaftliches Versicherungswesen" der Arbeiterschaft. Er legte Zweck und Ziele des Unternehmens dar. Da die Volksfürsorge den Charakter der Gemeinnützigkeit trägt und keine privatkapitalistischen Grundsätze verfolgt, so sind auch die Versicherungsbedingungen sehr vorteilhaft. Es ist deshalb Pflicht aller Gewerkschaftler, dieses Institut der Arbeiterschaft zu fördern. In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß es nunmehr regelmäßig Brot im Konsumvereins-Lager gibt, welches etwa 250 Gramm schwerer ist als aus Privatbäckereien, und außerdem gibt es noch Rabattmarken. —

Sozialdemokratischer Verein Schönebeck u. Umg.

Freitag den 30. Januar, abends 8 Uhr, im gelben Saale des „Stadtparks"

Generalversammlung.

Pflicht aller Mitglieder ist pünktliches Erscheinen. Der Vorstand.

Staßfurt. Aenderung in der Wohnungszuweisung. Staßfurt ist dem Beispiel andrer Städte gefolgt und hat für die Zuweisung kleiner Wohnungen bis zu drei Räumen einschließlich Küche und Zubehör eine andre Reglung getroffen. Solche Wohnungen können vom Hausbesitzer direkt, also ohne besondere Zuweisung seitens des Wohnungsamts, an den Wohnungsuchenden vermietet werden, wenn dieser im Besitz einer besondern roten Ausweiskarte ist. Diese Karte wird vom Wohnungsamt solchen Wohnungsuchenden ausgestellt, die in der Wohnungsliste als dringlich vorgemerkt sind. Das Recht des Hausbesitzers, an Inhaber roter Karten zu vermieten, erlischt, wenn nicht innerhalb 6 Tagen nach Freiwerden der Wohnung die freigewordene Wohnung beim Wohnungsamt angemeldet ist. Der mit dem Inhaber der roten Karte abgeschlossene Mietvertrag ist dem Wohnungsamt zur Genehmigung vorzulegen, und erst nach erfolgter schriftlicher Genehmigung darf die Wohnung bezogen werden. Daß die mit diesen Maßnahmen angestrebte Erleichterung der Wohnungsbeschaffung erreicht wird, glauben wir nicht. Erhält der Hausbesitzer doch das Recht, unter einer Anzahl von Wohnungsuchenden sich den ihm passenden auszusuchen, so daß die Gefahr des Kaufes von Wohnungen besteht. Sollte das eintreten, so muß die neue Reglung sofort wieder rückgängig gemacht werden. Besser wäre es gewesen, diese Durchbrechung erst gar nicht einzuführen. —

Stadtkreis Aschersleben.

Aschersleben. Einem Mitglied des Betriebsrats der Kaliwerke war während der vorübergehenden Betriebseinstellung im Sommer des vergangenen Jahres gekündigt worden, ohne daß die Zustimmung der Betriebsvertretung vorlag. Die Firma begründete das damit, daß die „Betriebsstillegung" die Zustimmung entbehrlich gemacht habe und daß während der Werksbeurlaubung ein Betriebsrat überhaupt nicht vorhanden gewesen sei. Das Kaufmannsgericht erkannte das aber nicht an und erklärte die Kündigung als unwirksam. Hiergegen legte die Firma Berufung beim Landgericht Halberstadt ein. Dieses bestätigte aber die Entscheidung des Kaufmannsgerichts. Die Zustimmung sei erforderlich gewesen. Der Gekündigte hätte im Betrieb anderweit beschäftigt werden können, da die kaufmännische Abteilung überhaupt nicht stillgelegt worden war. Nach der Halberstädter Entscheidung wollte die Firma noch die Zustimmung des Betriebsrats einholen. Der dieserhalb angerufene arbeitsgerichtliche Schlichtungsausschuß (Kaufmannsgericht) versagte die Genehmigung ebenfalls. —

Altmark.

Tangermünde. Reichsbund der Kriegsbeschädigten. In der Hauptversammlung, die besonders von Hinterbliebenen zahlreich besucht war, wurde der Jahres- und Kassenbericht erstattet. Nach stillem Gedenken der im Laufe des Jahres verstorbenen Mitglieder berichtete der 1. Vorsitzende über die auf der Reichskonferenz in Magdeburg erörterten Fragen. Ein reger Meinungsaustausch schloß sich diesem Bericht an und beleuchtete die Notwendigkeit der von der neugewählten Volksvertretung für die Kriegsopfer noch zu leistenden Arbeit. Neben der Schaffung einer Gesetzgebung, die den Witwen eine auskömmliche Rente sichert, ist der Frage der Berufstätigkeit der Witwen noch immer die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden; nicht um die Aufgabe des Staates in der Rentenfrage zu erleichtern, sondern um den Witwen so viel Lebensinhalt und Vertrauen zu sich selber zu geben als möglich ist. Bei der Vorstandswahl wurden die beiden Vorsitzenden, Kort und Hagedorn, die Schriftführerin Frau Lange und der Kassierer Retter wiedergewählt; 2. Schriftführer wurde Herrmann und Beisitzer Pfaffrodt und Dietze sowie die Frauen Hilger, Dietzel, Apenberg und Brückner. Nach Bekanntgabe verschiedener Organisationsangelegenheiten wurde allen Gebern gedankt, die durch ihren Opfersinn die Weihnachtsfreude für die Kinder der gefallenen Kameraden mit ermöglichen halfen. Am Versammlungsschluß wies Kamerad Thielbeer bei der Aufforderung an die noch Fernstehenden, sich der Organisation anzuschließen, darauf hin, daß der Reichsbund als die stärkste und berufenste Vertretung der Kriegsopfer durch sein Wirken den Behörden und der Oeffentlichkeit eine Mahnung sei, die Versprechungen vom Dank des Vaterlandes einzulösen durch wirtschaftliche Sicherstellung der Kriegsopfer und Ausbau der Versorgung und Fürsorge. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Hohendodeleben. Unsre Generalversammlung war sehr gut besucht. Vom Gautag in Magdeburg und von der Kreissitzung in Ottersleben wurde Bericht erstattet. In den Vorstand wurden gewählt die Kameraden Bückmann, Vorsitzender, Kunze, Kassierer, O. Wille, Schriftführer, Arnold und Roloff, Beisitzer, Herrmann und Schwarz, Jugendleiter. Am 22. Februar nimmt die Ortsgruppe geschlossen an dem Bundestag in Magdeburg teil. Der Festbeitrag wird in den nächsten Tagen eingeholt. Kameraden, viele Republikaner haben sich in unserm Orte bereits dem Reichsbanner angeschlossen, aber noch steht ein großer Teil abseits. Die Anstrengungen der Reaktion von rechts und links müssen auch diesen die Augen öffnen, daß sie der republikanischen Schutzorganisation beitreten müssen. Die nächste Versammlung findet am Sonntag den 15. Februar, nachmittags 3 Uhr, bei Coerdt statt. Es wird ein Vortrag gehalten. Gäste sind willkommen. —

Westeregeln. Die Generalversammlung wählte in den neuen Vorstand die Kameraden Otto Krakowsky zum 1. Vorsitzenden, Otto Näter zum 2. Vorsitzenden, Alwin Keune zum 1. Schriftführer, Karl Franke zum 2. Schriftführer, Georg Mollweide zum Kassierer und Karl Schneider und Alwin Dieferi zu Beisitzern. Zum Hundertschaftsführer wurde Kamerad Krakowsky bestellt. —

Bahlsdorf. Jeden ersten Sonntag im Monat, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokal von Krause die Monatsversammlung der Ortsgruppe des Reichsbanners statt. — Am Sonnabend den 28. Februar veranstaltet die Ortsgruppe abends einen republikanischen Abend. Alle Republikaner sind willkommen. —

Förderstedt. Republikanischer Abend. Einem lange gehegten Wunsche der Republikaner folgend, veranstaltet das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold am Sonntag den 1. Februar, abends 7½ Uhr, in der „Linde" einen Republikanischen Abend. Eine Reihe heiterer Vorträge sowie lustige Theaterstücke sollen das öde Einerlei des Tages vergessen machen. Einladungen und Programme sind bei den Kameraden W. Faatz, Kirchhofstraße, O. Luther, Kleistraße, und im Konsumvereinslager zu haben.

Aus den Gerichtssälen.

Schwere Strafen wegen Wildbieberei.

Die Arbeiter Willi Steglitz und Wilhelm Schulze aus Wolmirstedt, beide bereits schwer vorbestraft, sind im Sommer 1924 in der nähern und weitern Umgebung Wolmirstedts des öftern auf Wildbiebereien gegangen. Sie hatten sich zu dem Zwecke mit Jagdflinten, Steglitz außerdem noch mit einer Pistole bewaffnet. Die Beute — im ganzen fünf Rehe — verkauften beide gemeinsam in Magdeburg. Bei einer dieser Wildbiebereien wurde Steglitz in der Nähe von Rogätz von einem Gutsbeamten überrascht, auf den der erst 21 Jahre alte Steglitz mehrere Schüsse abgab, so daß der betreffende Beamte schwer verwundet zusammenbrach.

Steglitz wird sich wegen dieser Tat wegen Mordversuchs noch vor dem Schwurgericht zu verantworten haben. Wegen der Wildbiebereien in drei Fällen standen beide Angeklagte vor dem Schöffengericht. Sie sind geständig. Der Staatsanwalt beantragte gegen Steglitz wegen gewerbsmäßigen Jagdvergehens 2 Jahre und gegen Schulze 1 Jahr Gefängnis. Das Gericht betonte die Gefährlichkeit der Wildbieberei, die nicht selten einen so unglücklichen Ausgang nehme wie im Falle Steglitz, sah die Sache aber doch milder an und verurteilte Steglitz zu einem Jahr und Schulze zu acht Monaten Gefängnis. Beiden Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre aberkannt, außerdem wurde die Polizeiaufsicht für zulässig erklärt. —

Betrügereien.

Der Dachdecker Adolf Bensch stand wegen Betrugs und Urkundenfälschung vor dem Schöffengericht. Der Angeklagte war zuletzt in Barleben beschäftigt und hatte sich wieder einigermaßen Vertrauen erworben. Jedoch hielt er es in dieser angenehmen Lage nicht lange aus. Er beging wieder Betrügereien. So ließ er sich unter fremdem Namen 2 Pfund Gehacktes und ein Brot geben, ohne jemals Anstalten zu machen, die Waren zu bezahlen. Aehnliche Betrügereien beging er bei armen Arbeiterfrauen, von denen er sich 2,80 und 3 Mark unter Vorspiegelung falscher Tatsachen borgte. Die Frauen, die dieser Verlust äußerst schwer trifft, warten heute noch auf ihr Geld. Um sich kreditwürdiger zu machen, schrieb er selbst an sich zwei Postkarten im Auftrag einer Fürsorgestelle, die ihm mitteilte, daß er sich 480 Mark abholen solle, als Ausgleich für zuwenig gezahlte Rente.

Der Angeklagte bestreitet, diese Karten selbst geschrieben zu haben. Der Schriftsachverständige, Justizobersekretär Arnold, bekundet aber, daß es einwandfrei feststeht, daß der Angeklagte die Karten selbst geschrieben hat. Das Gericht verurteilte ihn wegen Rückfallbetrugs und vollendeter Urkundenfälschung zu drei Monaten zwei Wochen Gefängnis. Die Geringfügigkeit des Objekts wurde strafmildernd in Betracht gezogen. —

Wegen einer Tafel Schokolade 1 Monat Gefängnis?

Ein Eisenbahnarbeiter fand beim Verladen einer Sendung Schokolade eine offene Kiste, aus der er eine Tafel Schokolade entnahm, sie gleich an Ort und Stelle verzehrte, die Kiste wieder zunagelte und dann seine Tätigkeit fortsetzte. Dieser Vorgang wurde beobachtet. Wegen dieses Diebstahls aus einem amtlichen Gewahrsam stand der Bahnarbeiter vor dem Schöffengericht. Er war voll geständig. Der Staatsanwalt sah in dem Angeklagten einen ungetreuen Eisenbahner, der wegen seines Vergehens eine empfindliche Strafe erhalten müßte. Er beantragte einen Monat Gefängnis. (!)

Rechtsanwalt Dr. Hammerschlag wies mit Recht darauf hin, daß es wohl in der heutigen Zeit schon eine harte Strafe sei, die Arbeitsstelle zu verlieren. Wegen dieser einen Tafel Schokolade nun auch noch gegen den Mann 1 Monat Gefängnis zu beantragen, ist deswegen schon reichlich hart, weil das Vergehen des Angeklagten hart an Mundraub grenzt. Das Gericht schloß sich der Ansicht des Verteidigers an und verurteilte den Angeklagten zu 10 Mark Geldstrafe. Die Tafel Schokolade kommt dem Angeklagten doch auch reichlich teuer zu stehen. —

Dixin
Henkel's Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und von ausgezeichneter Waschwirkung!

Kein vis-à-vis.
Leihhaus Peters
Neuer Weg 14
beleiht alle Gegenstände zu höchsten Preisen.

Achtung!
Elegante neue Maskengarderobe
(2 bis 4 M) verleiht
Maskon-Atelier
Dodendorfer Str. 6 II.

Das wildeste und erschütterndste Autorennen der Welt zeigt der neue Fox-Film

Jagdruf der Liebe

der Film der tausend Sensationen.

Zentral-Theater

Heute
7½ Uhr
Letzte Vorstellung:

Casanova

Paul Lincke
als Gastdirigent.

Voranzeige.

Morgen Freitag
Premiere 224

Zigeunerbaron

Operette in 3 Akten von J. Schnitzer
Musik von Johann Strauß.
Keine erhöhten Preise!

Siebentägiger Kartenvorverkauf an der Theaterkasse und an den bekannten Vorverkaufsstellen.

UT Storch UT

Heute bis Donnerstag

Stuart Webbs

Größte Sensation!
Ferner:

Neuyork bei Nacht

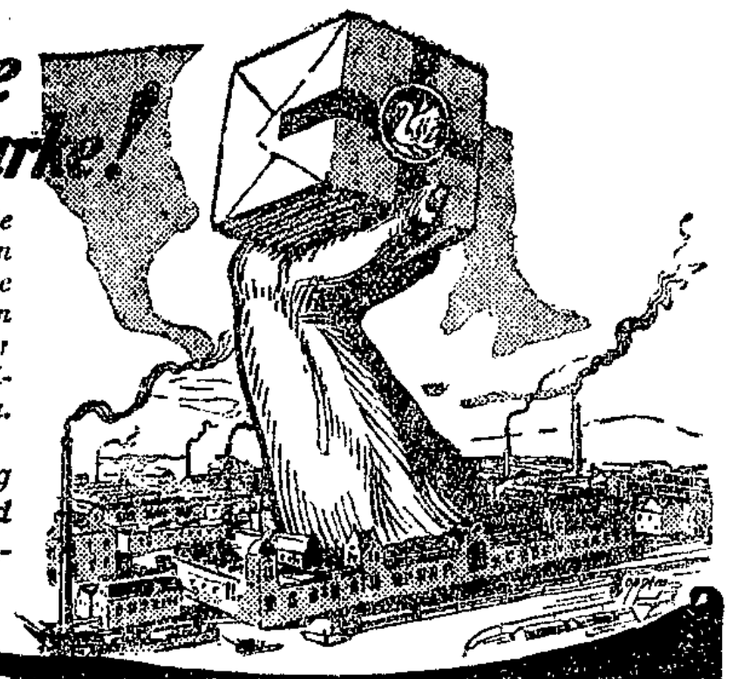
Aus den Lasterhöhlen einer Großstadt.
Dazu:

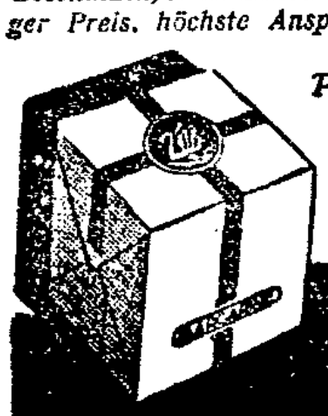
Löwenhochzeit

Stellenangebote haben den besten Erfolg in der **Volksstimme**

Die hervorragende Marke!

Aus innerem Wert heraus bricht sich das Gute Bahn. Tausend und aber tausend Hausfrauen haben den Wert der Feinkostmargarine „Schwan im Blauband" erkannt, deren gute Eigenschaften, köstliches Aroma, feiner Geschmack, beste Bekömmlichkeit und billiger Preis, höchste Ansprüche befriedigen.





Preis 50 Pfennig das Halbpfund in der bekannten Packung.

Schwan im Blauband

frisch gekirnt

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband" das farbig illustrierte Familienblatt „Die Blauband-Woche" gratis zu verlangen.

Heute letzter Tag!

Magdeburger Lichtspiele

Heute letzter Tag!

Kammer

Harry Piel

Der Mann ohne Nerven.

Im Hotel zur Nachtigall

glänzende amerikanische Groteske.

Die neueste Deuligwoche.

Beginn werktags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Panorama

Tom Mix

der galante Tollkopf, in dem großen William-Fox-Film

Unter den Wölfen von Alaska

Grete Reinwald, Carlo Ferro
in

Die Galgenbraut

ein romantischer Sittenfilm aus wildbewegter Zeit.

Beginn werktags 5 Uhr. Sonntags 3 Uhr.

Walhalla

Schwedenblut

Die Tragödie einer Verführten ist das Leitmotiv dieses trotz seiner Schlichtheit ergreifenden Filmwerks.

Fatty in seiner neuesten lustigen Komödie d. Fatty-Millionen-Kl.

Fatty als Petroleum-König

Menschenmassen vor Lachen zu Tränen gerührt. Außerdem:

Die neueste Trianon-Auslands-Woche

Spielzeit: Sonntags 3 Uhr, werktags 5 Uhr.

Füll

Zwei brennende Fragen:

Wer war der Vater?

Ist sie die Kindesmörderin?

Außerdem der entzückende Sportfilm:

Aus eigner Kraft.

Stadttheater

Donnerstag den 29. Januar
Anf. 7½ Uhr 4. Abend Ende g. 11 Uhr
Erstaufführung!

Die heilige Johanna

Dramat. Chronik von Bernard Shaw.

Freitag den 30. Januar
Anf. 7 Uhr 3. Abend Ende 10½ Uhr

Margarete (Faust)

Wilhelm-Theater

Offene Vorstellungen:

Freitag den 30. Januar
Der große Schlager! Anfang 8 Uhr

Die tote Tante und andere Begebenheiten

von Kurt Goetz.

Sonntag den 1. Februar
Der große Erfolg! Anfang 8 Uhr

Das Konzert

Lustspiel von S. Bahr.

Donnerstag den 29. Januar
Sondervorstell. f. d. Volksbühne. Anf. 8 Uhr: Die junge Gräfin, heit. Oper von F. L. Gaßmann.

Welchen Beruf hat Max?

Ganz Berlin rätet, welches Metier der von Reinhold Schünzel in dem Film „Lumpen und Seide" dargestellte „Max" hat. Dieser „Max" ist seine Meisterleistung. Die Presse schreibt über diesen Berliner Typ.

„Montag-Morgen" vom 12. 1. 1925:

Eins erscheint durch diesen meisterhaft gedrehten und gespielten, lustigen und realistischen Film einwandfrei bewiesen und wird nie wieder als Gesprächsstoff in Frage kommen: Daß die Welt bis heute in dem Irrwahn gelebt hat, die Berliner hätten keinen Humor. Denn Max, das ist der Held des Stückes, von Reinhold Schünzel bis zur Blasphemie richtig und überrealistisch gespielt, daß es einen beutelt vor Grauen und Gelächter, entweiht zugleich alles, was die Berliner bisher in ihrem humoristischen Repertoire führten an „Bei mir" und „knorke" und „kesse Sohle" und „weiche Birne" und der berühmte Ellbogen und sonstige Galizianiernen. O nu da hat sich in dankenswerter Offenheit ein hochbegabter Künstler an das schwierige Werk oes st und um erstenmal einen wirklichen, rücksichtslosen Berliner Film gedreht, vielleicht zum erstenmal überhaupt die Attrappen der Großstadt in Bewegung gesetzt und ohne Sentiment, unverfälscht aufgenommen. Das Manuskript ist ausgezeichnet und nicht mißzuverstehen.

Kammer-Lichtspiele

Premiere Freitag nachmittag 4 Uhr.

Städt. Orchester

Stadttheater

Statt Mittwoch den 28. Januar
Montag den 2. Februar
abends 7½ Uhr

7. Sinfoniekonzert, Abt. A III

Leitung:
Generalmusikdirektor **Walter Beck**
Solist:
Wilhelm Guttmann, Bariton (Berlin, Große Volksoper)

1. **Coelaolieri:** Ouvertüre (Uraufführung)
2. **Debussy:** L'après — midi d'un faune
3. **Mahler:** Lieder eines fahrenden Gesellen
   Wolf: Drei Lieder mit Orchester
4. **Beethoven:** V. u. Sinfonie

Die öffentliche Hauptprobe findet
Sonntag den 1. Februar
vormittags 11½ Uhr
im Stadttheater statt.

Eintrittskarten bei Heinrichshofen ½ Stunde vor Beginn auch an der Theaterkasse.

Ortsgruppe Wedringen
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Zu dem am Sonnabend den 31. Januar, abends 8 Uhr, stattfindenden 116

Gründungs-Ball

nebst

— Werbeabend —

laden wir Freunde und Gönner freundlichst ein

Der Vorstand und Gastwirt Berg.

Auch Sie

müssen die einzige sozialistische Wochenschrift

Die Glocke

lesen. Verlangen Sie sofort die Zustellung dieser bestunterrichteten Zeitschrift von ihrer Zeitungsträgerin.

Jede Woche nur 30 Pfennig

Buchhandlung Volksstimme.

Der

Jagdruf der Liebe

ein wildes Rennen nach einem Mädchen und nach Gold.

Autofahrer aus der ganzen Welt kommen jährlich, um das große Autorennen in Indianapolis zu sehen. In diesem Film wurde es festgehalten.

---

1 Post. prima **Einsatzhemden** Stück 2.25 ℳ
Max Eckstein jr.,
Königshofstraße 5a.

Das hat die Welt noch nicht gesehen!

ist diesmal das Motto für die

Große Redoute

3068 in

Stadtloburg

am Mittwoch den 4. Februar.

Die größte Sensation der Faschingszeit!

Allgem. Ortskrankenkasse

für Schönebeck und Umgegend.

Bekanntmachung.

Durch Beschluß des Verwaltungsausschusses des gewerkschaftlichen kommunalen Arbeitsamts sind die Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge ab 26. Januar d. J. auf 1½ Prozent des Grundlohns erhöht.

Der Erwerbslosenfürsorgebeitrag beträgt jetzt 5 Prozent des Kassenbeitrags.

Der Vorstand.
Fr. Sarteng. Th. Kühne.

Neue prachtvolle **Neue**

Brautbetten, eirz. Bettbezüge, trägt und schön, 35 u. 40 Damen-Oefen mit ia roh. Inlett, 40 ℳ, sowie wenig gebr. Bettbezüge, 20 und 25 ℳ, Kopfkissen 4 und 6 ℳ. Lorenz, Goethestr. 27, pt.

Hanagawa

-Gesellschaft Berlin-Steglitz
alleinige Hersteller der

Fluidoform

-Fichtennadelbäder.

Habe nie mit Wasser alleine, sondern nimm Hanagawa das feine „Fichtenbad" „Fluidoform dazu und alle Schwäche schwindet im Nu!

Eine Tablette genügt für ein Bad. Ärztlich empfohlen. Viele Anerkennungsschreiben erster Bäderanstalten des In- u. Auslands, darunter

Fritzi Massary.

Ebenso beliebt sind die beiden

Beka-Blumen-Bäder.

zu erproben in: Kaiser-Otto-Bad, Coquibad, Kur- u. Badeanstalt Lilie, Augustabad, Luisenbad, Helenenbad.

Generalvertreter: Berger & Fischer, Magdeburg, Straßburger Straße 8.
— Tel. 8822. —

Jedes Buch

besorgen wir in — kurzer Zeit —

Buchhandlung Volksstimme,
große Munzstraße 3.

Was der Taube hört . . . .
Was der Stumme schreit . . . .
Das ist der

Jagdruf der Liebe

der neue Fox-Film
der tausend Sensationen!

Wuchtig, wie der brüllende Niagara!
Poesievoll, wie eine Frühlingsnacht!
Das ist der

Jagdruf der Liebe

der neue Fox-Film
mit den tausend Sensationen!